

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 23. Mai 2013,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.25 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Thomas Frey, 3. Sarah Honegger, 4. Urs Knapp, 5. Dr. Max Pfenninger,  
6. Daniel Probst, 7. Thomas Rauch, 8. Simone Roth, 9. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,  
5. Werner Good, 6. Thomas Marbet, 7. Huguette Meyer Derungs, 8. Dr. Rudolf Moor,  
9. Dr. Arnold Uebelhart, 10. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehram, 3. Thomas Pfluger, 4. Roland Rudolf von Rohr,  
5. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller (ab 20.00 Uhr)

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber, 5. Sandra Näf,  
6. Michael Neuenschwander, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. Kilian Schmidiger (bis 21.30 Uhr),  
4. Christian Werner, 5. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion  
Mario Cematide, Direktion Bildung und Sport  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:  
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:  
Daniel Dähler  
Nadja Fleischli  
Sandro Gervasoni  
Alexandra Kämpf  
Florian Amoser  
Daniel Schneider  
Luzia Stocker  
Georg Dinkel  
Antonia Hagmann  
André Köstli  
Dr. David Wenger

Vorsitz: Anna Engeler

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- \* 1a) Dringlicher Vorschlag gemäss Art. 16 GO betr. Neues Schulhaus Kleinholz/Frage der Dringlichkeit
2. Musikschulkommission/Demission und Ersatzwahl
3. Zweckverband Abwasserregion Olten/Ersatzwahl
4. Gemeindeparlament und Stadtrat, Erneuerungswahlen/Validierung
5. Rechnungsprüfungskommission, Erneuerungswahlen/Validierung
6. sbo, Bericht und Rechnungen 2012/Genehmigung
7. Stadtschreiber, Amtsperiode 2013-2017, Wiederwahl/Wahlempfehlung
8. Friedensrichter und Friedensrichter-Stellvertreter, Amtsperiode 2013-2017, Wiederwahl/Wahlempfehlung
9. Schulordnung/Totalrevision
10. Volksinitiative „Stadtseiten verbinden“/Antrag auf Ablehnungsempfehlung
11. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- \* 11a) Dringlicher Vorschlag gemäss Art. 16 GO betr. Neues Schulhaus Kleinholz/Beantwortung
  - 11.1. Überparteiliche Interpellation betr. künftige Fussgängerquerung über die Kantonsstrasse beim Winkel (eingereicht am 20.09.2012)
  - \*\* 11.2. Motion Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Elektronischer Versand der Geschäftsunterlagen“ (eingereicht am 24.01.2013)
  - \*\* 11.3. Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen öffentliche Grundstücke (eingereicht am 21.11.2012)
  - \*\* 11.4. Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen private Grundstücke (eingereicht am 21.11.2012)
  - \*\* 11.5. Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. substantielle Veränderungen bei Bauvorhaben nach der Kreditgenehmigung (eingereicht am 21.11.2012)
- \* Ergänzung der Traktandenliste
- \*\* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

\* \* \*

# Mitteilungen

## Parlamentspräsidentin Anna Engeler:

### Ankündigung Parlamentssitzungen Juni 2013

Im Juni wird es zwei Sitzungen geben, weil dort relativ viel auf die Traktandenliste kommt. Es wird eine Mittwoch- und eine Donnerstag-Sitzung geben. Ihr könnt Euch dies schon einmal vormerken. Über die Anfangszeiten werden wir im Büro noch befinden. Je nachdem, wie viele Geschäfte es im Endeffekt tatsächlich geben wird, werden wir dann um 18.00 oder 19.00 Uhr anfangen. Aber es wird auf jeden Fall zwei Sitzungen geben.

\* \* \*

### Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 24. Januar und 21. März 2013 sind vom Büro am 6. Mai 2013 definitiv genehmigt worden.

\* \* \*

### Vorstösse/Eingang

- Dringliche Volksmotion betr. Neues Schulhaus Kleinholz
- Volksmotion betr. ANDAARE JETZT
- Volksmotion „Freunde des Wildparks Mühletäli“
- Motion Daniel Probst (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Faire Sozialhilfe ohne SKOS-Anbindung

\* \* \*

## Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 21. März 2013 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten (SRO 121), Teilrevision und Geschäftsordnung der Parlamentarischen Untersuchungskommission (SRO 121.1)/Genehmigung  
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Erschliessung Olten SüdWest/Projekt- und Kreditgenehmigung  
(*Beschlüsse Ziffern I./2. und I./4.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 28. März 2013 und die Referendumsfrist ist am 25. April 2013 abgelaufen.

### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 61

## **Dringlicher Vorschlag gemäss Art. 16 GO betr. Neues Schulhaus Kleinholz/Frage der Dringlichkeit**

**Andreas Biedermann:** Ich werde kurz zwei, drei Worte zur Dringlichkeit dieses Vorstosses verlieren. Die Schulsituation ist uns, wie ich glaube, allen bewusst, zum Beispiel diejenige um das Hübeli herum. Wir haben eine grosse Anzahl Schüler, die bei uns zur Schule gehen, und wir wollen sie auch in Zukunft entsprechend versorgen können. Die Stadt strebt ja in Zukunft ein weiteres Wachstum an, was die Bevölkerung und auch insbesondere die Steuereinnahmen angeht. Vor allem geht es darum, dass die Entwicklungsgebiete im Bornfeld, im Kleinholz und auch in Olten SüdWest jetzt in Planung sind, sie werden schon gebaut oder es wohnen bereits Leute dort. Die Leute überlegen sich jetzt, ob sie nach Olten kommen wollen oder nicht und überlegen sich jetzt auch, wie dann die schulische Abdeckung ihres Wohngebietes sein wird. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir uns auch jetzt darüber unterhalten müssen, dass wir das Schulhaus weiter planen und zwar mit tatkräftigem Beweis weiter planen. Das heisst, dass wir in der Planung weiter gehen, mit den Ausschreibungen weiter machen usw., damit wir den zukünftigen Einwohnerinnen und Einwohnern von Olten zeigen können, dass wir es ernst meinen. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieser Vorstoss als dringlich zu behandeln ist.

**Stadtrat Mario Clematide:** Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit, auch aus den Gründen, die Herr Biedermann erwähnt hat und auch aus dem Grund, dass momentan der neu gewählte Stadtrat, am nächsten Samstag, wenn mich nicht alles täuscht, die laufende Finanz- und Investitionsplanung angeht.

### **Beschluss**

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 62

## Musikschulkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Musikschulkommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 8. März 2013 demissioniert Stephan Fröhlicher (Grüne) als Mitglied der Musikschulkommission infolge Wegzugs ab April 2013.

Als Ersatz für Stephan Fröhlicher schlagen die Grünen Karin Maurer als neues Mitglied der Musikschulkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Stephan Fröhlicher (Grüne) und die Ersatzwahl von Karin Maurer (Grüne) zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Stephan Fröhlicher (Grüne) und die Ersatzwahl von Karin Maurer (Grüne) genehmigt.

### Mitteilung:

Herr Stephan Fröhlicher, Elisabethenstrasse 24A, 3014 Bern  
Frau Karin Maurer, Krummackerweg 27, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Bildung und Sport  
Kommissionsverzeichnis

### Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 63

## Zweckverband Abwasserregion Olten/Ersatzwahl

Für den Zweckverband Abwasserregion Olten ist eine Ersatzwahl vorzunehmen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für André Köstli schlägt die SVP Kilian Schmidiger, Parlamentsmitglied und Vizepräsident der Stadtentwicklungskommission, als neuen Delegierten des Zweckverbandes Abwasserregion Olten vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Kilian Schmidiger (SVP) zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird die Ersatzwahl von Kilian Schmidiger (SVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Kilian Schmidiger, Pestalozzistrasse 7, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Baudirektion  
Kommissionsverzeichnis

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 64

## Gemeindeparlament, Stadtrat, Erneuerungswahlen/Validierung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss §§ 157 und 160 des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) sind Beschwerden gegen kommunale Wahlen innert 3 Tagen seit dem Wahltag schriftlich beim zuständigen kantonalen Departement zu Händen des Regierungsrates einzureichen. Für die Wahl des Stadtrates vom 3. März bzw. 14. April 2013 und die Wahl des Gemeindeparlamentes vom 14. April 2013 sind die Beschwerdefristen unbenützt abgelaufen. Die Ergebnisse sind gemäss § 119 lit. d durch das Gemeindeparlament zu validieren.

### Beschlussesantrag:

#### I. Stadtratswahlen

Es sind gewählt:	Stimmen:
1. Schelbert-Widmer Iris (gewählt am 3.3.13)	2535
2. Schafer Peter (gewählt am 3.3.13)	2480
3. Wey Martin (gewählt am 14.4.13)	1907
4. Marbet Thomas (gewählt am 14.4.13)	1866
5. Savoldelli Benvenuto (gewählt am 14.4.13)	1837

#### II. Parlamentswahlen

Es sind gewählt:

Liste 1: Schweizerische Volkspartei SVP Olten

1. Werner Christian, Jurist, Florastrasse 4	1505
2. Borner Matthias, Ökonom/Finanzanalyst, Kreuzstrasse 23	1237
3. Wenger David, Universitätsdozent, Dr. iur., Friedhofweg 34	1202
4. Känzig Doris, pens. Sprachheil-Kindergärtnerin, Wiesenstrasse 5	1178
5. Köstli André, Leiter Lager/Spedition, Ziegelfeldstrasse 12	1113
6. Schmidiger Kilian, Lokführer, Pestalozzistrasse 7	1097
7. Winter Gert, Gerichtsschreiber, Höhenstrasse Ost 83	1090

## Liste 2: Evangelische Volkspartei Olten

1. Hodonou Stephan, Bezirks- und Kantonsschullehrer, Theologe, Krummackerweg 31 1025
2. Wälchli Schaffner Marlen, Berufsschullehrerin Pflege, Höhenstrasse Ost 56 559

## Liste 3: Grüne

1. Wettstein Felix, Dozent FH, Platanen 44 1561
2. Engeler Anna, Projektmanagerin, Reiserstrasse 76 1497
3. Frey Schär Myriam, dipl. Arch. ETH, Tellstrasse 24 1466
4. Hasspacher Beate, dipl. Forst-Ing. ETH/SIA, Marktgasse 23 1209
5. Huber Anita, Chefredaktorin, Zelglistrasse 1 1181
6. Neuenschwander Michael, Musiker/Musiklehrer/Umweltlehrkraft, Krummackerweg 27 1166

## Liste 4: Christlichdemokratische Volkspartei CVP Olten

1. Rudolf von Rohr Roland, dipl. Drogist, Ziegelfeldstrasse 73 1732
2. Ehram Heidi, Hausfrau/Bibliothekarin, Bergstrasse 28 1565
3. Pfluger Thomas, dipl. Architekt ETH, Seidenhofweg 28 1267
4. Steffen Marcel, Abteilungsleiter, Bachweg 40 1191
5. Bossart Meier Sonja, Rechtsanwältin, Untere Hardegg 7 1113
6. Fink Christoph, Arzt, Klosterplatz 3 1076
7. Jeisy-Strub Muriel, Juristin, Martin-Disteli-Strasse 59 1065

## Liste 5: FDP. Die Liberalen Olten

1. Probst Daniel, Ökonom lic.rer.pol., Höhenstrasse Ost 59E 2276
- \* 2. Savoldelli Benvenuto, Rechtsanwalt + Notar, Weingartenstrasse 35 2264
3. Honegger Sarah, lic. rer. soc. Projektleiterin Unternehmen, Ringstrasse 5 2013
4. Eng Heinz, Bereichsleiter, Fustlhalde 24a 2007
5. Kämpf Alexandra, Rechtsanwältin, Hammerallee 4 2001
6. Frey Thomas, Architekt FH, Florastrasse 68 1964
7. Roth Simone, Immobilienbewirtschafterin mit eidg. FA, Wilerweg 32 1919
8. Knapp Urs, Unternehmensentwickler, Blumenweg 29 1910
9. Pfenninger Max, Lungenfacharzt, Hausmatrain 7 1908
10. Dähler Daniel, dipl. Wirtschaftsing. FH, Wiesenstrasse 7 1848
11. Rauch Thomas, lic. rer. pol., Finanzanalyst, Platanen 56 1753
12. Sonderegger Deny Steve, Unternehmer, Hornusserstrasse 6 1660

## Liste 6: Grünliberale Olten

1. Schaffner Beatrice, Ingenieurin erneuerbare Energien, Maienstrasse 38 784
2. Haller Simon, Klinikmanager 692

## Liste 7: Sozialdemokratische Partei SP Olten

*1. Marbet Thomas, lic. rer. pol., Fustlighalde 31	2280
2. Derendinger Lukas, Physiklehrer Dr. phil. nat., Untere Hardegg 29	2075
3. Uebelhart Arnold, Arzt, Reiserstrasse 54	2068
4. Balkaç Ramazan (Yabgu), dipl. Architekt FH, Höhenstrasse West 31	2041
5. Amoser Florian, Erchitekt ETH BSC, Friedaustrasse 14	2031
6. Meyer Derungs Huguette, Sek I Lehrerin, Felsenstrasse 50	2007
7. Schneider Daniel, Landschaftsarchitekt bsia, Fährweg 31	1975
8. Germann Tabitha, Tierärztin Dr. med. vet., Adam-Zeltner-Weg 1	1913
9. Braun Rolf, Lokführer SBB, Höhenstrasse West 19	1903
10. Moor Rudolf, Physiker Dr. phil. nat., Speiserstrasse 46	1891
11. Ulrich Dieter, Historiker, Baslerstrasse 49	1876
12. Kiener Eugen, Journalist, Ringstrasse 41	1823
13. Pfeiler Renata, kaufm. Angestellte, Adam-Zeltner-Weg 1	1752

## Liste 8: Junge SP Region Olten

1. Jakob Luisa, Studentin, Maienstrasse 58	712
--	-----

\* wurden ebenso in den Stadtrat gewählt und stellen ihren Parlamentssitz zur Verfügung. Den Sitz erhält, wer auf der betreffenden Liste unter den Nichtgewählten am meisten Stimmen erzielt hat.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen Mitgliedern des Parlamentes bedanken, die in der neuen Legislatur nicht mehr dabei sein werden, und selbstverständlich auch den Mitgliedern des Stadtrates. Wir haben die Zusammenarbeit immer als extrem konstruktiv und sie als engagierte Persönlichkeiten erlebt und es hat Spass gemacht, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Ich möchte mich für die geleistete Arbeit bedanken und wünsche den Personen, die jetzt nicht mehr weiter machen oder weiter machen können, alles Gute.

## Beschluss

Einstimmig werden die Ergebnisse der Wahl des Gemeindeparlamentes und des Stadtrates in globo validiert.

Mitteilung an:  
Kommissionsverzeichnis

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 65

## Rechnungsprüfungskommission, Erneuerungswahlen/Validierung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Gemäss § 54 lit b) des Kantonalen Gemeindegesetzes sind die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission an der Urne zu wählen. Übersteigt die Gesamtzahl der vorgeschlagenen Kandidatinnen oder Kandidaten aller Listen die Zahl der zu Wählenden nicht, gelten die Vorgeschlagenen als in stiller Wahl gewählt. Der Wahlakt unterbleibt.

Nach Art. 73 der Gemeindeordnung zählt die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Olten 7 Mitglieder. Innerhalb der gesetzlichen Anmeldefrist (22. April 2013, 17.00 Uhr) sind bei der Stadtkanzlei Olten folgende Wahlvorschläge eingegangen:

### Liste 1 Grüne:

- Aerni Urs, Buchhalter, Rosengasse 38 (bisher)

### Liste 2 SVP:

- Christen Ramon, wissenschaftlicher Mitarbeiter Finanzpolitik, Bahnhofquai 2

### Liste 3 CVP:

- Grob-Jakob Daniel, Wirtschaftsinformatiker, Seidenhofweg 51 (bisher)

### Liste 4 SP:

- Kamber Rahel, Projektleiterin, Erlimattweg 35 (bisher)
- Ulrich Bernhard, dipl. Mathematiker, Riggerbachstrasse 60

### Liste 5 FDP:

- von Gunten Thomas, El.-Ing. HTL, Controller FH, Tellstrasse 33 (bisher)
- Husi Max, Rektor i.R., Sonnhaldenstrasse 50

Gemäss § 68 des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) hat das Stadtpräsidium festzustellen, ob stille Wahlen zustandegekommen sind.

### Feststellung:

1. Das Stadtpräsidium hat am 22. April 2013 festgestellt, dass für die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Olten von den Parteien 7 Mitglieder gemeldet wurden und somit stille Wahlen zustande gekommen sind.
2. Gemäss §§ 157 und 160 des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) sind Beschwerden gegen kommunale Wahlen innert 3 Tagen seit dem Wahltag schriftlich beim zuständigen kantonalen Departement zu Händen des Regierungsrates einzureichen. Für die Rechnungsprüfungskommissionswahl ist die 3-tägige Beschwerdefrist nach der Publikation über das Zustandekommen stiller Wahlen am 29. April 2013 abgelaufen. Bis zu diesem Datum wurden keine Beschwerden eingereicht.

### Beschlussesantrag:

1. Die Ergebnisse der Rechnungsprüfungskommissionswahl, stille Wahl, vom 22. April 2013 werden wie folgt validiert:

Es sind gewählt:

#### Grüne:

- Aerni Urs, Buchhalter, Rosengasse 38 (bisher)

#### SVP:

- Christen Ramon, wissenschaftlicher Mitarbeiter Finanzpolitik, Bahnhofquai 2

#### CVP:

- Grob-Jakob Daniel, Wirtschaftsinformatiker, Seidenhofweg 51 (bisher)

#### SP:

- Kamber Rahel, Projektleiterin, Erlimattweg 35 (bisher)
- Ulrich Bernhard, dipl. Mathematiker

#### FDP:

- von Gunten Thomas, El.-Ing. HTL, Controller FH, Tellstrasse 33 (bisher)
- Husi Max, Rektor i.R., Sonnhaldenstrasse 50

2. Die Rechnungsprüfungskommission wird nach der Vereidigung durch den Stadtpräsidenten ins Amt gesetzt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

### **Beschluss**

Einstimmig werden die Ergebnisse der Wahl validiert.

Mitteilung an:  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 66

## sbo, Bericht und Rechnungen 2012/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9, Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2012. Die Detailinformationen können den Beilagen entnommen werden.

Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo freuen sich, Ihnen für das Jahr 2012 wiederum einen positiven Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen. Der Cashflow erreichte im vergangenen Jahr einen Betrag von rund 14.1 Mio. Franken und liegt um rund 3 % unter dem Budget. Der aus dem operativen Kerngeschäft erreichte Cashflow von 12.1 Mio. Franken liegt sowohl über dem Vorjahres- als auch über dem Budgetwert und bedeutet einen Rekordwert. Zum guten Resultat beigetragen haben:

- Mehrerlöse aus Gasversorgung gegenüber Vorjahr und Budget
- Mehrerlöse aus Wasserversorgung gegenüber Vorjahr und Budget
- Einhaltung der Kostenbudgets
- Weitere Erlöse aus Landverkäufen im Bornfeld

Das Kontokorrentguthaben gegenüber der EGO verringerte sich von rund 4.3 Mio. Franken auf rund 3.2 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen, unter Berücksichtigung leicht tieferer Netzkostenbeiträge gegenüber dem Vorjahr, betragen knapp 11.0 Mio. Franken (Bruttoinvestitionen über 11.9 Mio. Franken).

Die sbo standen 2012 im elften Betriebsjahr des Joint Venture mit der Aare Energie AG (a.en). Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Im Vorjahr betrug die Dividende CHF 300'000 und für das Jahr 2012 wurde eine Dividende in gleicher Höhe im Jahresabschluss berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr konnten die geplanten Investitionen in die Photovoltaik bzw. in Bio- und/oder Kompogasanlagen noch nicht getätigt werden. Hingegen wird der gesamte Solarstrom für den neuen, erneuerbaren Standardstrom auf vertraglicher Basis aus Anlagen in der Region zugekauft. Nach wie vor ist die sbo überzeugt, dass mit solchen Bestrebungen die Zukunft zu unterstützen ist.

Zusammenfassend kann das Jahr 2012 spartenbezogen wie folgt kommentiert werden:

- EVO Markt: Abnahme Stromverkauf an Endverbraucher um knapp 0.9 Mio. kWh oder 0.6 %. Der Preis der Strombeschaffung blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. In der ersten Stufe der Marktöffnung können Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 100 MWh also die Energie am freien Markt beschaffen. Von dieser Wahlmöglichkeit machen bei der sbo inzwischen vier Endverbraucher Gebrauch.

- EVO Netz: Durch den Bereich Markt konnten für Netzverluste gegen 4.3 Mio. kWh als Stromverkauf dem Bereich Netz in Rechnung gestellt werden. Insgesamt fiel der Aufwand für das Netzentgelt tiefer aus. Die Kosten für die Vorliegernetze blieben etwa gleich, wogegen die Abgaben für SDL (Swissgrid) tiefer lagen; und auch eine bessere Netzausnutzung begünstigte die Rechnung. Die aus dieser Konstellation resultierende Überdeckung beim Erlös Netzentgelt wurde entsprechend berücksichtigt und wird in die Kalkulation der Folgejahre gemäss ECom-Vorgabe einfließen.

Der Anlagenunterhalt fiel gegenüber dem Vorjahr und dem Budget tiefer aus. Bei den Dienstleistungen fiel der Bezug von a.en sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget höher aus. In der Folge konnten zusätzlich Abschreibungen auf dem Anlagevermögen von über 0.5 Mio. Franken vorgenommen werden.

- Zunahme Gasverkauf um rund 28.1 Mio. kWh oder 5.4 %. Im gesamten Versorgungsgebiet konnten wiederum neue Kundenanschlüsse realisiert werden, diese sind im Geschäftsjahr einzig durch rückläufige Bezüge von Sondervertragskunden belastet. Im Weiteren ist die Zunahme (+10 %) der Anzahl Heizgradtage mitverantwortlich. Die Gaseinkaufspreise erfuhren für die ersten 3. Quartale im 2012 eine Erhöhung. Das letzte Quartal war geprägt durch eine Senkung des Arbeitspreises und einer gleichzeitigen Erhöhung des Leistungspreises. Im Vergleich zum Vorjahr musste insgesamt zu höheren Preisen eingekauft werden.

Der Anlagenunterhalt fiel gegenüber dem Vorjahr höher aus aber lag unter den Budgetwerten. Ebenfalls der Dienstleistungsbezug von a.en fiel gegenüber dem Vorjahr höher aus, lag aber innerhalb des Budgets. Sowohl der Einkauf von Betriebsmaterial als auch der Anlagenunterhalt sowie der Dienstleistungsbezug liegen über den Vorjahreswerten aufgrund der Aufhebung der Installationsabteilung. Diese Mehraufwendungen führten aber auch zu entsprechenden Leistungen im Ertrag für Dritte sowie zu Investitions-Aktivierungen. Als zusätzliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen wurden knapp 3.9 Mio. Franken vorgenommen.

- Der Wasserverkauf, ohne Abgabe an die öffentlichen Brunnen, fiel um 3'182 m<sup>3</sup> oder 0.2 % geringer aus. In Olten und Trimbach waren der Grundverbrauch sowie der Mehrverbrauch geringer ausgefallen. In Olten ist dieser Rückgang auf den Abschluss der ERO-Tunnelbauarbeiten zurückzuführen. Bei den übrigen Aussengemeinden konnte man insgesamt eine Steigerung des Konsums verzeichnen. Der Mindererlös gegenüber dem Vorjahr steht im Einklang mit den tieferen Absatzmengen, liegt aber ertragsmässig über den Budgetwerten.

Der Anlagenunterhalt ist sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch dem Budget höher ausgefallen. Ebenfalls der Dienstleistungsbezug von a.en fiel gegenüber dem Vorjahr höher aus, lag aber innerhalb des Budgets. Sowohl der Einkauf von Betriebsmaterial als auch der Anlagenunterhalt sowie der Dienstleistungsbezug liegen über den Vorjahreswerten aufgrund der Aufhebung der Installationsabteilung. Diese Mehraufwendungen führten aber auch zu entsprechenden Leistungen im Ertrag für Dritte sowie zu Investitions-Aktivierungen. Im Zusammenhang mit weiteren Landverkäufen im Bornfeld konnten als zusätzliche Abschreibungen (geringer als im Budget vorgesehen) auf dem Anlagevermögen über 3.0 Mio. Franken vorgenommen werden.

- Betrag des Kontokorrentguthabens gegenüber der Einwohnergemeinde im Vorjahr knapp 4.3 Mio. Franken, beläuft es sich nun auf knapp 3.2 Mio. Franken. Der Eigenfinanzierungsgrad beträgt 128.2 % und die Schuldenabnahme knapp 3.1 Mio. Franken. Die Eigenkapitalquote steigerte sich leicht von 55.7 % im Vorjahr auf 58.1 % im laufenden Jahr bei einer leicht höheren Bilanzsumme.
- Die Nettoinvestitionen betragen rund 11.0 Mio. Franken. Bei der EVO wurde nebst der Energiebeschaffung für Opt-Out vor allem in den Ausbau von Trafostationen und Niederspannungsleitungen sowie öffentliche Beleuchtungen investiert. Bei der GVO

standen in Olten und in Trimbach Erschliessungen und Sanierungen im Vordergrund. Als grösserer Gasnetzausbau wurde einerseits im Niederamt die Erschliessung Lostorf und andererseits im Aaregäu die Erschliessung Boningen/Fulenbach/Wolfwil realisiert. Im Weiteren wurde das Projekt Energiezentrale Wärmeverbund Bornfeld fortgesetzt. Die Investitionsrechnung der WVO ist stark geprägt durch Sanierungen im Leitungsnetz Olten bzw. Trimbach. In diesem Geschäftsbereich wurden wiederum namhafte Anschlusskostenbeiträge erzielt.

Bei EVO Markt und GVO konnte das Beteiligungsportfolio nicht budgetkonform ausgebaut werden. Die erneuerbaren Energien werden auf Vertragsbasis eingekauft.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Investitionen (brutto und netto) in den einzelnen Bereichen:

(Beträge in 1'000 Franken)	Budget 2012	Rechnung 2012
<b>EVO Markt</b>		
Bruttoinvestitionen Breitbandkommunikation	77.0	193.2
Energiebeschaffung für Opt-Out	400.0	231.9
Erwerb von Beteiligungen	<u>1'000.0</u>	<u>0.0</u>
Nettoinvestitionen EVO Markt	1'477.0	425.1
<b>EVO Netz</b>		
Bruttoinvestitionen Anlagen	4'856.0	3'542.0
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	<u>216.0</u>	<u>286.9</u>
	5'072.0	3'828.9
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>0.0</u>	<u>50.3</u>
Nettoinvestitionen EVO Netz	5'072.0	3'778.6
<b>GVO</b>		
Bruttoinvestitionen Anlagen	3'224.5	3'903.9
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	832.5	1'388.9
Erwerb von Beteiligungen	<u>2'000.0</u>	<u>0.0</u>
	6'057.0	5'292.8
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>25.0</u>	<u>34.3</u>
Nettoinvestitionen GVO	6'032.0	5'258.5
<b>WVO</b>		
Bruttoinvestitionen Anlagen	2'083.5	1'815.4
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	<u>630.0</u>	<u>581.6</u>
	2'713.5	2'397.0
abzüglich Beiträge / Erlöse	<u>1'110.0</u>	<u>893.0</u>
Nettoinvestitionen WVO	1'603.5	1'504.0
<b>Total Bruttoinvestitionen sbo</b>	<b>15'319.5</b>	<b>11'943.8</b>
<b>Total Nettoinvestitionen sbo</b>	<b>14'184.5</b>	<b>10'966.2</b>

Für das Jahr 2012 ergibt sich ein Unternehmensüberschuss von CHF 1'970'866.31 gegenüber CHF 1'924'273.47 im Vorjahr. Zusammen mit den ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen resultiert ein Cashflow von CHF 14'058'085.93 (Vorjahr = CHF 14'235'433.06). Die Bilanzsumme erhöhte sich von 65.4 Mio. Franken auf 66.1 Mio. Franken.

Die wichtigsten Zahlen der Unternehmung sind wie folgt dargestellt:

	<b>Jahr 2012</b>	<b>Jahr 2011</b>
	in CHF	in CHF
Erträge	74'075'332.89	73'294'875.20
Personalaufwand	152'037.75	151'507.59
Sach- und Dienstleistungsaufwand	56'476'477.04	52'713'318.86
Sonderaufwand exkl. Abschreibungen	3'093'598.92	5'865'665.94
Abschreibungen	12'087'219.62	12'311'159.59
Gratisleistungen	295'133.25	328'950.25
Unternehmenserfolg	1'970'866.31	1'924'273.47
Cashflow	14'058'085.93	14'235'433.06
Nettoinvestitionen	10'966'220.62	11'809'962.24
Schuldenzunahme (+) / Schuldenabnahme (-)	-3'091'865.31	-2'425'470.82
Eigenfinanzierungsgrad	128.2 %	120.5 %

Die nachstehende Aufstellung der letzten fünf Jahre zeigt die Eigenfinanzierung der Investitionen, die Entwicklung der Eigenkapitalquote sowie die Kontokorrentschuld an die Einwohnergemeinde (alle Beträge in 1'000 Franken):

	<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>	<b>2008</b>
Cashflow	14'058.1	14'235.4	11'014.0	10'948.2	9'021.6
Nettoinvestitionen	10'966.2	11'809.9	8'204.1	6'096.2	6'427.8
Schuldenabnahme	3'091.9	2'425.5	2'809.9	4'852.0	2'593.8
Schuldenzunahme					
Eigenfinanzierungsgrad	128.2 %	120.5 %	134.3 %	179.6 %	140.4 %
Eigenkapitalquote	58.1 %	55.7 %	56.1 %	57.5 %	58.1 %
Kto.-Korrentschuld an EGO					3'571.5
Kto.-Korrentguthaben bei EGO	3'193.6	4'336.1	4'673.2	2'777.6	

<b>Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO</b>	<b>Jahr 2012</b>	<b>Jahr 2011</b>
Verwaltungskostenbeitrag	359.6	357.8
Verzinsung Dotationskapital	980.0	980.0
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'584.5	1'597.1
Investitionen öffentliche Brunnen	32.9	0.0
Unterhalt öffentliche Brunnen	62.1	81.9
Wasser öffentliche Brunnen	129.9	148.7
<b>Total in Tsd. Franken</b>	<b>3'149.0</b>	<b>3'165.5</b>

An Gemeindesteuern aus der a.en werden der Einwohnergemeinde pro 2012 voraussichtlich ca. CHF 84'000 zufließen.

Die Städtischen Betriebe Olten verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Strom, Gas/Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 19. Dezember 2012 verabschiedet.

## Beschlussesantrag:

1. Es werden folgende Rechnungsabschlüsse 2012 sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Elektrizitätsversorgung Markt	Überschuss	CHF	656'072.44
b)	Elektrizitätsversorgung Netz	Überschuss	CHF	410'525.87
c)	Gas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	756'223.98
d)	Wasserversorgung	Überschuss	CHF	148'044.02
e)	Finanzabteilung	verteilt auf Betriebe		
f)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	10'966'220.62
g)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	66'061'454.59

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 7. März 2013 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2012 werden genehmigt. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo werden von der damit verbundenen Verantwortung mit dem besten Dank für die geleistete Arbeit entlastet.

4. Als Revisionsstelle sbo wird für das Jahr 2013 die HTO Treuhand AG, Ringstrasse 1, 4600 Olten, gewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Felix Wettstein:** Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Rechnungsabschlüsse 2012 der sbo zur Kenntnis zu nehmen und den Geschäftsbericht mit den Rechnungen zu genehmigen. Die GPK hat sich über die aktuellen Entwicklungen umfassend orientieren lassen. Sie hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die frühere Schuld nicht nur abgetragen ist, sondern dass die sbo sogar ein Guthaben bei der Stadt hat und dass die liquiden Mittel vorhanden sind, um Investitionen zu tätigen. Drei Entwicklungen gaben intensiver zu reden: zum einen die Auswirkungen des teilliberalisierten Strommarktes, zum zweiten die Entwicklung von Nachfrage und Angebot bei den erneuerbaren Energien, zum dritten die Aussichten der Firma Alpiq. Ein viertes Thema, auf das ich noch zurückkommen werde, gab auch noch zu reden. Zur Teilliberalisierung beim Strom: Wer mehr als 100'000 Kilowattstunden Strom bezieht – das erreicht ein mittlerer Gewerbebetrieb bald einmal – kann ja seit letztem Jahr den Stromanbieter frei wählen. In unserem Versorgungsgebiet gibt es rund 400 solche Kunden und Kundinnen, und sie werden von ausserregionalen Anbietern aktiv umworben. Man kann auch sagen abgeworben. Die sbo muss nachziehen und versuchen mitzuhalten. Nicht zu halten waren grosse Bundesbetriebe bzw. bundesnahe Betriebe: die SBB und die Post. Sie sind sehr bald abgesprungen, als sie diese Möglichkeit hatten. Auch Coop ist nicht mehr dabei. Es ist klar, dass die Preisgestaltung für jene, die eben weniger Strom benötigen und deshalb noch keine frei Wahl haben, von den erwähnten Bewegungen nicht unbeeinflusst bleibt. Die Oltnen Kundinnen und Kunden mit weniger als 100'000 kWh haben bekanntlich Ende 2012 die Möglichkeit erhalten, per 1. Januar entweder auf Aarestrom mit einem erhöhten, fünfprozentigen Solaranteil oder auf Graustrom mit 75% Atomstromanteil umzusteigen, wenn sie nicht beim sogenannten Standardstrom bleiben bzw. in den neuen Standardstrom überführt werden wollten. Die sbo hat prognostiziert, dass 20% auf Graustrom umschwenken werden, und darauf ihre Berechnungen ausgerichtet. Bis Ende Jahr haben aber nicht so viele wie

angenommen zum billigeren Produkt gewechselt; in der Zwischenzeit sind noch mehr dazu gekommen. Seit Anfang Jahr ist es immerhin bei rund 17%. Wir alle bekamen noch die Beilage Inside mitgeschickt. Dort sind diese Zahlen übrigens enthalten. Etwas mehr als 1% beziehen Aarestrom. Die sbo kann alle Stromarten in den Mengen einkaufen, wie sie nachgefragt werden, es geht also auf. Noch nicht verwirklichen konnte sie 2012 ihr Ziel, selber Solarstrom zu produzieren: Die Realisierung einer Photovoltaik-Anlage auf der Eishalle ist geplant, hat sich aber verzögert. Das erklärt auch, warum in der Investitionsrechnung S. 16 rund eine Million, die bewilligt war, nicht ausgelöst wurde. Abschliessend zum Thema erneuerbare Energien: Nächstes Jahr soll man beim Gas ausgewiesen bekommen, welche Anteile am Verkaufserlös auf Biogas und welche auf Erdgas zurückgehen. Zum dritten Stichwort Alpiq: Es leuchtet ein, dass die Zukunft dieser Firma auf die sbo einen entscheidenden Einfluss hat. Das Modell a.en mit der engen Kooperation zwischen der sbo und der AVAG, der Alpiq-Versorgungs-AG, ist nach Überzeugung des Verwaltungsrates weiterhin ein Gewinn für beide Seiten. Man geht davon aus, dass dieses Modell beibehalten wird, trotzdem will man auch für andere Entwicklungen gewappnet sein. Als Sprecher der GPK möchte ich hier im Rat mit einem Dank nachdoppeln, der wir in der GPK auch schon ausgesprochen hatten: Der Dank geht an Jost Bitterli. Er hat zuerst acht Jahre als Stadtrat und inzwischen 12 Jahre als Verwaltungsratspräsident die Städtischen Betriebe geleitet. Der Posten wird also frei, und das wäre das vierte Thema, das zu reden gab. Wahrscheinlich nicht nur in der GPK wird eifrig darüber debattiert, ob eine Nachfolgerin vor allem in Energiefragen kompetent und beschlagen sein müsste, oder ob wohl doch eher eine Juristin mit vielen politischen Drähten. insbesondere in der Region Aareland, die Idealbesetzung wäre. Es könnte natürlich auch ein Mann sein. Jedenfalls: Der Stadtrat – selbstverständlich in der künftigen Zusammensetzung – hat allein das Sagen. Wir im Parlament müssen uns also noch etwas gedulden, bis wir den neuen Verwaltungsratspräsidenten kennen lernen dürfen. Die GPK empfiehlt wie erwähnt, sämtlichen Beschlussesanträgen zuzustimmen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Für alle, die es nicht mehr wissen: Wir haben heute die Generalversammlung 2012 der Städtischen Betriebe Olten. Ihr seid die Generalversammlung. Wir nehmen die Geschichte des letzten Jahres zur Kenntnis. Wir vom Stadtrat und ich glaube auch Ihr dürft feststellen: Es war wiederum ein gutes Jahr trotz...Ich komme auf dieses Trotz etwas später noch zu sprechen. Die Papiere sind bekannt. Ich erlaube mir, den Geschäftsbericht und die Rechnung abgekürzt anzusprechen. Erstens haben wir heute noch ein paar andere Geschäfte. Das ist das Eine, nicht gerade das Wichtigste, aber immerhin. Ich erlaube mir dies auch, weil man aus dem Vorfeld, aus den Fraktionen keine spezielle Fragen, Negatives, Beanstandungen etc. gehört hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Felix Wettstein für seine Ausführungen aus der GPK herzlich danken. Heute Abend appelliere ich an Euch, die positive Haltung dann natürlich auch mit der Zustimmung zu den Beschlussesanträgen zu dokumentieren. Übrigens gute Botschaften oder konkret gute Rechnungsabschlüsse - das sagt der Finanzminister von Olten – soll man mehrmals würdigen und erwähnen, weil man gute Theaterstücke ja auch immer wieder aufführt. Wir schauen dann, wie es im Juni aussieht. Jetzt zum Bericht 2020 der sbo. Der Stadtrat ist mit dem Geschäftsabschluss sehr zufrieden und ich gebe Ihnen dies im Namen meiner Kollegin und meinen Kollegen auch gerne mit. Das Joint-Venture Aare Energie – es ist vorher schon gesagt worden – also Alpiq Versorgungs AG und die Städtischen Betriebe funktionieren auch im 11. Betriebsjahr sehr erfolgreich und die beiden Mütter sind mit ihren beiden Töchtern sehr zufrieden. Im Bericht und Antrag haben wir wiederum versucht, die wichtigsten Zahlen, die richtigen oder wichtigen Aussagen und Kommentare zu dieser Rechnung zusammenzufassen. Der Bericht und Antrag zeigt im allgemeinen Teil ja auch Aussagen zu den Kernkennzahlen. Was hat zum guten Ergebnis beigetragen? Der Cashflow ist erwähnt. Das Kontokorrentguthaben, wie wir gerade auch gehört haben. Es gibt einen Teil, wo die einzelnen Sparten Strom, Wasser, Gas angesprochen sind. Hier vielleicht ein Detail, das auch hier im Parlament interessant zu hören ist und selbst für uns, die wir ja eigentlich Insider sind: Wenn eine Grossbaustelle in Olten betrieben oder ein Tunnel gebaut wird, wie gehabt, braucht er viel Wasser. Dieses Wasser kauft man ja irgendwo. Das treibt die Wassereinnahmen hinauf. Wenn die Grossbaustelle dann weggeht, gehen die Wassereinnahmen etwas zurück. Eigentlich eine Banalität. Aber wenn wir in Olten dann eine

solch grosse Baustelle haben, die der Kanton hat, konnten wir auch auf eine andere Art profitieren. Die Jahreszeit oder das Wetter, das uns allen etwas Sorgen macht und vielleicht etwas auf das Gemüt schlägt, uns etwas belastet, erfreut die Rechnung der sbo. Der Gasverkauf nimmt nicht ab. Das ist auch aus der Rechnung ersichtlich. Jetzt vielleicht die paar wirklich wichtigsten, eindrücklichsten Zahlen: Eigenfinanzierungsgrad 128,2 %. Die Schulden haben um 3,1 Millionen Franken abgenommen. Die Eigenkapitalquote ist von 55,7 auf 58,1 % gesteigert worden. Das Investitionsvolumen, eine beträchtliche Zahl, ist auf Seite 3 des Berichtes und Antrages nach Sparten aufgelistet, sichtbar. Der Unternehmensüberschuss beträgt 1,97 Millionen Franken und der Cashflow konkret 14,058 Millionen. Die Bilanzsumme ist neu 66,1 Millionen. Im Jahresvergleich 2011/12 sind diese und andere wichtige Kennzahlen sichtbar und immer interessant und für uns, die wir es beurteilen dürfen, auch sehr wichtig. Beim Fünf-Jahres-Vergleich kann man die Entwicklung unserer sbo sehr gut nachvollziehen. Meine Damen und Herren, 2012 ist Geschichte. Es darf gesagt werden, dass sich die sbo auch im Jahr 2013 im ersten Quartal gut entwickelt trotz... Wenn ich dies jetzt sage – es ist auch von Felix Wettstein etwas angedeutet worden – der Markt ist härter geworden oder man muss fast hart sagen, dann die wirtschaftliche Aussage unseres Unternehmens, tätig im Rahmen von Service publique, und das ist wirklich bei allen Unternehmungen im Energiebereich so, sagt einfach, man muss sich der Modernität und den heutigen Gegebenheiten anpassen, und das ist nicht ganz so einfach. Die zunehmende Liberalisierung führt dazu, dass man auch Kunden verlieren kann, grosse Kunden. Diese kann man wirklich nicht halten. Man kann versuchen, dies bei mittleren und kleineren, die in dieses Segment fallen, zu tun. Es gibt fast keine Grenzen mehr, an die man sich halten muss oder früher gehalten hat, sprich es kann dazu führen, dass Unternehmungen, sogar im gleichen Konzern tätige Unternehmungen – sich im Markt bekämpfen ist jetzt vielleicht etwas übertrieben – aber zumindest konkurrenzieren. Es gilt klar: Der Kunde zählt. Das gilt übrigens auch für die sbo. Aber für die sbo und den Rahmen Aare Energie, das Joint Venture, gibt es drei Sachen, die wesentlich sind, die zählen. Das ist Ökonomie, gleichwertig Ökologie und gleichwertig Nachhaltigkeit. Man muss noch drei andere Begriffe anfügen. Kundenbedürfnisse, Modernität und Zukunftsentwicklung. Das beschäftigt die sbo sehr stark, vor allem auch in den nächsten Jahren. So stehen aktuell Verhandlungen im Bereich Energielieferungen an. Das Thema heisst strukturelle Beschaffung solcher Lieferungen. Das heisst differenzierten Umgang mit Preisen. Hier muss sich die sbo so gut positionieren, dass dies bei der Preisgestaltung dem Konsumenten, der Konsumentin zugute kommt oder muss oder kann. In den nächsten Jahren stehen aktuell wichtige Verhandlungen mit Regionsgemeinden betreffend Erneuerung von Konzessionen an. Das politische Gespür und die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Regionsgemeinden werden hier eine ganz wichtige Rolle spielen. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Alpiq – das hat nichts mit der Situation der Alpiq zu tun, das kann manchmal etwas besser oder weniger gut sein, aber die Zusammenarbeit und das Verhältnis ist sehr, sehr gut – muss weitergeführt werden. Die Alpiq wird sich klar wieder erholen und auch erfolgreich sein, auch für die Stadt Olten sprich, wenn man an der Generalversammlung zugehört hat, die vor ein paar Wochen über die Bühne gegangen ist, sind bereits im ersten Quartal 2013 einige gute Ansätze zu erkennen. Mittlerweile hat man dies weitergesponnen und es gibt Informationen, die uns sehr positiv stimmen. Alpiq und AVAG sind in einer sehr, sehr guten Partnerschaft mit der Stadt und der sbo, eben unter dem Thema Aare Energie. Das muss klar so bleiben. Das heisst nicht, dass aussergewöhnliche Entscheidungen, woher auch immer, zu aussergewöhnlichen anderen Entscheidungen der anderen Seite führen können, müssen. Ich bin gerne bereit, bilateral zu erklären, was ich damit sagen will, weil es jetzt zu viel gesagt wäre, dies noch besser auszudeutschen. Nach diesem Fast-Ausblick wieder etwas zurück zur Geschichte und Aktualität. Ich danke Felix Wettstein sehr herzlich, dass Du den Namen Jost Bitterli erwähnt hast. Wir alle, lieber Herr Verwaltungsratspräsident Jost Bitterli, der Stadtrat und das ganze Parlament – ich glaube, dies im Namen von Euch allen sagen zu dürfen – möchten Dir herzlich für Deine hervorragende Arbeit im Laufe der letzten Jahre danken. Es wurden Jahrzahlen genannt. Wir haben den VR-Präsidenten im Rahmen von Aare Energie schon verabschiedet und ihn dort gewürdigt. Aber es macht durchaus Sinn, Dir heute hier vor allen und vor unseren Gästen ganz herzlich für die hervorragende Arbeit zu danken. Jost Bitterli ist natürlich jemand, der zu Hause gelernt hat, wie es viele von uns von unseren Müttern gelernt haben: Wenn Ihr irgendwo seid und es gut geht, bringt Ihr ein

Geschenk mit. Das Znüni oder Zvieri ist traditionellerweise von der sbo gesponsert. Vielen Dank. Aber das Geschenk geht noch etwas weiter. Wir haben ja eine nicht ganz einfache finanzielle Situation in der Stadt und werden nächstens die Kirchgasse eröffnen. Die sbo, ganz wesentlich Jost Bitterli, haben sich entschieden, der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung, uns den Teil Kirchgasse der Weihnachtsbeleuchtung, all inclusive, zu sponsern. Wir haben also im nächsten Jahr, wenn die Weihnachtsbeleuchtung in der Altstadt installiert wird, auch diejenige in der Kirchgasse mit der genau gleichen Installation. Danke vielmals, Jost, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung für dieses grosszügige Geschenk. Wir nehmen dies natürlich gerne entgegen und haben alle grosse Freude. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Stadtrates, die Beschlussesanträge, wie es Felix Wettstein gesagt hat, erstens zur Kenntnis zu nehmen und zweitens, wo es um die Zustimmung geht, ihnen zuzustimmen und auch die Revisionsstelle, die HTO-Treuhand wieder für ein Jahr zu wählen. Besten Dank.

**Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion:** Ich will gar nicht viel zur finanziellen Sache, zu den Zahlen, zum Gewinn und zur Bilanz sagen, weil dies aus unserer Sicht eigentlich in Ordnung ist. Besonders zu reden kommen möchte ich aber sicher auf die Risiken im Strombereich, die nicht zu übersehen sind, einerseits der Verlust von Grosskunden aufgrund der Liberalisierung – ich kann hier vielleicht wieder sagen, dass sie nicht von uns von der SP kommt – und auch die Probleme mit der Alpiq. Beim Strommix bei den Privathaushalten aufgrund der neuen Priorität des Grünstromes sehen wir die Entwicklung als sehr positiv an. Hier sind eigentlich die Erwartungen übertroffen worden. Das finden wir wirklich gut. Was einem aber die Freude etwas trübt, ist natürlich, wenn der Graustrom dann einfach an die Grosskunden geht. Dann ist es schon nur noch eine halbe Freude. Irgendwie funktioniert hier wahrscheinlich etwas noch nicht gut. Wir schauen, dass wir zu Hause immer alles schönen grünen gesunden Strom haben und dann gehen irgendwo in einen Laden einkaufen und dort läuft die ganze Beleuchtung und Tiefkühltruhe und alles eben mit Graustrom. Das ist nicht ganz ideal. Hier müsste man sich vielleicht noch überlegen, wie man dies noch etwas verbessern könnte. Es ist klar, dass man dies wahrscheinlich in der Stadt Olten allein machen kann. Aber ich fand eigentlich, es wäre schon interessant zu wissen, wenn man in einen Laden geht, ob es einer ist, der schön gesunden Strom oder etwas weniger schönen Strom hat. Man könnte sich irgendeinen schönen Kleber vorstellen, der sagt: Dieser Laden hat auch Grünstrom, wie ich dies zu Hause auch habe. Oder das ist eben ein Laden, der keinen Grünstrom hat. Uns scheint einfach, dass hier irgendetwas in der Motivation noch nicht ganz funktioniert. Der Anteil des Biogases ist offenbar noch nicht ganz berauschend. Es ist nach wie vor minimal. Hier würden wir von der SP schon erwarten, dass dies auch noch etwas verbessert wird, weil auch Erdgas im Prinzip natürlich nicht erneuerbar ist und es wäre gut, wenn man hier den Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen könnte. Wir haben eigentlich im jetzigen Zeitpunkt zwei ganz klare Erwartungen an die sbo. Eine ist die Vorbereitung und Bewertung von Szenarien zur Beherrschung der beiden Risiken, die ich vorher erwähnt habe. Es kann ja sein, dass noch weitere Grosskunden als Folge der Liberalisierung abwandern und auch, dass man dann gewappnet ist, wenn halt bei der Alpiq doch noch etwas nicht ganz rund laufen sollte, und dass man hier auf jeden Fall für die Stadt als Eigentümer der sbo und für uns als Bezüger keine Risiken eingeht. Wir haben aber auch klare Erwartungen an den Stadtrat. Vorher haben wir es schon gehört. Vom Verwaltungsrat wird ja ein Teil ersetzt und hier würden wir schon erwarten, dass man bei der Erneuerung darauf achtet, dass man den Verwaltungsrat verjüngt und eventuell auch die ökologische Kompetenz stärkt. Ein weiterer Punkt ist, dass man den neuen Stadtrat, der ja Wahlbehörde sein wird – der Verwaltungsrat wird vom neuen Stadtrat gewählt – natürlich nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellt, sondern dass man hier im Prinzip wirklich eine faire Wahl und eine faire Auswahl ermöglicht. Ich möchte es dabei nicht unterlassen, noch darauf hinzuweisen, dass es sicher auch mindestens einen neuen Stadtrat mit ausgewiesenen Finanzkompetenzen und auch mit sehr guten Kenntnissen der lokalen Politik hat. Wir von der SP danken der sbo wie gewohnt für die Pausenverpflegung, merci, und für die gute Dokumentation. In diesem Sinne ist die SP einstimmig für Kenntnisnahme und Zustimmung.

**Roland Rudolf von Rohr:** Die Fraktion der CVP/EVP/GLP hat von diesem Bericht Kenntnis genommen, die Rechnung der sbo geprüft und besprochen. Wir waren über die GPK auch

gut informiert., was ja von Felix Wettstein schon ganz ausführlich dargestellt worden war. Die Zahlen sind wirklich gut. Die Ziele für das Jahr 2012 sind erreicht worden und wiederum durfte die Einwohnergemeinde Olten einen ansehnlichen Betrag entgegennehmen. Ich glaube, man sieht es auf Seite 5. Über 3 Millionen Franken. So neben den Steuern von Fr. 84'000.— hat man sich jetzt langsam daran gewöhnt, dass hier immer etwas in die Einwohnergemeinde hinein fliesst. Nicht nur für dieses Geld, sondern auch für die tadellose Geschäftsführung und die umsichtige Geschäftsleitung, vorab mit Norbert Caspar. Aber auch der gesamte Verwaltungsrat und die Belegschaft haben gute Arbeit geleistet und da möchten wir uns recht herzlich bedanken. Auch ich verzichte darauf, auf die Zahlen einzugehen. Es ist jetzt genug davon gesprochen worden. Aber immerhin möchte ich noch zu Jost Bitterli etwas sagen. Mit dem jetzigen Rechnungsabschluss wird er ja zurücktreten. Er hat während 20 Jahren zuerst als zuständiger Stadtrat im Ressort Städtische Werke und nachher als VR-Präsident die Geschicke der sbo massgebend beeinflusst. Im Jahre 2000 war er die treibende Kraft der rechtlichen Verselbständigung, die in diesem Saal nicht ganz unbestritten war, aber man weiss es heute, der richtige Weg war. Er war ebenfalls die treibende Kraft für den Aufbau der Kooperationsunternehmung der a.en und hat auch dort erfolgreich die strategische Ausrichtung beeinflusst. Tatsächlich ist es so, dass er der Stadt Olten von einer einst sorgenvollen Tochter mit über 50 Millionen Franken Schulden heute eine ganz stattliche Frau, Dame oder Tochter beschert hat. Der Schuldenabbau unter der Ägide von Jost Bitterli ist ca. 60 Millionen Franken und das ist eine ganz gute Leistung. Wir möchten uns im Namen der Fraktion recht herzlich bei Dir, Jost Bitterli, bedanken, werden Dir dann in der Pause ein kleines Geschenk unserer Fraktion übergeben. Es ist natürlich nicht so gross wie das Geschenk, das Ihr unserer Stadt mit dieser wunderschönen Beleuchtung macht, wo wir ja wussten, dass wir sie uns fast nicht mehr leisten können. Es freut mich als Gewerbler natürlich besonders, dass auch die Kirchgasse von dieser wunderschönen Weihnachtsbeleuchtung profitiert. Besten Dank aber auch allen anderen Mitarbeitern der sbo, heute aber doch speziell dem scheidenden Verwaltungsrat Jost Bitterli. Wir wünschen natürlich, dass es so weiter geht und auch der kommende Kapitän der sbo das Schiff so weiter leiten wird. Vielen Dank.

**Daniel Probst:** Auch die FdP hat sich eingehend mit diesem Geschäft beschäftigt und stimmt den Beschlussesanträgen einstimmig zu. Ich bin als Sprecher gewählt worden, weil ich scheinbar derjenige bin, der etwas von Energie und Betriebswirtschaft versteht. Deshalb bin ich auserwählt worden und erlaube mir, gleichwohl einige Worte dazu zu sagen. Wenn man es anschaut, ist es schon beeindruckend, wie sich die sbo in den letzten Jahren in diesem nicht einfachen Umfeld bewegt hat. Es ist nicht einfach und wird auch nicht einfacher werden. Wir stellen doch fest, dass über verschiedene Massnahmen, zum Beispiel auch Diversifikation ins Gas oder eben auch Ausbau von Netz oder Investition in Kundenbedürfnisse einige Sachen gemacht wurden. Die Überlegungen für die Zukunft, die wir aus dem Bericht ersehen – es ist nicht viel und wir haben es in der Fraktion noch diskutiert - lassen uns eigentlich auch Gutes hoffen. An dieser Stelle auch von uns der Dank an den scheidenden Verwaltungsratspräsidenten Jost Bitterli, an den ganzen Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und auch die Mitarbeiter für die geleistete Arbeit. Ich blicke hier zuversichtlich in die Zukunft. Jetzt möchte ich noch ein paar Sachen sagen. Zur Liberalisierung oder zum teilliberalisierten Strommarkt: Wir haben vorher viel von Risiken gehört. Risiken heisst, dass es auf der anderen Seite auch Chancen gibt. Wir möchten eigentlich auch von Chancen reden. Es hat durchaus auch eine sbo Chancen in einem liberalisierten Markt. Einige Sachen haben wir bereits gesehen. Man kann zum Beispiel auf Kundenbedürfnisse eingehen. Man kann eben, wenn man will, Grünstrom kaufen. Das ist auch nur dank einer Liberalisierung möglich. Sonst wäre hier nicht viel passiert. Wir möchten primär oder sicher auch von diesen Chancen sprechen und es ist auch wichtig, dass man diese Chancen weiter verfolgt. Dann ist es halt jeweils schon nicht so einfach mit diesen Energiefragen. Wir sind eigentlich ganz froh, dass wir dort eine kompetente Geschäftsleitung haben, die sich auch selber mit diesen Fragen der Energiewirtschaft auseinandersetzen und selber Lösungen finden kann, dass wir vom Gemeinderat hier jedes Jahr ein paar Sachen sagen können, aber eigentlich die geschäftsleitende Funktion übernehmen. Es ist nicht einfach. Das musste ich gerade vorher wieder feststellen. Nur eine kleine Bemerkung: Der GPK-Sprecher hat davon gesprochen, dass der Markt für Kunden mit 100 Kilowattstunden

frei ist. Es sind Megawattstunden. Das ist Faktor tausend. Es ist eine schwierige Sache. Wir haben noch etwas festgestellt und auch mit dem Stadtrat diskutiert. Es wurde dort eigentlich wohlwollend aufgenommen und gesagt, dass es auch schon eine Diskussion ist. Wir haben uns angeschaut, wie die Entwicklung des Stromeinkaufs der sbo ist. Es ist so, und das habt Ihr vielleicht auch schon gehört, dass der Strompreis im europäischen Handel seit ein paar Jahren sinkt. Es gibt Unternehmen im Strombereich, die davon profitieren. Wir haben sinkende Preise, jedes Jahr etwa 10 % und wenn man es aktuell anschaut, ist der Strompreis auf dem Markt in der Schweiz jetzt etwa 5,4 Rappen. Wenn man sieht, zu welchem Preis die sbo einkauft, ist es doch etwa 46 % mehr. Jetzt sage ich nicht, dass es genau dieser Preis sein muss. Sonst müsste man ja direkt selber bei der Börse einkaufen gehen und das ist für eine sbo schwer möglich. Aber es bietet zumindest Potenzial, dass man mit seinem Lieferanten – wir wissen, wer dies hier ist – auch einmal reden, dies kritisch anschauen besprechen kann, wie eben Lösungen gefunden werden können. Stichwort: Strukturierte Produkte. Das kann dann auch eine sbo betreffen, wie Ernst Zingg gesagt hat. Dass man etwas in diese Richtung bewegen kann. Schliesslich profitieren eben die Kunden. Ich habe mir notiert: „Der Kunde zählt“. Dass man eben für den Kunden auch bessere Bedingungen machen kann und vielleicht zusammen mit dem Lieferanten auch mindestens mittelgrosse Strombezüger bei weiteren Liberalisierungsschritten behalten kann. Noch etwas zur Betriebswirtschaft: Es sind uns zwei Sachen aufgefallen. Eine ist die erfreuliche Entwicklung oder der stabile Cashflow. In diesem Geschäft ist wichtig, dass er stabil ist, dass er auch da ist, wenn man eben doch auch Investitionen tätigen muss. Das Zweite ist ein Eigenfinanzierungsgrad. Klar ist er hoch. Das ist typisch bei Energieunternehmen, die halt hohe Anlagewerte haben. Aber die Entwicklung ist auch dort sehr positiv. Noch etwas zum Thema Verwaltungsratspräsident, weil es zweimal gekommen ist. Ich möchte es mit dem Chancen nutzen verknüpfen. Wir wollen dort den Stadtrat aufrufen, dass er sich dort Gedanken, dass man jemanden wählt, der auch dafür sorgen kann, dass man Chancen nutzen kann sprich eben, wenn man mit Konzessionsgemeinden verhandeln muss, muss jemand dort sein, der diese Bedürfnisse kennt, vielleicht auch diese Kontakte hat und so eben auch Chancen nutzen und nicht nur Risiken minimieren kann. Das scheint uns hier ein wichtiger Punkt zu sein, den man sicher auch berücksichtigen sollte. Wie gesagt sprechen wir der gegenwärtigen Führung unser vollstes Vertrauen aus, wünschen uns weitere erfolgreiche Jahre mit der sbo und stimmen den Beschlussesanträgen einstimmig zu.

**Michael Neuenschwander:** Die Grüne Fraktion verdankt und würdigt das gute Geschäften der Städtischen Betriebe und ist natürlich froh darum. Im Sinne einer kleinen Anregung für die Zukunft würden wir gerne sehen, wenn bei den Einnahmen genauer aufgeschlüsselt wäre, wie die Entwicklung der erneuerbaren Energien ist. Das wäre jetzt auf der Stromseite in diesem Sinne in erster Linie Aarestrom und Solarstrom und auf der Gasseite Biogas, Kompogas. Wie sieht dort die Entwicklung aus? Wir hätten jeweils gerne in der Betriebsrechnung gesehen, wie dies aussieht, damit man dies auch über die Jahre hinaus etwas vergleichen kann. Das würden wir im Sinne einer Anregung gerne sehen. Grundsätzlich stimmen wir diesem Geschäft zu. Wir haben einfach noch eine kleine Anmerkung dazu, was jetzt den Stadtrat betrifft. In der Interpellation Felix Wettstein geht es um die Preisgestaltung, die im letzten Jahr in Kraft getreten ist. Sie ist am 20. September eingegangen und es ist noch keine Antwort gekommen. Ein halbes Jahr ist vergangen.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Es gibt ja andere Geschäfte, die umstritten sind und zu diskutieren geben. Aber das Sbo-Geschäft ist in unserer Fraktion sehr positiv aufgenommen worden und wir haben uns sehr gefreut. Sehr bemerkenswert ist auch, dass sie in einem Umfeld und einem Markt, wo die einzige Konstante eigentlich der Wandel ist, immer so konstant ihren Gewinn ausgewiesen haben. Wenn man den Geschäftsbericht liest, merkt man auch, dass das Führungsteam und die Firma die nötige Agilität zeigt, um auch weiterhin zu bestehen. Deshalb werden wir den Anträgen einstimmig folgen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte dem Sprecher der Grünen noch kurz etwas sagen. Hier ist die Antwort zur Interpellation Wettstein. Ich gebe zu, dass es eine zweimonatige Verspätung gibt. Wir werden sie im Juni traktandieren, damit man sie behandeln kann. Es hat aber etwas mit dem Ablauf zu tun. Das ist keine Entschuldigung. Es gibt nie

Entschuldigungen, wenn es um Fristen geht. Aber wir hatten bekanntlich im letzten Dreivierteljahr sicher etwa sechs oder sieben Vorstösse im Energiebereich. Es hat dort sogar im Zusammenhang mit dem Budget angefangen. Nachher kommen die Rechnung und wieder ein Budget. Alles zusammen ist einfach nicht so gegangen. Wir haben jetzt fundierte Antworten auf die Fragen von Felix Wettstein und werden dies im Juni traktandieren.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Wir haben noch eine kleine Anregung von Simone und das stimmt eigentlich. Wir möchten uns gerne noch für das Geschenk der SBO an die Stadt Olten bedanken, für den gesponserten Apéro und auch für die Weihnachtsbeleuchtung. Ich denke, das ist einen kurzen Applaus wert.

**Thomas Rauch:** Entschuldigung, ich habe es verpasst. Es ist mir zu schnell gegangen. Ich hätte gleichwohl noch zwei Sachen zum SBO-Geschäft, die ich hier gerne eingeworfen hätte. Ernst Zingg hat gesagt, wir seien hier quasi die GV in verantwortlicher Aktionärsstellung. Ich möchte zuerst noch einmal auf die Rechnung zurück gehen. Der erste Hinweis ist folgender: Die Preise und Volumen waren im letzten Jahr ja flach. Ich möchte einfach noch in Erinnerung rufen, dass wir im Gesamtmarktkontext, wenn wir auf europäisches Niveau mit den Währungseffekten gehen, einen 18prozentigen Preisrückgang im Strom haben. Das ist Spotmarkt. Ich weiss, dass dies nicht ganz vergleichbar ist. Aber ich möchte das Argument von Daniel Probst noch unterstützen. Man müsste einfach schauen, ob der Einkauf wirklich effizient ist. Das Zweite zur Bilanz: Eine solide Bilanz ist immer gut. Aber eine Bilanz ist nur dann gut, wenn man sie auch aktiv und geschickt einsetzt. Dann komme ich nämlich zum nächsten Punkt. Mir hat im Bericht eigentlich eine Eigentümerstrategie gefehlt. Dazu gibt es keine Äusserung. Ich finde dies eigentlich noch relativ brisant und interessant, weil es nicht nur die Alpiq ist, sondern die ganze Industrie ist im Umbruch. Der Partner, der 50 % der Aktien hat, oder der Hauptaktionär davon ist unter Finanzstress, verkauft Monat für Monat mit Riesen-Goodwill-Abschreibungen Power Generation Assets. Die Frage ist hier, ob es hier nicht Möglichkeiten gibt, wenn man an dieser Eigentümerstrategie ist und haben wir alle Informationen, was die Strategie dieses Unternehmens bezüglich dem Geschäftszweig Versorgung Schweiz ist? Ich vermisse hier Aussagen im Jahresbericht. Dann noch der letzte Punkt bezüglich des Verwaltungsrates. Das haben wir im Übrigen ausführlich diskutiert. Wir wollen eine politische Vertretung. Aber wenn schon viele Wechsel im Verwaltungsrat anstehen, kommt mir der aktuelle wie ein politisches Gremium vor und ich finde, man sollte die Chance nutzen, um jetzt Leute aus der Industrie, die wissen, wie Finanztransaktionen gehen, die einfach die ganzen Geschichten kennen und gleichzeitig schauen, dass man politisch verankert bleiben kann, einzusetzen. Kurzum: Einfach in gewissen Fragen eine etwas aktivere Rolle, weil wir hier die Aktionäre sind und man kann mit dieser Bilanz aktiv werden und nicht nur einfach warten, weil die Industrie Opportunitäten, Chancen bietet. Das wäre etwas, wo sich die Stadt Olten extrem gut positionieren könnte.

## Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Es werden folgende Rechnungsabschlüsse 2012 sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Elektrizitätsversorgung Markt	Überschuss	CHF	656'072.44
b)	Elektrizitätsversorgung Netz	Überschuss	CHF	410'525.87
c)	Gas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	756'223.98
d)	Wasserversorgung	Überschuss	CHF	148'044.02
e)	Finanzabteilung	verteilt auf Betriebe		
f)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	10'966'220.62
g)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	66'061'454.59

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 7. März 2013 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2012 werden genehmigt. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung sbo werden von der damit verbundenen Verantwortung mit dem besten Dank für die geleistete Arbeit entlastet.

4. Als Revisionsstelle sbo wird für das Jahr 2013 die HTO Treuhand AG, Ringstrasse 1, 4600 Olten, gewählt.

- - - - -

**Jost Bitterli:** Ich möchte mich beim Parlament und selbstverständlich auch beim Stadtrat für das Wohlwollen ganz herzlich bedanken. Die Arbeit habe ich während 20 Jahren gerne gemacht.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Abteilung Gemeinden, Prisongasse 1,  
4502 Solothurn (durch unterzeichneten Geschäftsbericht und Rechnungen 2012)

Verwaltungsrat sbo

Revisionsstelle sbo

Geschäftsleitung sbo (3)

Leiter Finanzen und Dienste (3)

Finanzverwaltung

Finanzkontrolle

Rechtskonsulent

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 67

## Stadtschreiber, Amtsperiode 2013-2017, Wiederwahl/Wahlempfehlung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Art. 131 Gemeindegesetz bzw. Art. 22 Ziffer 5 Gemeindeordnung ist der Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin durch das Gemeindeparlament zu wählen. Der derzeitige Amtsinhaber stellt sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. Gestützt darauf wird dem Gemeindeparlament

**Herr Markus Dietler, Stadtschreiber seit 1. Juli 2001,**

zur Wiederwahl für die Amtsperiode 2013-2017 vorgeschlagen.

### Beschlussesantrag:

Herr Markus Dietler, Gartenstrasse 6, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Stadtschreiber wiedergewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Stadtschreiber Markus Dietler begibt sich in den Ausstand. Ich wollte mich eigentlich vorher bei ihm bedanken. Ich möchte mir trotzdem erlauben, hier kurz etwas dazu zu sagen. Markus Dietler leistet schon seit Jahren grossartige Arbeit und insbesondere gerade in meinem Präsidialjahr war ich mehr als einmal sehr froh, dass er neben mir sitzt. Deshalb kann ich Euch nur herzlich empfehlen, Markus Dietler für eine weitere Legislaturperiode zu wählen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Man kann dem nichts mehr beifügen. Die Betreuung des Präsidiums ist ja ein grosser Teil vom Ganzen. Bitte nicht falsch verstehen, Frau Präsidentin. Wir empfehlen Euch natürlich im Namen des Stadtrates wärmstens, unseren Markus Dietler wieder zu wählen. Er ist eben nicht nur ein Stadtschreiber. Das ist ganz entscheidend. Er ist ein Macher, Denker, Umsetzer, Aufreisser, Entwickler. Ich finde gerade keine anderen Ausdrücke mehr. Aber Sie kennen ihn alle und wir möchten Euch bitten, ihn zu wählen.

## **Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Herr Markus Dietler, Gartenstrasse 6, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Stadtschreiber wiedergewählt.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:  
Stadtschreiber/Herr Markus Dietler

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 68

## **Friedensrichter und Friedensrichter-Stellvertreter, Amtsperiode 2013-2017, Wiederwahl/Wahlempfehlung**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Art. 133 Gemeindegesetz bzw. Art. 22 Ziffer 6 Gemeindeordnung sind der Friedensrichter oder die Friedensrichterin und der Friedensrichter-Stellvertreter oder die Friedensrichter-Stellvertreterin durch das Gemeindeparlament zu wählen. Die derzeitigen Amtsinhaber stellen sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. Gestützt darauf werden dem Gemeindeparlament

Herr Gerhard Reinmann, Gallusstrasse 49, Friedensrichter seit 24.11.1997,  
und  
Herr Urs Konrad Wyss, Wilerweg 15, Friedensrichter-Stellvertreter seit 24.11.1997,

zur Wiederwahl für die Amtsperiode 2013-2017 vorgeschlagen.

### **Beschlussesantrag:**

1. Herr Gerhard Reinmann, Gallusstrasse 49, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Friedensrichter wiedergewählt.
2. Herr Urs Konrad Wyss, Wilerweg 15, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Friedensrichter-Stellvertreter wiedergewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

### **Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Herr Gerhard Reinmann, Gallusstrasse 49, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Friedensrichter wiedergewählt.
2. Herr Urs Konrad Wyss, Wilerweg 15, wird für die Amtsperiode 2013-2017 als Friedensrichter-Stellvertreter wiedergewählt.

Mitteilung an:  
Stadtschreiber/Herr Markus Dietler

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 69

## Schulordnung/Totalrevision

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

Mit dem Konzept Geleitete Schulen Stadt Olten, das am 18. Dezember 2008 durch das Gemeindeparlament genehmigt und auf den 1. August 2009 in Kraft gesetzt wurde, erhielten die Schulen Olten eine neue organisatorische Grundlage mit einer neuen Führungsstruktur und neuer Kompetenzenverteilung. Dieses Konzept nahm alle kantonalen gesetzlichen Grundlagen auf. Die Schulleitungsverordnung definiert die Schule als pädagogisches Dienstleistungsunternehmen und im Funktionendiagramm werden allen Organen der Schule Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zugewiesen. Die Unterscheidung zwischen der strategischen und der operativen Führungsebene vervollständigt das moderne Konzept.

Im Bericht und Antrag an das Gemeindeparlament vom 18. Dezember 2008 schreibt der Stadtrat auf Seite 2 (2.4 Offene Fragen): „Das neue Konzept „Geleitete Schulen Stadt Olten“ löst die alte, durch die Entwicklung überholte Schulordnung aus dem Jahre 1979 ab“. Folgerichtig steht im Beschlussesantrag unter Punkt 3: „Die Schulordnung vom 29. März 1979 wird aufgehoben“.

Mit 39 : 2 Stimmen genehmigte das Gemeindeparlament das neue Konzept und damit auch die Aufhebung der Schulordnung.

Mit der neuen Kompetenzenregelung innerhalb der Schule Olten verknüpft ist das Wesen der Schulkommission. Deren Kompetenzen wurden auf Grund der neuen gesetzlichen Vorgaben des Kantons auf den Stadtrat und auf die Schulleitungen verlagert. Im genannten BA steht dazu unter 2.3 (Neuerungen gestützt auf kantonale Vorgaben): „Die Schulkommission ist damit von einem gesetzlich beauftragten Gremium zu einer beratenden Kommission geworden, wie sie in Olten in vielen Bereichen üblich sind. Die zukünftige Funktion der Schulkommission als Fachkommission muss nach der Genehmigung dieses Konzepts festgelegt werden.“

Das kantonale Volksschulgesetz bzw. die zugehörige Verordnung lassen zudem die Möglichkeit zu, gewisse - primär operative Entscheide - an die Schulleitung zu delegieren. Diese Übertragung von Aufgaben hat zwingend in der Schulordnung zu erfolgen.

Mit der jetzigen Vorlage sollen alle diese Punkte geregelt und die Aufgabenbereiche auf den verschiedenen Behördenstufen der Schulen Olten definiert werden. Andererseits soll die neue Schulordnung sich auf das Wesentliche beschränken und nicht Regelungen des übergeordneten Rechts unnötig wiederholen.

### 2. Erwägungen

Die nun vorliegende Schulordnung wurde in einem mehrstufigen Prozess durch die Direktion Bildung und Sport in enger Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst (Rechtskonsulent Stefan Hagmann) erarbeitet. Durch verschiedene Vernehmlassungsrunden konnten Impulse der

Schulkommission in die Schulordnung aufgenommen werden. Das Volksschulamt (VSA) hat am 9. April 2013 die revidierte Schulordnung vorgeprüft und keine Einwände vorgebracht.

Die neue Schulordnung soll als „Verfassung der Schule“ verstanden werden, Detailbestimmungen sollen - soweit notwendig - in anderen Reglementen festgehalten werden. Der grundlegende Charakter der Schulordnung orientiert sich an den folgenden Eckpunkten: Alles, was bereits in übergeordnetem Recht (kantonal oder national) geregelt ist, wird nicht noch einmal aufgenommen und kleine Anpassungen in der Schullandschaft sollen nicht zu einer aufwendigen Revision der Schulordnung führen.

Die revidierte Schulordnung beruht auf den kantonalen Vorgaben und ist abgestimmt auf die im Konzept Geleitete Schulen dargestellten Gegebenheiten. In diesem Sinn ergänzt sie das Konzept und das integrierte Funktionendiagramm zu einem kompletten Ganzen.

In Artikel 9 auf Seite 3 der revidierten Schulordnung werden Aussagen gemacht zur Nachfolgeorganisation der ehemaligen Schulkommission. Die neue Bezeichnung lautet „Fachkommission Bildung“ und als Aufgabe wird formuliert: „Die Fachkommission Bildung ist Begleit- und Resonanzorgan der Schule Olten.“ Damit sind die inhaltlichen Eckwerte der Arbeits- und Funktionsweise der Kommission gegeben.

### 3. Mit der Schulordnung zusammenhängende Rechtsgrundlagen der Schule Olten

Auf der Basis der eingesetzten neuen Schulordnung können die weiteren, davon abhängigen Rechtsgrundlagen der Schule Olten angepasst oder aufgehoben werden. Es betrifft dies die folgenden Reglemente:

- Richtlinien für den Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe sowie für den Übertritt innerhalb der Oberstufe (SRO 311.1). Mit der Sek I-Reform wurde ein kantonal normiertes und koordiniertes Übertrittsverfahren eingesetzt. Es gibt keine speziellen Regelungen mehr auf kommunaler Ebene. SRO 311.1 kann daher aufgehoben werden.
- Richtlinie über die Weiterbildungsklassen für Sekundar- und Oberschülerinnen und –schüler (freiwilliges 10. Schuljahr) (SRO 311.2). Für diesen Bereich ist eine Änderung des Volksschulgesetzes vorgesehen. Das bisherige freiwillige 10. Schuljahr an der Volksschule soll ab Schuljahr 2014/2015 aufgehoben werden. Für die Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 kann das freiwillige 10. Schuljahr im Sinn einer Übergangsregelung noch angeboten werden. SRO 311.2 kann somit noch nicht aufgehoben werden.
- Kindergartenordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 314) Seit 2012 (Harmos Konkordat) ist der Kindergarten die 1. Stufe der Volksschule. Der Kindergarten untersteht ab diesem Zeitpunkt der Volksschulgesetzgebung. SRO 314 kann somit aufgehoben werden.
- Gemeindeordnung (GO, SRO 111). Laut Art. 68 der GO zählt die Schulkommission 11 Mitglieder und ist die gemäss Volksschulgesetz zuständige Schul- und Aufsichtsbehörde für die städtischen Schulen sowie Aufsichtsorgan für die Kindergärten. Wie eingangs erwähnt, sind diese Aufgabenbereiche kraft des kantonalen Volksschulgesetzes dahingefallen. Über die weitere Zusammensetzung der neuen Fachkommission Bildung und deren Verankerung in der GO wird zu gegebener Zeit im Rahmen einer umfassenden Revision zu befinden sein.

#### 4. Bezug zu parlamentarischen Vorstößen

1. *Motion Arnold Uebelhart (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2011 betr. Bereinigung und Anpassung von Art 5 ff. der Schulordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten: Schulkommission*

Mit der Genehmigung des Konzepts Geleitete Schule am 18. Dezember 2008 ist die vom Motionär zitierte Schulordnung aufgehoben worden. Mit der nun vorliegenden totalrevidierten Schulordnung ist die Grundlage geschaffen, innerhalb der nun gültigen gesetzlichen Vorgaben und innerhalb von gut aufeinander abgestimmten Instrumenten - Schulordnung, Konzept geleitete Schulen und Funktionendiagramm, Übereinstimmung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten - eine Fachkommission ins Leben zu rufen, die aus ihrer eigenen Sicht Beiträge zum Gelingen einer guten Schule Olten liefern kann. Deshalb soll die Motion als erfüllt beschrieben werden.

2. *Postulat Yabgu Ramazan Balkaç (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2010 betr. Neuregelung der Kommissionen*

Mit den oben ausgeführten neuen Grundlagen kann die im Postulat prominent herausgestellte ehemalige Schulkommission, neu Fachkommission Bildung, ihre Arbeit aufnehmen. Weitere, im Postulat genannte Kommissionen beruhen auf anderen Reglementen, deren Überarbeitung noch aussteht und deren Zuständigkeit bei anderen Direktionen liegt.

3. *Postulate Stephan Hodonou (EVP/CVP/GLP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 5. November 2010 betr. Fachkommission Bildung und Yabgu Ramazan Balkaç (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2010 betr. Neuregelung der Fachkommission Bildung (Schulkommission)*

Die vorliegende Vorlage nimmt die Anliegen der beiden Postulate im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung auf; die beiden Postulate können daher überwiesen und beschrieben werden.

#### 5. Stellungnahme Schulkommission

Die Schulkommission hat an ihrer Sitzung vom 23. April 2013 die Schulordnung einstimmig genehmigt.

#### 6. Finanzielle Auswirkungen

Aus der Totalrevision der Schulordnung ergeben sich keine finanziellen Konsequenzen.

## Beschlussesantrag:

### I.

1. Der Totalrevision der Schulordnung wird zugestimmt. Die Schulordnung tritt - unter Vorbehalt der Genehmigung durch die kantonale Aufsichtsbehörde - auf den 1. August 2013 in Kraft.
2. Die Richtlinien für den Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe sowie für den Übertritt innerhalb der Oberstufe (SRO 311.1) und die Kindergartenordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 314) werden aufgehoben.
3. Die Motion Arnold Uebelhart (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2011: Bereinigung und Anpassung von Art 5 ff. der Schulordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten: Schulkommission wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Die Postulate Stephan Hodonou (EVP/CVP/GLP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 5. November 2010 betr. Fachkommission Bildung und Yabgu Ramazan Balkaç (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2010 betr. Neuregelung der Fachkommission Bildung (Schulkommission) werden überwiesen und als erfüllt abgeschrieben.
5. Die Aufgaben der neuen Fachkommission Bildung werden bis zur Revision von Art. 68 der Gemeindeordnung durch die Schulkommission wahrgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### II.

Ziffer I./1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Wir haben hier eine eher ungewöhnliche Ausgangslage, dass nämlich mit dieser Vorlage gleichzeitig drei parlamentarische Vorstösse behandelt bzw. abgeschrieben werden sollen. Es ist darum auch ungewöhnlich, weil zwei dieser Postulate, nämlich das Postulat Stephan Hodonou und Mitunterzeichnende betr. Fachkommission Bildung und das Postulat Yabgu Balkaç und Mitunterzeichnende betr. Neuregelung der Fachkommission Bildung, Schulkommission, noch nie in diesem Parlament behandelt worden sind. Ich werde es so halten, dass wir zuerst über das Geschäft, über die Vorlage diskutieren und dass ich dann den beiden Postulanten beim jeweiligen Beschlussesantrag kurz das Wort gebe, damit sie sagen können, ob sie mit der Abschreibung einverstanden sind oder ob sie ihr Geschäft gerne noch im Parlament behandelt haben möchten. Soviel einmal zum Vorgehen. Dann haben wir diverse Anträge zu diesem Geschäft. Ihr habt sie vorliegend. Wir werden sie in der Diskussion behandeln und nachher werde ich über die einzelnen Beschlussesanträge einzeln abstimmen lassen und über die einzelnen Anträge natürlich auch. Bevor wir das Geschäft behandeln, möchte ich gerne über das Eintreten abstimmen. Gibt es einen Antrag auf Nichteintreten auf dieses Geschäft? Das scheint nicht der Fall zu sein.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Das Büro wird dem Stadtrat in diesem Geschäft folgen.

**Stadtrat Mario Clematide:** Im Wesentlichen geht es bei der vorliegenden Totalrevision der Schulordnung um die Schaffung des rechtlichen Führungsinstrumentes neben den beiden betrieblichen Führungsinstrumenten der Schulen Olten, nämlich dem Konzept der Geleiteten Schule mit dem entsprechenden Funktionendiagramm. Übergeordnet gelten in diesem Geschäft das kantonale Volksschulgesetz und die Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Olten. Daneben soll auch der latente Konflikt und ich stehe dazu, dass es ein Konflikt ist, wobei bei mir der Begriff Konflikt nie negativ, sondern immer positiv belegt ist, weil sich etwas daraus entwickeln kann, zwischen der Schulkommission und der BISPO-Leitung durch klare Regelungen beigelegt werden, ein Konflikt übrigens, der auch letzte Woche in der NZZ am Beispiel der Zürcher Schulen wieder thematisiert wurde. Es geht immer um das Gleiche, nämlich um die Professionalisierung der Schulleitung versus Einflussnahme der Politik in die Schulführung via Schulpflege, wie man dies im Kanton Zürich nennt. Das ist ein latenter Konflikt. Bekanntlich ist exakt vor vier Jahren in diesem Rat im gleichen Gemeinderatsbeschluss das Konzept der Geleiteten Schulen angenommen und die Schulordnung ersatzlos gestrichen worden. Die Schulkommission ist im Konzept der Geleiteten Schulen zwar erwähnt worden, aber sie hat keine Aufgaben beinhaltet. Mit der vorliegenden Schulordnung sollen diese beiden offenen Punkte – ich sage es einmal gelinde – Aufhebung der Schulordnung und aufgabenlose bzw. zahnlose Schulkommission korrigiert werden. Mir ist wichtig, das Folgende speziell festzuhalten: Die Schulordnung hält sich an das Subsidiaritätsprinzip. Das heisst, was im Volksschulgesetz geregelt ist, soll nicht noch einmal erwähnt werden. Die Schulordnung wird damit schlank. Zweitens ist es aber doch so, dass einzelne wesentliche Punkte vom Konzept der Geleiteten Schule in der Schulordnung bewusst verstärkt werden sollen, vor allem solche, welche die Aufgaben und Kompetenzen des Stadtrates, der Gesamtschulleitung, der Schulleitungskonferenz und der Schulleitungen betreffen. Die beiden Artikel 8 und 9, welche die neue Fachkommission Bildung betreffen, sind klar und wie die ganze Schulordnung durch die aktuelle Schulkommission einstimmig genehmigt worden. Aus den Fraktionssitzungen heraus wurden diverse Anträge gestellt. Dafür dankt der Stadtrat. Es ist dabei aber das Folgende zu beachten. Die vorliegende Schulordnung ist vom kantonalen Bildungsdepartement vorgeprüft und als rechtskonform bezeichnet worden. Das heisst, dass sie primär nicht im Widerspruch zum kantonalen Volksschulgesetz steht. Daraus folgt zweitens, dass Änderungen der vorliegenden Schulordnung unter Umständen nur unter dem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch das DBK, das Bildungsdepartements, beschlossen werden können. Stefan Hagmann als städtischer Rechtskonsulent wird bei den einzelnen Anträgen dann für juristische Klarheit sorgen. Zwei ganz persönliche Bemerkungen zum Schluss: Wer meint, dass man mit der Schulordnung in der Hand die Schule führen kann, der irrt. Zweite Aussage: Die Schulordnung ist nur so gut, wie sie gelebt wird. Übrigens eine Bemerkung, die ich zum Konzept der Geleiteten Schulen als Gemeindeparlamentarier hier vor vier Jahren auch gemacht habe. Jetzt bin ich auf die Diskussion gespannt.

**Sandra Näf, Fraktion Grüne:** Die neue Schulordnung hat in unserer Fraktion einiges zu reden gegeben. Grundsätzlich sind wir mit der uns jetzt vorliegenden Schulordnung einverstanden. Dennoch haben wir in der Fraktion noch drei weitere Anträge zur Schulordnung und ihrer Revision formuliert, welche wir gerne in der Detailberatung diskutieren und begründen werden. Stutzig hat uns gemacht, dass im Beschlussesantrag unter Punkt 4 drei Postulate in einem „Aufwisch“ schnell überwiesen und abgeschrieben werden sollen. Wir sind der Meinung, dass sich die zuständige Direktion mit der Bearbeitung sehr viel Zeit gelassen hat, exakt zwei Jahre und 7 Monate, dies lässt schon fast auf Gleichgültigkeit schliessen. Dann möchte ich hier noch kurz Mario Clematide widersprechen. Er hat vorher gesagt, die Schulordnung sei aufgehoben worden. Unserer Meinung nach ist sie nicht aufgehoben worden, sondern ist einfach nicht mehr gültig. Wir begrüssen, dass mit der neuen Schulordnung die Kompetenzen und Aufgaben der Schulkommission bzw. der neuen Fachkommission Bildung geregelt werden. Der heutigen Schulkommission ist es ein

Anliegen, dass die Aufgaben klar formuliert sind, so dass auch in der neuen Legislatur die Fachkommission Bildung einen klaren Auftrag erhält und diesen auch erfüllen kann. Es ist unsere Pflicht, der neuen Fachkommission eine solide Grundlage für ihre Arbeit zu geben. Die heutige Schulkommission weiss wie es ist, wenn eine „Blackbox“ hinterlassen wird und der Auftrag nicht klar ist.

**Heinz Eng, FdP-Fraktion:** Die Totalrevision hat eine langjährige Vorgeschichte. Der zuständige Stadtrat hat dies vorher schon erwähnt. Vor vier Jahren Umsetzung Konzept Geleitete Schulen und daraus waren gewisse Punkte noch offen, unter anderem eben auch die neue Rolle der Definition der Schulkommission und auch – ich bin mit Sandra einverstanden – die Schulordnung. Sie wurde in diesem Sinne nicht ersatzlos gestrichen, sondern einmal auf Eis gelegt und man hat nachher auch gesagt: Man muss sie anpacken. Nun liegt die Schulordnung vor. Hier möchte ich zuerst einmal von Seiten der FdP ein grosses Bravo und Danke für diesen Wurf an die Direktion Bildung und Sport sagen. Hier sei die Frage erlaubt, und hier mache ich jetzt kurz eine Klammer auf: Wir haben jetzt eine Schulordnung. Wo ist eigentlich hier die längst überfällige Revision der Gemeindeordnung? Das muss der Stadtrat oder der neue Stadtrat dann sicher relativ schnell anpacken. Ich übe hier auch gewisse Selbstkritik. Es muss jetzt auch an uns, dem Parlament sein, dass die Gemeindeordnung, die längstens revidiert werden muss, einmal angegangen wird und wir darüber wachen, und hier den Stadtrat, den neuen Stadtrat antreiben, die Sache mit Vollgas zu machen. Klammer geschlossen. Besten Dank für die vorliegende schlanke und strukturierte Schulordnung. Ich glaube auch, dass das Pièce-de-résistance etwas die Aufgabe der FAKO ist. Das Volksschulgesetz ist von Mario erwähnt worden. Ich möchte hier einfach anregen, nicht den vorseilenden Gehorsam zu machen. In diesem Volksschulgesetz steht vieles, das nicht umgesetzt wird. Ich mache nur ein Beispiel. „Die P-Züge sind der Volksschule unterstellt“. Das stimmt nicht. Wir wissen alle, wo dies ist. Wenn jetzt der Kanton hier gross reinreden will usw., weiss ich, dass Du dort immer eine Antwort bereit haben und auch den Spiegel vorhalten wirst, sie sollen zuerst einmal in ihrem Stall Ordnung machen, bevor sie nach Olten kommen. Wenn wir etwas Anderes entscheiden, das im Sinne der Schule ist und vielleicht nicht genau so markant im Volksschulgesetz steht. Hier bitte ich, auch dies zu berücksichtigen. Dem Kanton, wenn er dann wirklich nicht will und wir alle aber einverstanden sind, entsprechend auch den Spiegel vorzuhalten. Etwas zur Schulkommission: Ich bin seit vier Jahren oder noch länger in dieser Schulkommission. Mit dem Konzept Geleitete Schule waren es schwierige Sitzungen. Es gab viele Mitgliederwechsel, weil es, wie es auch erwähnt wurde, nicht klar definiert war, was diese Fachkommission oder Schulkommission machen soll. Gemäss Volksschulgesetz – ich zitiere es jetzt gleichwohl – gibt es sie faktisch nicht mehr. Das ist ganz klar. Sie haben auch keine Kompetenzen mehr. Das stimmt. Aber in langwierigen Sitzungen usw. hat man sich dann gefunden, dass die FAKO eben gleichwohl gewisse Aufgaben wahr nehmen soll. Sie sind jetzt in dieser Schulordnung definiert. Ich erinnere auch an das Organigramm der Geleiteten Schulen. Mario hat es vorher auch erwähnt. Die FAKO oder Schulkommission ist nicht in der Hierarchie der Schulen. Sie ist angehängt. In der ganzen Hierarchie hat die FAKO in diesem Sinne keine Entscheidungskompetenzen. Sonst ist nachher das Konzept der Geleiteten Schule nicht richtig. Das wurde aber auch so gewünscht. Einige von Euch waren ja mit mir zusammen seinerzeit in der Arbeitsgruppe Geleitete Schulen. Vielleicht noch etwas zum Schluss: Ich mache hier den Fächer auf. Man hat jetzt in der Schulordnung definiert, wie die Fachkommission funktionieren soll. Wir haben andere Kommissionen, Stadtentwicklungskommission, Altstadtkommission, Integrationskommission usw. Auch wird es in der nahen Zukunft eine Aufgabe sein, diese einmal zu durchleuchten und zu sagen, welche Kommissionen es braucht und welche Aufgaben und Funktionen sie haben, wie sie rechtlich auch verankert sind und so weiter und so fort. Wenn man jetzt diese Fachkommission in der Schulordnung definiert, kann es nicht sein, dass nachher alle anderen ausserparlamentarischen Kommissionen dieser Stadt irgendwie gleichwohl wieder anders funktionieren und sich selber regeln und was weiss ich nicht alles. Man muss hier eine gewisse unité de doctrine an den Tag legen. Auch das wird in den nächsten paar Monaten, vielleicht auch Jahren eine Herausforderung sein. Aber das muss angepackt werden. Noch etwas: Vielleicht

braucht es auch nicht mehr alle Kommissionen. Die FAKO, die wir erwähnt haben, existiert faktisch nicht. Wir haben jetzt hier eine Lösung gefunden. Eine Integrationskommission hat eine Delegierte für Integrationsfragen. Die Stadtentwicklungskommission hat den Stadtentwickler usw. Das muss man gesamthaft anschauen und eben nicht wieder im Einzelnen regeln, damit wir hier auch einmal klare Strukturen und Richtlinien haben. Fazit: Die FdP wird dieser Vorlage grundsätzlich zustimmen und wird sich noch konkret zu den Änderungsanträgen, die hier auf dem Tisch sind, äussern.

**Ramazan Balkaç, SP-Fraktion:** Wo Konflikte entstehen, sucht man Kompromisse und was hier vorliegt ist eine Kompromisslösung und nicht das Gelbe vom Ei. Es ist nämlich während rund drei Jahren nichts gelaufen und im letzten Jahr haben wir versucht, alles nachzuholen und in den letzten paar Monaten versucht der Stadtrat, möglichst viel nachzuholen. Deshalb sage ich Kompromisslösung. Es sind viele Punkte noch offen, die in Zukunft sicher angeschaut werden müssten. Darum bin ich auch froh, dass die Anträge gekommen sind. Wir haben in der Fraktion diskutiert, welche Punkte von uns aus noch fehlen, damit diese Kommission ohne Konflikte funktionieren kann. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das Gefühl haben, die Kommission müsse mehr Mitspracherecht haben, was noch nicht der Fall ist, ein Pflichtenheft, was neu ja vor einem Jahr entstanden ist und funktioniert und die Kommission hat dies einstimmig genehmigt. Es ist also vorhanden. Irgendwie fehlen Stellenbeschriebe. Es ist so etwas ungefähr, aber doch nicht präzise. Die Zuständigkeiten Stadtrat, Gemeindeparlament sind noch so unklar. Das sind Punkte, wo wir das Gefühl haben, man müsse sie genauer prüfen. Als SP-Fraktion stimmen wir der Vorlage auch zu.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Die vorliegende Totalrevision Schulordnung drängt sich auf, weil, wie man gehört und gelesen hat, übergeordnete kantonale Gesetze geändert haben und bereits 2008 das Konzept Geleitete Schulen vom Parlament genehmigt wurde. Ein wesentlicher Punkt der neuen Schulordnung ist die veränderte Führungsstruktur mit Ausserkraftsetzung der damaligen Schulkommission. Berücksichtigt wird jetzt die Schaffung einer Fachkommission Bildung, was in der Vergangenheit von diversen Motionen und Postulaten ja verlangt wurde. Die Forderungen dieser Vorstösse werden meines Erachtens mit der vorliegenden Schulordnung erfüllt. Mit den inhaltlichen Eckwerten im vorliegenden Entwurf kann jetzt ein Pflichtenheft für eine Fachkommission Bildung erstellt werden. Wichtige Forderungen wie zum Beispiel Anlaufstelle für Anliegen aus der Bevölkerung oder Dritte nach eigener Kompetenz einladen sind im vorliegenden Entwurf berücksichtigt. Auch dass sich die Fachkommission Bildung nach der Gemeindeordnung richtet, also politisch zusammensetzt mit Antragsrecht an das Parlament, ist ein Beispiel, das damals in der Debatte Motion Uebelhart ein zentrales Anliegen war. Zu den vier Änderungsanträgen werde ich dann noch separat Stellung nehmen. Ich finde die vorliegende Schulordnung eine gute Vorlage, die übrige Fraktion auch. Deshalb einstimmig ja von der SVP.

**Stephan Hodonou:** Die CVP/EVP-GLP-Fraktion hat sich mit dieser ebenfalls mit dieser Vorlage beschäftigt und sie hat auch etwas zu reden gegeben. Wir begrüßen einfach grundsätzlich die Anpassung der Schulordnung an die bestehende Situation, wie die Schule auch aussieht, wie sie sie abbildet. In der Diskussion sind wir auch über ein paar Punkte gestolpert. Einer ist eben auch das Ungewöhnliche, dass gerade zwei Postulate und eine Motion quasi gleichzeitig aufgegriffen werden und in einem Wisch beantwortet werden sollen. Michael Neuschwander hat vorher von der Interpellation, die nicht beantwortet wurde, gesprochen. Das Postulat unserer Fraktion datiert vom 5. November 2010 und wir hatten noch keine Antwort erhalten bzw. das ist jetzt die Antwort. In diesem Sinne haben wir gemerkt, dass für uns dort noch etwas fehlt, weil wir als Fraktion ein Postulat hatten, dass eben die strategischen Geschäfte in der Fachkommission Bildung diskutiert werden sollen. Deshalb möchten wir auch dem Parlament beliebt machen, unseren Antrag dort wirklich festzusetzen, weil es uns ein Anliegen ist. Wir glauben, gerade wenn die Fachkommission Bildung ein Resonanzorgan sein soll, das beraten soll, muss sie diese Punkte auch diskutieren und das möchten wir gerne festgeschrieben haben. In diesem Punkt muss ich Heinz Eng kurz widersprechen. Wenn er sagt, es gebe die Fachkommission Bildung an und

für sich nicht mehr, stimmt es so nicht. Der Kanton hat einfach gesagt, er lasse es den Gemeinden offen, ob sie eine haben wollen oder nicht. Er hat sich gedrückt, dort eine Antwort zu haben. Er hätte sie wirklich abschaffen können, hat er aber nicht gemacht, sondern hat gesagt: Schaut doch selber. Mit diesem Vakuum sind wir dann gestartet und ich sage einmal, es war unklar, ob es sie noch geben soll. Aber Fakt ist, dass das Parlament spätestens mit der Motion von Arnold Uebelhart unmissverständlich klar gemacht: Wir wollen eine Fachkommission Bildung. Deshalb ist es nachher zu dieser Schulordnung gekommen. Das ist eine Frage der Kompetenz, die man geben will. Das VSG legt ausdrücklich fest, dass sogar gewisse Kompetenzen an die Kommission übertragen werden können. Das ist, was Arnold Uebelhart in seiner Motion ja fordert, Artikel 70 – 72, wo dies alles festgehalten ist. Weiter zu diskutieren gab bei uns, dass es von der Schulordnung heisst, sie solle Verfassungscharakter haben. Hier sind wir einverstanden. Es soll nicht unnötige Dopplungen geben. Wir hatten aber dann beim Durchgehen etwas das Gefühl, es sei doch etwas schnell gegangen, weil gewisse Elemente, die wir durchaus für erachtenswert halten, entfernt wurden, und deshalb haben wir zum Beispiel auch etwas Sympathien für den Antrag 2 der Grünen, wo es um Eltern- und Schülerrechte geht. Das VSG sagt erstaunlicherweise wenig dazu. In diesem Sinne ist es in unseren Augen fast etwas eine Verschlechterung, weil die Elternrechte in der alten Schulordnung verbrieft sind und wir haben das Gefühl, es sind elementare Grundrechte, auch das Schülerrecht, wo wir eigentlich schon noch Sympathien haben, dass man dies auch in einer neuen Schulordnung verbiefen sollte. Zum Beispiel, dass Schüler angehört werden sollten, finden wir elementar. Dass Eltern den Unterricht besuchen dürfen, ist elementar. Das ist nicht im Volksschulgesetz aufgeschrieben, also in diesem Sinne keine Dopplung. Weshalb dies entfernt wurde, darüber haben wir etwas diskutiert. Wir haben in diesem Sinne keine Dopplung gefunden. Auch dort haben wir Sympathien für den Antrag 2. Für den Antrag 1 gibt es ebenfalls Stimmen. Hingegen sind wir in unserer Fraktion nicht für den Antrag 3, weil wir glauben, dass es so nicht geht, auch wieder vom VSG her. Wir möchten beliebt machen, unseren Antrag hinein zu schreiben zur Klarheit für die Fachkommission Bildung und unsere Stellungnahme zu den grünen Anträgen.

**Stadtrat Mario Clematide:** Ich möchte für die grundsätzlich gute Aufnahme der Schulordnung danke sagen. Auch schützte ich Asche auf mein Haupt, was die parlamentarischen Vorstösse anbelangt. Hier habe ich wahrscheinlich mehr als ehemaliger Schulleiter und nicht als verantwortlicher Bildungspolitiker gehandelt. Das nehme ich in Kauf und diese Kritik ist für mich klar. Aber ich möchte auch klar sein, Sandra. Ich habe das Protokoll der Parlamentssitzung hier vorliegend, als es darum ging, das Konzept der geleiteten Schulen zu genehmigen. Punkt 1, Konzept Geleitete Schulen wird genehmigt. Der zweite ist ein finanzieller Punkt. Bei Punkt 3 bitte ich Dich, einfach genau zuzuhören: „Die Schulordnung vom 29. März 1979 wird aufgehoben“. Das hat das Parlament mit 39 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung so beschlossen. Das heisst mit anderen Worten, in den letzten vier Jahren hatte die Stadt Olten rechtlich keine Schulordnung. Aber das Glück war, dass das kantonale Volksschulgesetz so gut war, dass dies allenfalls gewisse Sachen aufgefangen hat. Aber wir haben es nicht gebraucht. Eine Schulordnung gab es in der Stadt Olten jedoch nicht. Sie ist aufgehoben worden. Du kannst nachschauen. Es hat hier auch noch sehr interessante Diskussionsbeiträge, was das Konzept der Geleiteten Schulen anbelangt. Das ist klar: Wir hatten in einem gewissen Sinne, was die Stadt Olten anbelangt, einen rechtslosen Zustand. Trotzdem hat die Schule Olten funktioniert. Es war mir wichtig, dies noch zu sagen. Was die Anträge anbelangt, hat es in meinen Augen drei, denen der Stadtrat und ich zustimmen werde. Aber einen Antrag – Stephan hat es gesagt – kann man nicht annehmen, weil dort ganz klar ist, dass der Kanton sagen würde: Widerspricht dem kantonalen Volksschulgesetz und die vorliegende Schulordnung wird nicht genehmigt.

## Schulordnung

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Ich werde seitenweise vorgehen. Auf Seite 1 haben wir einen Änderungsantrag der Grünen zu Artikel 2 Absatz 3.

**Felix Wettstein:** Mindestens die Mitglieder von Regierung und Parlament haben ja bereits eine Kurzbegründung auf dem Tisch. Vielleicht damit die Gäste dies auch noch verfolgen können: Bis jetzt heisst der vorgeschlagene Passus unter dem Titel Schulangebot: „Der Stadtrat regelt und koordiniert die Zusammenarbeit mit der Sek P an der Kantonsschule“. Wir wollen dies nicht anders haben, sondern nur noch etwas ergänzt. Einerseits ist der Begriff Sek P – es ist erstaunlich, dass der Rechtsdienst des Kantons dies durchgehen liess – kein Rechtsbegriff. Man muss es ausschreiben: Sekundarschule P, damit es der Formulierung des Volksschulgesetzes entspricht. Das ist der Eine und der Andere, der uns wichtiger ist: Inzwischen haben wir eine zweite Schulstufe, wo auch Kinder im Volksschulalter zur Schule gehen und in der kantonalen Verantwortung ist. Das sind die heilpädagogischen Sonderschulen. Im gleichen Sinne wie man sagt: Es gibt eine Verantwortung für die Zusammenarbeit, weil es um die Kinder im Volksschulalter geht, muss man ergänzen: „Sowie mit den heilpädagogischen Sonderschulen“. Ich muss noch eine kleine Korrektur anbringen. In der Begründung habe ich geschrieben „per Volksentscheid vom 3. März 2013“. Es liegt sogar noch kürzer zurück. Die Abstimmung war erst am 14. April. Das ist mir erst nachher aufgefallen. Die Begründung ist, dass es inzwischen eine zweite Stufe ist, die vom Kanton verantwortet ist. Deshalb ruft es nach Zusammenarbeit.

**Stadtrat Mario Cematide:** Der Stadtrat ist einverstanden.

## **Beschluss**

Einstimmig wird dem Antrag der Grünen Fraktion auf Änderung von Artikel 2 Absatz 3, wie er begründet wurde, zugestimmt.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Auf Seite 2 liegt ein weiterer Antrag der Grünen Fraktion zu Absatz 5 vor. Sie möchten dort einen zusätzlichen Abschnitt 5bis einführen.

**Felix Wettstein:** 5bis aus systematischen Gründen. Wir sind der Meinung, dass dies am Schluss des Kapitels Allgemeine Bestimmungen und vor dem Kapitel Behördenorganisation der richtige Platz ist. Ich weiss jetzt selber auch nicht, wie dies rechtlich ist. Wenn wir heute erst am Schluss eine Gesamtgenehmigung machen müssen, ob man dann die Nummerierung der Artikel noch um eins nach hinten schieben darf, damit wir nicht schon von Anfang an irgendwelche bis und ter und quater drin haben. Stephan Hodonou hat diesen Punkt schon angesprochen. Wir finden richtig, dass die neue Schulordnung den Charakter einer Art Verfassung der Stadt-Oltner Schulen hat und nicht Detailbestimmungen, die man dann auf Reglements- oder Verordnungsebene nachführen kann, dass dies auch enthalten ist. Insgesamt hat man dem auch Rechnung getragen, dass man die ganzen früheren Kapitel über Lehrer und Lehrerinnen, über Schüler, Schülerinnen, über Eltern herausgestrichen hat, weil sie weitgehend solche Verfahrensausführungen enthielten. Es gibt aber etwas, das den Charakter eines grundsätzlichen Rechts und eben ein grundsätzliches Signal gegenüber den wichtigsten Partnern der Schule enthält. Das sind die beiden bisherigen Artikel, wo eben die Informations- und Anhörungsrechte für die Schülerinnen und Schüler einerseits, für die Eltern dieser Kinder andererseits festgehalten sind. Diese beiden Grundsätze haben wir aus der vorherigen, bis vor vier Jahren gültigen Fassung wieder aufgenommen, sprachlich leicht angepasst, ansonsten aber gemäss Euch vorliegendem Vorschlag formuliert. Damit gibt die Schule ein deutliches Zeichen, dass etwas nicht einfach dem Zufall überlassen ist, ob man es eben will oder nicht, nämlich Partnerschaften ernst nehmen, sondern dass man es als Recht, das sowohl den Kindern wie den Eltern zusteht, wirklich festschreibt.

**Stadtrat Mario Cematide:** Das ist eine politische Forderung, die man aufnehmen kann. Das DBK fragt sich, ob dies stufengerecht ist, ob es nicht allenfalls in ein Leitbild oder in eine Schulvereinbarung, die man noch machen muss, gehört. Es steht dem Gemeindeparlament zu, eine solche Regelung aufzunehmen. Für mich als Praktiker – und ich nehme an, Huguette kann mich hier unterstützen – ist dies eine Selbstverständlichkeit und ist das gelebte Realität an den Oltner Schulen. Wenn so etwas Grundlegendes an den Oltner

Schulen nicht gelten würde, müsste ich sagen, dass wir vier Jahre für nichts gearbeitet hätten. Das ist gelebte Realität. Wenn es das Gemeindeparlament in der Schulordnung verstärken will, soll es dies tun.

**Heinz Eng, FDP-Fraktion:** Ich sehe es genau gleich wie der jetzt sprechende zuständige Stadtrat. Ich habe zwei schulpflichtige Kinder. Das wird berücksichtigt. Es ist überflüssig. Solche Anliegen muss man niederschwellig, also auf Stufe Schulhaus oder Schulleitung machen. Wenn ich sehe, wie man als Eltern, und viele von Euch haben ja auch schulpflichtige Kinder, praktisch einen Overkill an Informationen bekommt, an Aufgeböten, morgen muss ich wieder an einen Elternabend usw., jede Prüfung, welche die Kinder haben, muss praktisch dreifach von den Eltern unterschrieben werden. Sie bekommen Notenblätter nach Hause. Wenn sie einmal schlecht geschlafen oder geträumt haben, können sie noch den Schulpsychologen und weiss ich wen aufsuchen. Das braucht es effektiv nicht, wird gelebt und gehört zum Standard, wie Mario gesagt hat. Eine gute Schule schreibt sich dies auf die Fahne und sonst ist sie sowieso am falschen Ort.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Das Volksschulgesetz regelt bereits an zwei Stellen die Zusammenarbeit mit den Eltern, nämlich unter dem Kapitel Pflichten und Rechte des Lehrers und zusätzlich auch noch beim Kapitel Schulleiter Aufgaben. Das ist dort eigentlich geregelt. Zusätzlich ist ja der Bildungsplan für jede Lehrperson verbindlich. Dort ist die Elternarbeit und auch die Anhörung der Schüler ein integrierter Bestandteil, der auch im Schulalltag laufend eingebaut und realisiert wird. Ich denke hier an einen Schülerrat oder an Feedback- oder Reflexionslektionen für die Schüler, was an unseren Schulen in Olten bereits regelmässig stattfindet. Beides ist in die Schulhausorganisation eingebaut. Es gibt pro Jahr eine kantonal geregelte Schulbesuchswoche, wo jedermann jederzeit unangemeldet in ein Schulzimmer laufen kann. Die wiederholte Formulierung dieses Anliegens in der Oltnen Schulordnung wäre meiner Meinung nach eine unnötige Überregulierung. Sie könnte auch vom Lehrpersonal als Zeichen von Misstrauen verstanden werden, was für die Lehrer nicht motivierend wäre. Elternbesuche finden bereits laufend statt. Die Lehrer und Schulleitungen müssen aber hier Spielraum haben, damit der Unterricht nicht gestört wird. Es gibt nämlich tatsächlich auch Eltern, die sich bei einem spontanen Schulbesuch nicht an die Regeln halten und vor ihnen muss man den Unterricht schützen. Andererseits haben anwesende Eltern auch das Recht auf Aufmerksamkeit des Lehrers. Wenn sie schon extra kommen, muss man sich ihnen ja widmen und einige Fragen beantworten. Das muss man auch einplanen. Vielleicht kann man dies nachher im Unterricht einplanen. Aber das wäre ein Grund für eine Voranmeldung eines solchen Elternbesuches. Kleinere Kinder sind oft abgelenkt, wenn die Mutter hinten sitzt, und können dem Unterricht nicht mehr folgen. All die erwähnten Gründe sprechen gegen Antrag 2.

**Stephan Hodonou, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir haben die Artikel 19 bis 25 im Volksschulgesetz angeschaut. Dort stehen, was die Eltern betrifft, vor allem die Pflichten. Das stimmt. Und dass sie das Zeugnis haben dürfen. Aber vor allem stehen die Pflichten und dass sie, wenn es nicht klappt, bis zu Fr. 1'000.— Busse bezahlen müssen. Aber so etwas Elementares, dass sie in den Unterricht kommen dürfen und nicht nur am Besuchstag, steht nicht. Persönlich verstehe ich nicht so ganz, warum wir es, wenn es gelebte Realität ist, nicht hineinschreiben. Dann ist es ja kein Problem. Wenn es gelebte Realität ist, ist es ja beste Sache. Dann ist es ja kein Hindernis, wir schreiben es hinein und es ist sowieso schon gelebt und kein Problem.

**Heidi Ehrsam:** Der Antrag der Grünen ist ja eigentlich auch erst nach unserer Fraktionssitzung an uns heran gekommen und wenn man es so liest, muss ich sagen, dass das Anliegen sicher sehr begründet. Aber er kommt etwas breit daher. Wir haben jetzt Doris zugehört und ich selber war fast über Jahrzehnte auch Schulkommissionsmitglied, als man Schulbesuche gemacht hat und die Lehrer besuchen musste. Später dann eben an diesen festgelegten Tagen. Doris hat viel Wahres über den Schulbesuch gesagt. Sie hat auch ausgeführt, wo das Recht der Eltern schon verbrieft ist. Wenn man sieht, wie die Leitbilder

bei den Schulen sind, wie sich die Schulen um den Kontakt und Austausch mit den Eltern bemühen und wie sie dies niederschwellig auch tun – hier hat Heinz Eng wieder ein paar Beispiele gebracht – glaube ich, dass es in der Form, in der es hier daher kommt, ein Fremdkörper in dieser schlanken Schulordnung ist. Trotz des berechtigten Anliegens würde ich jetzt auch sagen, wir könnten dies bleiben lassen. Es wurde von meiner Vorrednerin und meinem Vorredner ausgiebig begründet.

**Urs Knapp:** Ich möchte für eine Minderheit oder vielleicht sogar für eine Mehrheit der FdP – das ist noch nicht so ganz klar – dafür plädieren, dass man diesem Antrag zustimmt. Ich denke, wir haben auch heute gehört und haben hinten relativ viele Vertreter, die sich für eine starke Schule in einem bestimmten Quartier einsetzen und ich nehme an, dass wenn Herr Biedermann und seine Kolleginnen und Kollegen nach Olten kommen, sie nicht nur schauen, wo ein Schulhaus steht, und es gibt vielleicht Pläne eines Schulhauses, sondern sie werden auch schauen, was in der Schulordnung steht. Sicher werden sie nicht Reglement X und Reglement Z und auch kaum die Kantonschulverordnung hervor nehmen, sondern sie werden die Schulordnung von der Website herunter laden und dann auch sehen, ein solches Bekenntnis, wie es Felix Wettstein formuliert hat, ist ein Bekenntnis von Transparenz, von Offenheit, das heute halt immer noch nicht ganz in allen Köpfen ist. Ich spreche jetzt als Vater, aber auch aus Erfahrung. Ich glaube, es ist wichtig, dass man transparent ist und eine Chancengleichheit hat, obwohl es in dieser Schule ein Autoritätsgefälle gibt. Im Prinzip tut eine solche Deklamation, ein solches Bekenntnis einer Schulordnung sehr gut, weil es zeigt: Wir wollen transparent sein. Wir wollen offen sein. Wir wollen mit den Eltern und den Kindern etwas machen und sie auch erst nehmen. Auch wenn es an x anderen Orten steht, wir haben in diesem Papier auch viele andere Sachen, die drin stehen können, aber das ist ein wichtiger Punkt. Von daher würde ich empfehlen, dass man dies unterstützt.

**Felix Wettstein:** Es ist jetzt von Stephan und von Urs auch schon angetönt worden. Ich möchte dem noch Nachdruck verleihen. Selbstverständlich schreiben wir in einem Gesetzeswerk immer auch Sachen, die schon gelebte Realität sind. Wo kämen wir hin, wenn wir ein Gesetz formulieren müssten, damit die Leute überhaupt anfangen würden, dem nachzuleben. Es steht darüber, dass alle zwei Jahre ein Schulfest stattfindet. Zum Glück steht es drin. Aber wehe, wir würden es nicht machen, wenn wir es herausstreichen würden. Es ist ganz wichtig. Es ist wirklich im Sinne der Bekräftigung gemeint, weil uns dies ein wichtiges Anliegen ist. Hier muss ich Doris Känzig wirklich widersprechen. Es ist auf der kantonalen Ebene nicht als Recht formuliert. Es ist also Pflicht für die Lehrpersonen, dass sie die Eltern nicht auslassen. Das ist das eine. So wie wir das wohlverstanden von der alten Schulordnung übernommen haben, ist es als Recht formuliert. Ein Recht mit Grenzen, wenn Ihr die Formulierung anschaut. Die Eltern können nicht alles mitbestimmen. Es ist nur ein relativ kleiner Teil. Aber dem soll man Ausdruck verleihen. Heidi Ehram hat vorher gesagt, das komme sehr breit daher. Es ist genau so breit, wie es seit 1977 in der vorherigen Schulordnung stand.

**Heinz Eng:** Ich will es nicht verlängern und es ist vielleicht auch etwas eine Diskussion um des Kaisers Bart. Aber Felix hat jetzt mehrmals gesagt: Recht, Recht, Recht. Einverstanden. Gesetz, Recht. Aber jedes Recht braucht nachher auch entsprechende Vollzugsvorschriften, wie man das Recht ausgestaltet usw. Vielleicht meine Frage: Wo willst Du denn das vereinbaren? Oder wo soll dann geschrieben sein, wie das Recht ausgestaltet werden soll, das Du hier nimmst? Das muss irgendwo stehen. Die Schulen müssen das Recht nachher vollziehen. Das braucht Vollzugsvorschriften. Unter welchen Umständen und so weiter und so fort. Das wird jetzt alles niederschwellig geregelt. Relativ schlank lebt man dem nach. Und wenn man es eben alles – hier widerspreche ich meinen Vorrednern – ins Gesetz hinein schreibt, beschränkt man sich einerseits auch und andererseits muss man entsprechend die Vollzugsvorschriften ausarbeiten, damit alle vom Gleichen reden. Jeder versteht dann unter dem Recht, wenn es nur so drin steht, wieder irgendetwas Anderes. Fertig. Des Kaisers Bart.

**Roland Rudolf von Rohr:** Als nicht gerade sehr Vertrauter der Materie ist mir jetzt gleichwohl etwas aufgefallen. Das Recht finde ich schon noch gut. Aber wie weit geht dann das Recht des Lehrers, auch gewisse Limiten hinein zu hängen? Ich kann mir gut vorstellen, dass allenfalls ein Vater oder eine Mutter auch einen gewissen Druck und Terror aufbauen kann und halt dann immer wieder geht, gerade wenn es spezielle Situationen hat. Hat Felix Wettstein vielleicht auch daran gedacht, hier in vernünftigen Mass eine gewisse Limite hinein zu bringen oder so etwas? Oder vielleicht noch die Frage an Mario: Wurde viel davon Gebrauch gemacht oder ist auch von der Lehrerschaft beklagt worden, dass es zu viele Schulbesuche gegeben hat? Wenn nicht, ist es gut. Aber wir öffnen hier natürlich Tore. Urs hat es gesagt. Die Leute werden sich an dieser Schulordnung orientieren und sehen dann auch plötzlich ihr Recht. Ich habe etwas Angst für die Lehrer, dass es dann plötzlich eine Riesenvölkerwanderung ist und man hier einen feinen Druck darauf gibt. Dann müsste er auch irgendwo eine gewisse Limite haben können. Oder sieht man bei den Befürwortern diese Gefahr gar nicht?

**Stadtrat Mario Clematide:** Vielleicht zum letzten Punkt, den Roland Rudolf von Rohr erwähnt hat. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Stadtschulen von Olten sind kompetent, um mit Eltern und anderen interessierten Personen umzugehen. Das ist das Erste. Zweitens: Im Rahmen der speziellen Förderung wurden sie im Problembereich auch geschult. Umgang mit schwierigen Situationen im Schulzimmer. Also die Heterogenität, die wir im Schulzimmer haben, hier werden die Lehrerinnen und Lehrer in Olten geschult und sie sind sehr kompetent. Huguette kann davon sicher auch gut berichten. So wie es natürlich zu schwierigen, nicht einfachen Situationen im Schulzimmer kommt, gibt es auch solche Situationen auf den Schulhausgängen. Dann sind es vor allem die Eltern, die allenfalls mitreden. Aber ich denke, das haben wir seit eineinhalb oder zwei Jahren im Griff. Das ist nicht ein Problem, das gehäuft an uns herantritt. Jetzt öffne ich eine Klammer und schliesse sie nachher wieder. Wir haben eher Probleme, wenn es um die Übertritte geht. Davon könnte Ueli Kleiner ein Lied singen. Wenn es darum geht, die Sechstklässler in die richtige Klasse zu bringen, ins E, B oder P. Klammer zu. Aber das sind dann andere Beweggründe, weshalb es dort Konflikte mit den Eltern gibt. Vielleicht falle ich jetzt Ueli Kleiner und denjenigen, welche die Schulordnung mit mir zusammen verbrochen haben, in den Rücken. Die deklaratorische Wirkung dieses Rechts in der Schulordnung, wenn es dann soweit kommt, dass sich interessierte Eltern über die Schulordnung ein Bild von den Stadtschulen Olten machen, finde ich ziemlich gut. Ob dann daraus gerade Vollzugsverordnungen kommen müssen, zweifle ich an. Wir haben ein Leitbild, wir haben die Schulvereinbarungen, die man nachher heranziehen könnte. Grundsätzlich meine ich, eine deklaratorische Wirkung im Sinne von: Ihr habt ein Recht, könnte einer solchen Schulordnung noch gut anstehen.

## **Beschluss**

Mit 26 : 13 Stimmen wird Antrag 2 der Grünen Fraktion betreffend Artikel 5bis Zusatz angenommen.

### Antrag 3 Grüne zu Artikel 6 Absatz 1

**Felix Wettstein:** Der erste Satz unter kommunale Aufsichtsbehörde heisst jetzt: „Der Stadtrat ist die kommunale Aufsichtsbehörde“. Im kantonalen Gesetz heisst es sinngemäss, dass es der Gemeinderat ist. Das ist grundsätzlich richtig. Wir haben aber auch das Gemeindegesetz des Kantons als übergeordnetes Recht. Dort ist ganz klar festgelegt, dass es eine ausserordentliche Gemeindeorganisation gibt und in der ausserordentlichen Gemeindeorganisation ist der Stadtrat – es heisst dort der Gemeinderat, aber das betrifft bei uns den Stadtrat – das „vollziehende und verwaltende Organ“ im Unterschied zum Parlament, das die strategische Steuerungsverantwortung hat. Es geht darum: Was ist die Ebene einer strategischen Führung? Beispielsweise wenn wir in der Stadt einen neuen Schultypus einführen wollen. Wenn wir eine Schulkreiseinteilung neu machen wollen usw. Das sind Sachen, die auf diese Ebene gehören. Vielleicht auch ein Schulversuch, der einen

gewissen Umfang annimmt. Nicht nur einen gewissen Finanzumfang, sondern auch einen gewissen Regelungsumfang annimmt. Ich denke, das ist die Ebene, die wirklich strategisch gemeint ist. Das sind in der Regel unbestrittene Geschäfte, die dann auch ins Parlament kommen. Aber es ist uns wichtig, mit diesem Grundsatz festzuhalten: Die strategische Führung ist beim Parlament und der Stadtrat ist das vollziehende Organ.

**Stadtrat Mario Clematide:** Felix, hier kann ich ganz klar sagen: Das ist ein No go. Nach Auskunft des DBK, wenn dies drin bleibt, wird das DBK die Schulordnung zurückweisen und nicht akzeptieren. Ich beziehe mich auf formale Aspekte. Ich habe die Vollzugsverordnung zum kantonalen Volksschulgesetz. Unter Artikel 84 kommunale Aufsichtsbehörde heisst es: „Die kommunale Aufsichtsbehörde ist die direkt vorgesetzte Behörde des Schulleiters“. Die direkt vorgesetzte Behörde von Ueli Kleiner ist der Stadtrat. Der Stadtrat wählt ja auch Ueli Kleiner. Du hast es richtig erwähnt. Im kantonalen Volksschulgesetz Artikel 70 steht: „Der Gemeinderat einer Einwohnergemeinde“ – das ist die Exekutive – „bzw. der Vorstand eines Schulkreises ist die kommunale Aufsichtsbehörde in Schulfragen“. Es ist auch hier wieder ganz ausdrücklich die Exekutive. Für mich ist noch wichtig, dass es klar ist, dass wir am Formalen nicht vorbei kommen. Aber es ist auch das Materielle. Ich nehme an, Du hast im kantonalen Volksschulgesetz auch die Aufgaben der kommunalen Aufsichtsbehörde nachgelesen. Hier kommen wir einfach an Grenzen. Wenn es zum Beispiel heisst: „Sie passt die Ausgestaltung der Schulleitung den örtlichen Gegebenheiten an. Sie schliesst die fachliche Leistungsvereinbarung mit den zu erreichenden Zielen mit der kantonalen Aufsichtsbehörde ab. Sie erteilt dem Schulleiter den Leistungsauftrag. Sie sorgt für Erstellung, Betrieb, Ausrüstung und Unterhalt der Anlagen für das kommunale Volksschulangebot. Sie genehmigt das Leitbild und das Schulprogramm. Sie stellt die Schulleitung an“. Das kann nicht eine Legislative tun, sondern dies macht eine Exekutive. Jetzt gebe ich Dir auch noch einen ganz praktischen Hinweis. Es ist ja so, dass die Schule im Kanton Solothurn eine Geleitete Schule ist. Das heisst, wir haben eine kantonale Aufsicht. Das ist das DBK. Wir haben eine kommunale Aufsicht. Wir haben eine Gesamtschulleitung. Wir haben die Schulleitungskonferenz. Wir haben die Schulleitungen und wir haben die Lehrerkonferenz. Was die kommunale Aufsichtsbehörde anbelangt, hat sie regelmässige Controllinggespräche. Wir haben heute Vormittag mit Mario Petiti ein solches jährliches Controllinggespräch gehabt und zwar als Vertreter der kommunalen Aufsichtsbehörde. Wenn jetzt das Gemeindeparlament kommunale Aufsichtsbehörde wäre, wer ginge dann hier? Gingen dann hier 50? Ginge die Präsidentin? Oder ein Delegierter? Hier muss ich von der Umsetzung her sagen, dass das Konzept der Geleiteten Schulen ganz klare Verantwortlichkeiten vorsieht und die Verantwortlichkeit bei der kommunalen Aufsichtsbehörde ist so, dass sie beim Stadtrat und zwar als Kollegialbehörde gelegt ist. Sie ist nicht bei mir, sondern beim Stadtrat als Kollegialbehörde. Ich sage es einfach noch einmal. Es gibt materielle Gründe, die gegen den Änderungsantrag sprechen. Aber es gibt vor allem den formalen Grund, dass das DBK und der Regierungsrat die Schulordnung mit einem solchen Passus kommunale Aufsichtsbehörde, sei es das Gemeindeparlament, nicht genehmigen werden.

**Urs Knapp:** Die FdP hatte in der Fraktionssitzung sehr viele Sympathien für diesen Antrag. Vielleicht haben wir auch die Worte gehört, die Heinz Eng heute gesagt hat. Vorauseilender Gehorsam der Stadt gegenüber dem Kanton kann auch Grenzen haben. Wir haben eine ausserordentliche Gemeindeorganisation. Mit der Argumentation des Stadtrates könnten wir eigentlich auch nicht die Generalversammlung der sbo sein, genau gleich. Dann müsste auch der Stadtrat die Generalversammlung sein oder anders gesagt: Das Beispiel der SP zeigt eben gerade, dass eine strategische Führung – es geht gar nicht um eine operative Führung – durch ein Parlament sehr wohl möglich ist. Strategische Führung heisst beispielsweise – ich glaube, wir haben vor vier Jahren einmal entschieden – dass wir eine Schulsozialarbeit wollen. Der Antrag und nachher die Umsetzung davon ist vom Stadtrat gekommen, wie sich dies gehört. Aber das Parlament hat dies nachher als Aufsichtsorgan gemacht. Wenn wir sagen: Wir wollen – ich glaube, wir haben sogar entschieden – mit einem Schulhausbau die Schulen, die Oberstufe oder ich glaube, es heisst jetzt Sek E, im

Frohheimschulhaus zusammenführen, unter anderem auch, damit man die jüngeren Schüler im Sälischulhaus schützen kann. Auch hier hat am Schluss das Parlament auf Antrag des Stadtrates zugestimmt. Es hätte ja auch sagen können: Wir wollen dies aus strategischen Überlegungen nicht. Ich glaube, hier ist wirklich die Frage: Aufgabenteilung zwischen Strategie und operativ, Exekutive/Legislative. Was der Kanton nachher entscheiden wird, wird man dann sehen. Ich glaube, er wird sich auch sehr, sehr genau überlegen, was er in diesem Fall entscheiden wird.

**Sonja Bossart Meier, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich kann mehr oder weniger die zwei Aspekte wiederholen. Der formale Aspekt ist für mich eigentlich auch relativ klar. Im Volksschulgesetz steht, der Gemeinderat sei die kommunale Aufsichtsbehörde und im Gemeindegesetz steht, dass der Gemeinderat auch in der ausserordentlichen Gemeindeorganisation die vollziehende Behörde ist, also ist der Stadtrat der Gemeinderat, auch in der ausserordentlichen Organisationsform. Dieser Teil ist für uns klar, wobei wir dies natürlich erst nachträglich angeschaut haben. In der Fraktionssitzung haben wir nur den materiellen Teil diskutiert und zwar haben wir dort mehrheitlich gefunden, dass es nicht unbedingt am Parlament ist, die strategischen Entscheide zu diskutieren. Natürlich ist dann am Schluss die Frage: Was sind strategische Entscheide der Schule? Das müsste man dann wahrscheinlich auch noch irgendwo beantwortet haben. Aber aus diesen zwei Gründen sind wir mehrheitlich gegen diesen Antrag.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich weiss nicht, ob ich jetzt für die SP spreche. Ich habe mich einfach gemeldet. Ich möchte Dir auch folgen, in dem, was Du gesagt hast. Urs weiss vielleicht, dass es bei der Schulsozialarbeit – ich schaue auch die Gemeindeordnung an und schlage sie immer gleich auf, wenn jemand etwas sagt – natürlich auch um finanzielle Auswirkungen ging, mehr als Fr. 40'000.— pro Jahr. Ich glaube, das war der Zusammenhang. Wir haben eigentlich bestimmt: Wir wollen sie. Wenn wir abgelehnt hätten, hätte sich eigentlich nichts geändert. Dann wäre sie einfach nicht gekommen. Aber ich denke, hier ging es um die Finanzen.

**Ramazan Balkaç:** Als Fraktion waren wir bezüglich Antrag 3 unterschiedlicher Meinung. Persönlich habe ich natürlich auch Sympathien. Ich denke, was nicht schadet, ist einfach gut. Kurz gesagt. Es entsteht eigentlich kein Widerspruch. Die Zuständigkeiten sind ziemlich klar. So gesehen möchte ich beliebt machen, dass wir diesem Antrag zustimmen.

**Heinz Eng:** Es tönt einfach sehr kompliziert, wenn man dies hier mitverfolgt. Dabei ist es eigentlich einfach. Ich kann mit beidem leben. Mit der Variante von Felix Wettstein. Das ist gut. Dann haben wir hier den Fuss drin. Wenn es dann schliesslich so ist, wie Mario Clematide es sagt, dass der Stadtrat hier die Aufsichtsbehörde ist, ist dies ja für uns vom Parlament auch nicht schlimm. Wer führt den Stadtrat? Wir, das Parlament. Dann führen wir nachher die ganze Geschichte vom Parlament her über den Stadtrat. Fertig. Und auch dann haben wir den Fuss drin. Einfach.

**Heidi Ehram:** Ich glaube, die Vorabklärungen zu diesem Artikel haben scheinbar von mehreren Seiten stattgefunden. Jetzt wäre es doch an uns, dass wir eine Schulordnung, die zustande gekommen und auf ein positive Echo gestossen ist, heute so verabschieden, dass die DBK sie nachher nicht wieder „canceln“ und sagen muss, es sei aus diesem oder jenen Grund ungültig. Das scheint mir jetzt klar zu sein. Ich spüre schon, was Felix und Urs meinen. Das hat schon seine Berechtigungen. Aber jetzt scheint die rechtliche Situation klar zu sein. Das hat uns noch sonst noch niemand hier bewiesen. Ein Jurist und kein Jurist. Mir ist es jetzt wirklich ein Anliegen, dass wir die Schulordnung heute tipp-topp verabschieden können. Der Stadtrat war ja für gewisse Ergänzungen sehr parat und fand auch gut, was wir eingebracht hatten. Es wird nachher noch ein Antrag von uns kommen. Es ist etwas ein Armutszeugnis, wenn wir jetzt einfach zu etwas ja sagen und wir wissen, dass die DBK sagt, es gehe nicht, sei aus rechtlichen Gründen nicht machbar oder weshalb auch immer. Deshalb möchte ich doch empfehlen, dass wir diesem Antrag jetzt nicht nachkommen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es ist bekannt, dass ich nicht der Bildungsminister bin und wir beide irgendeinmal nicht mehr hier vorne sitzen. Deshalb unterstützen wir einander jetzt auch. Ich möchte jetzt einfach an euch appellieren. Felix Wettstein, Du bist jetzt jemand, der alles kennt, alles weiss- ich bitte, dies nicht falsch zu verstehen – und die Gesetze und Verordnungen studiert. Aber jetzt muss ich Dir einfach einmal sagen: Das Gemeindegesetz und die Verordnungen, die dazu kommen, andere Gesetzeswerke, sehen im Kanton Solothurn zwei Systeme vor: Eine ordentliche Gemeindeorganisation, die 9 von 10 Gemeinden haben. Die Stadt Olten ist die allereinzige, welche die ausserordentliche Organisation hat und hat deswegen im Gemeindegesetz ein eigenes Kapitel. Aber es sagt identisch genau das Gleiche. Nur hat es andere Benennungen. Ich habe Dir vorher Gemeindeversammlung zugerufen. Wir haben einfach das Instrument der Gemeindeversammlung nicht, sondern das Parlament sind die Abgeordneten der Stadt. Die Exekutive ist der Stadtrat, der hier vorne sitzt, und Ihr seid die Legislative. Was man jetzt hier miteinander vermischt, das ist meine Auffassung, Strategie und Operation und Exekutive und Legislative. Das darf man einfach nicht vermischen. Es ist klar geregelt. Die Exekutive, der Stadtrat. Im Gemeindegesetz steht nicht Stadtrat, sondern einfach Gemeinderat. Wir heissen jetzt halt so, weil wir eine Stadt sind. Ist die Exekutive und dementsprechend zuständig und niemand anders. Merci, Heidi, für Deine Aussage wegen der Abklärungen. Natürlich klären wir solche Sachen ab. Ich meine, man kann dies hier verabschieden. Danach geht es nach Solothurn und kommt postwendend zurück. Dann diskutieren wir es halt wieder. Ob es jetzt schön ist oder nicht. Jetzt möchte ich noch eine andere Aussage machen. Ich bin schon etwas erstaunt – meine Herren insbesondere, die Damen alle ausgenommen – dass es hier jetzt Redner hatte, die Mitglied der Schulkommission sind. Da lese ich doch im Bericht und Antrag: „Die Fachkommission hat diese Schulordnung einstimmig genehmigt“. Wo sind wir eigentlich hier? Jetzt kehrt Ihr einfach intern wieder alles. Hier kann man sich als Stadtrat schon äussert gut darauf verlassen. Ich erlaube mir, dies hier zu deklarieren.

**Felix Wettstein:** Ich gebe Mario und Ernst recht, dass diese Formulierung mit der Aufsichtsbehörde tatsächlich danach ruft, dass man dies nicht ändert. Der Satz mit der Aufsichtsbehörde, dass dies der Stadtrat ist, würde im Widerspruch zum übergeordneten Recht stehen. Was bei der Formulierung, wie sie uns vorliegt, Unbehagen ausgelöst hat, ist der nächste Satz mit dem Thema strategische Führung. Ich glaube, wir bringen diese beiden Sachen auseinander und stelle in Absprache mit meinen Fraktionskolleginnen und –kollegen – ich habe mich vorher kurz umgesehen und das Nicken meiner Kolleginnen und Kollegen eingeholt, dass ich eine Formulierung vorschlagen darf – einen Antrag, welche die beiden Sachen auseinander nimmt. Ich hoffe, es klappt. Der neue Antrag würde lauten: „Das Gemeindeparlament trifft die strategischen Entscheidungen über die städtischen Schulen Olten. Der Stadtrat ist die kommunale Aufsichtsbehörde gemäss Schulgesetz. Er setzt die Strategien um gemäss vorliegendem ...“ Ist der Fall klar? Der Gedanke des bisher zweiten Satzes wird als erster Satz nach vorne genommen und mit der Zuständigkeit des Gemeindeparlamentes gekoppelt. Alles Andere, eben insbesondere Aufsichtsbehörde – es ist klar, dass Aufsichtsbehörde Vollzugsarbeit ist.

**Urs Knapp:** Ich bin nicht ganz so diktatorisch oder autoritär wie Felix. Ich habe mich auch etwas umgesehen. Ich glaube, so könnte man auch leben. Das sage ich jetzt persönlich und schaue einmal, was die anderen dann sagen. Aber ich denke schon. Aber was mir bei Ernst Zingg noch wichtig ist. Hier bin ich wirklich hundertprozentig nicht einverstanden. Es kann nicht sein, dass man in einer Kommission, die irgend ein paar Monate vor einer Parlamentssitzung eine Meinung sagt, nachher verpflichtet ist, auf andere Argument so stur und unbelehrbar zu sein, dass man diese Meinung nicht ändern und keine bessere Meinung haben darf. Ich möchte jetzt hier wirklich für die Leute der Schulkommission kämpfen, wo ich ungefähr weiss, wer dabei ist, obwohl ich ihr selber nicht angehöre. Aber auch in anderen Kommissionen passiert etwas. Sonst müssen wir nämlich die Parlamentssitzung gar nicht mehr durchführen. Dann können wir sagen: Hier hat die Fraktionssitzung entschieden, da die Kommission. Am besten können wir elektronisch abstimmen. Dann sparen wir noch etwas

Zeit. Gerade deshalb haben wir ja eine Parlamentssitzung, damit man hoffentlich auf Argumente, die kommen, reagiert, vielleicht etwas anderes sieht und sich beeinflussen lässt. Ich finde dies eigentlich eine Qualität, ob jetzt von der Schulkommission oder von anderen Mitgliedern, dass man bereit ist, aus dem Gärtchen hinaus zu gehen, neue Gedanken aufzunehmen und vielleicht auch einmal etwas Anderes zu entscheiden.

**Stephan Hodonou:** Ich möchte auch noch kurz etwas zur Kommission sagen, weil es mir nicht ganz fair erscheint. Es steht zwar schon in der Vorlage, dass die Kommission einstimmig war. Das stimmt. Aber es steht nicht, wie es zustande gekommen ist. Das ist ein wichtiger Punkt, weil dies natürlich zur Meinungsbildung beiträgt. Man muss wissen, dass die Schulkommission relativ wenig Zeit hatte, dies anzuschauen und wir haben diese Fragen nicht zu Ende diskutiert. Wir haben uns vor allem auf die Aufgabe der Kommission Bildung konzentriert und nicht auf den ganzen Rest, weil wir gar nicht Zeit hatten, da es plötzlich so schnell gehen musste. Von daher sind diese Fragen nicht diskutiert worden. Es ist so, dass die Schulkommission für die meisten in der Kommission nicht die ideale Schulordnung ist, sondern wir haben gesagt, das ist ein guter Kompromiss. Wenn, wie es Urs Knapp gesagt hat, neue Erkenntnisse aufkommen, ist es durchaus möglich, dass einzelne Mitglieder ihre Meinung ändern.

**Dr. Markus Ammann:** Ich befürchte, auch mit dem abgeänderten Antrag der Grünen, so wie es Felix vorher gesagt hat, machen wir das Chaos nur noch grösser. Es wird juristisch auch nicht funktionieren. Vielleicht muss dies Stefan Hagmann dann noch bestätigen. Ich habe jetzt den Ausschnitt aus dem Volksschulgesetz kurz vor mir. Dort steht halt klar drin: „Die kommunale Aufsichtsbehörde ist für die strategischen Entscheide zuständig“. Dann können wir nicht sagen: Die strategischen Entscheide macht dann das Parlament, aber die kommunale Aufsichtsbehörde ist dann gleichwohl der Stadtrat. Das funktioniert einfach nicht. Es geht juristisch nicht auf. Die Verwirrung kommt vielleicht auch daher, dass im Besonderen dann die ganze Auflistung steht, die Mario erwähnt hat. Wenn ich dies lese, kann man dies einem Gemeindeparlament nicht zumuten. Das ist nämlich zum grössten Teil auch Exekutivaufgabe und das funktioniert einfach nicht. Ich möchte schon beliebt machen: Wenn wir jetzt eine Schulordnung wollen, müssen wir dies streichen. Da bin ich fest überzeugt. Sonst diskutieren wir nachher über einen neuen Ansatz der Schulordnung, wo dies dann halt vermutlich nicht mehr drin steht. Wenn wir es wollen, machen wir es doch jetzt.

**Sonja Bossart Meier:** Ich wollte das Gleiche wie Markus Ammann sagen und zwar § 71 des Volksschulgesetzes zitieren, wonach der geänderte Antrag ebenfalls rechtswidrig wäre.

**Ramazan Balkaç:** Ich möchte ganz kurz etwas zu den Äusserungen zur Schulkommission sagen. Solche Sachen habe ich bewusst nicht erwähnt, wollte auch nicht lange reden. Aber jetzt muss ich dies erwähnen. Es ist tatsächlich so, wie ich sage. Ich meine, in den letzten paar Monaten wollte man alles auf einmal erledigen. Man verspürte auf einmal einen Drang. Jetzt muss dies gemacht werden. Die Schulkommission – die anwesenden Mitglieder der Schulkommission können dies sicher bestätigen – hat dies vier Jahre lang probiert. Immer wieder. Drei lang Jahre hat es geheissen: Kommt nicht in Frage. Im letzten Jahr – das könnte vielleicht mit den Wahlen zusammenhängen, ich weiss es nicht – hiess es, alle Türen offen und in den letzten paar Monaten war alles möglich. Wenn man die Abfolge so anschaut, ist es nicht ganz berechtigt, wenn man die Schulkommission so darstellt. Wir haben uns Mühe gegeben, auch Arbeitsgruppen gebildet, sehr viele Sachen vorbereitet. Das hat dazu geführt, dass auch die Schulordnung so vorliegt. Sonst wäre sie nicht gemacht worden. Das behaupte ich jetzt einmal so. Ich muss die Schulkommission in diesem Sinne als Präsident schon verteidigen. Man muss vielleicht etwas sachlich bleiben. Natürlich haben wir einstimmig zugestimmt, einige widerwillig. Die Anwesenden wussten, wir haben gesagt, wir haben soviel Arbeit geleistet. Wenn wir nicht zugestimmt hätten, wäre überhaupt nichts gekommen. Aber wir haben unsere Vorbehalte auch erwähnt. Deshalb habe ich auch gesagt, es ist nicht das Gelbe vom Ei. Es ist eine Kompromisslösung. Deshalb denke ich,

dass wir hier auch Sachen anbringen dürfen, wo wir das Gefühl haben, das sollte auch noch dazu gehören.

**Thomas Rauch:** Nur ein kurzer Satz zu dieser Geschichte. Ich finde, wenn man dem Antrag zustimmt und ich finde es eigentlich unterstützungswürdig, hat es den Effekt, dass man nicht so, wie bei der sbo – das haben wir heute gesehen, da können wir zwar die Rechnung würdigen und als Zuschauer noch etwas da sein – in diesem Sinne auch draussen ist.

**Stadtrat Mario Clematide:** Ich könnte jetzt etwas maliziös sein und sagen, die Diskussion am Schluss widerspiegle, auch in der Heftigkeit, gewisse Diskussionen, die in den Schulkommissionssitzungen stattgefunden haben. Dann wäre ich maliziös. Was die RUK angeht und wenn ich die Diskussionen der alten Schulkommission nachlese, wo es um das Konzept der Geleiteten Schulen ging, war sehr wahrscheinlich im letzten Moment genau gleichviel Druck vorhanden. Wenn nämlich weniger Druck da gewesen wäre, hätte man für die Schulkommission eine entsprechende Aufgabenkompetenz und Verantwortung gefunden. Der dritte Punkt, der mir wichtig ist, Yagbu, und ich möchte niemandem zu nahe treten, aber als Ueli Kleiner und ich die Direktion übernommen haben, haben wir einmal eine Bestandesaufnahme gemacht und eine Prioritätenliste festgelegt. In dieser Prioritätenliste war die Schulordnung ganz klar auch enthalten, aber nicht an erster Stelle. Es hat andere Aufgaben gegeben, die wir lösen mussten und es hat dann auch Vorkommnisse gegeben, die uns einfach gebunden haben. Es ist jetzt für mich noch viel zu früh. Ich weiss überhaupt nicht, ob ich eine Bilanz dieser vier Jahre mache. Aber die Schulordnung, Papiere schreiben, damit Papiere geschrieben sind, ist nicht meine Art und Weise, Politik zu machen und die Schule zu führen. Ich für mich möchte jetzt einfach davor warnen, dass wir, wenn man den Antrag der Grünen annimmt, genau gleich weit sind wie vor vier Jahren. Dann haben wir nämlich keine Schulordnung und sie kommt postwendend zurück. Das kann ich Euch garantieren. Das war der erste Punkt. Der zweite: Ich habe dies im Eintretensvotum gesagt. Die Schulordnung ist so gut, wie man sie lebt. Man kann jetzt mir den Vorwurf machen, wir hätten es in den letzten vier Jahren nicht so gelebt wie man es hätte leben sollen. Aber diese Schulordnung gibt eine Basis, dass in der nächsten Legislatur Stadtrat, Bildung und Sport, Schulkommission und die involvierten Kreise in der Entwicklung der Schule mit dieser Schulordnung sehr positiv arbeiten können. Ich sage es ganz klar: Es wäre gefährlich, wenn man jetzt durch die Zustimmung zum Antrag von Felix Wettstein, der Grünen, die Schulordnung gefährden würde. Punkt.

**Felix Wettstein:** Der abgeänderte Vorschlag heisst: „Das Gemeindeparlament trifft die strategischen Entscheide über die städtischen Schulen Olten. Der Stadtrat ist die kommunale Aufsichtsbehörde gemäss Schulgesetz. Er setzt die Strategien um und nimmt die ihm gemäss der kantonalen Gesetzgebung und der kantonalen Leistungsvereinbarung übertragenen Aufgaben wahr“.

## **Beschluss**

Mit 23 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der abgeänderte Antrag der Grünen Fraktion abgelehnt.

### Antrag zu Artikel 8 Absatz 3 der CVP/EVP/GLP

**Stephan Hodonou:** Das habe ich schon im Eingang etwas begründet. Im Wesentlichen nimmt unser Antrag das Anliegen aus dem Postulat von 5. November 2010 auf, wo es quasi darum geht und es präzisiert eigentlich auch die logische Konsequenz von Absatz 1 und 2, dass nämlich die Fachkommission Bildung ein Resonanz- und Begleitorgan der Schulen Olten sein soll. Das bedingt in diesem Sinne, dass die Kommission eben, gerade jetzt hier in der Diskussion, alle strategischen Geschäfte der Bildungsdirektion auch diskutiert und zu den Vorlagen nachher eine Stellungnahme für das Parlament öffentlich gemacht wird,

gerade als Beratung. Wir möchten Euch als Fraktion beliebt machen, unseren Antrag zu unterstützen.

**Stadtrat Mario Clematide:** Der Stadtrat stimmt dem zu. Ich würde sogar in der dritten Zeile noch „nach Möglichkeit“ streichen.

**Stephan Hodonou:** Ich würde in diesem Fall auf die Anregung von Mario Clematide eingehen und die Wörter „nach Möglichkeit“ streichen.

## **Beschluss**

Mit 37 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

### Beschlussesanträge

1. Einstimmig zugestimmt.
2. Einstimmig zugestimmt.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Zuerst möchte ich Mario und Herrn Kleiner herzlich für die Superarbeit, die sie geleistet haben, danken. Wir haben ja gehört, dass sich dies vor vier Jahren grundlegend geändert und ich glaube Mario, dass er einfach eine Ordnung in sich gemacht hat. Was muss ich zuerst anpacken und was kommt später? Noch einmal herzlichen Dank. Ich persönlich möchte auch sagen, dass ich es sehr bedauere, dass Mario dies nicht mehr weiterführt. Zweitens möchte ich sagen, dass das Problem einfach war, dass die Schulkommission eigentlich aufgehoben ist. Aber gleichwohl hatte es Mitglieder, welche die Schulkommission waren. Das war ein etwas schwieriges Problem. Jetzt klappt dies gut. Mir ist auch klar, dass die Fachkommission Bildung das Organ ist, das es einfach irgendwo zwischen der Öffentlichkeit oder den Stimmbürgern oder wem auch immer und den Fachgremien braucht. Die Schulkommission selber hat es nach meinem Empfinden nicht geschafft, sich auch als solche zu konstituieren und deshalb dies. Wichtig ist mir eigentlich, dass die Schule durch die Fachkommission eben sagt: Wir sind eigentlich Schule. Wir sind Eltern, Betroffene usw. Das finde ich sehr wichtig. Wir haben alle das Gefühl, dass wir es wissen wie beim Fussball. Wir wissen alles immer besser, weil wir ja hier mitreden und Eltern sind usw. Ich bin sehr zufrieden, um jetzt meine Meinung zu sagen. Die Motion ist für mich erfüllt, wenn man auch immer überlegen kann, wie jetzt der Transfer genau ist, was die Fachkommission macht und wie es zurückgeht. Ich finde, das ist noch etwas im Unbestimmten. Ich habe mir zuerst überlegt, was ich genau sagen soll. Der beste politische Satz in letzter Zeit, den ich gehört habe, ist bei der ERO. Dort wurde gesagt: Wir haben dies vor Jahren geplant und jetzt müssen wir zuerst schauen, wie es läuft. Wir sind ja, wie wir wissen mangelhafte Erdenwesen. Wir können nicht immer das Ideale verwirklichen. Aber wir müssen immer daran arbeiten und feinjustieren. Ich denke, alles, die Lehrer, die Kommission hängt sehr von den Personen ab. Ich bin überzeugt, dass aufgrund des neuen § 8 sehr viel möglich ist. In diesem Sinne bin ich von der Antwort der Motion absolut befriedigt, was man hier selten hört. Für mich ist dies erledigt. Danke vielmals.

3. Einstimmig zugestimmt.

**Stephan Hodonou:** Mit der Aufnahme des Buchstabens g im Artikel 8 sehen wir das Postulat als erfüllt und können es abschreiben.

**Ramazan Balkaç:** Mein Postulat ist eigentlich in diesem Sinne auch erfüllt und kann abgeschrieben werden. Besten Dank. Ich muss einen Hinweis machen. Es ist erwähnt. Ich habe ja zwei Postulate eingereicht. Eines ist erfüllt, nicht beide. Damit man differenzieren kann, weil beide dabei sind.

4. Einstimmig zugestimmt.

### **Gesamtbeschlüsse**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

#### I.

1. Der Totalrevision der Schulordnung wird zugestimmt. Die Schulordnung tritt - unter Vorbehalt der Genehmigung durch die kantonale Aufsichtsbehörde - auf den 1. August 2013 in Kraft.
2. Die Richtlinien für den Übertritt von der Primarschule in die Oberstufe sowie für den Übertritt innerhalb der Oberstufe (SRO 311.1) und die Kindergartenordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 314) werden aufgehoben.
3. Die Motion Arnold Uebelhart (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2011: Bereinigung und Anpassung von Art 5 ff. der Schulordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten: Schulkommission wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Die Postulate Stephan Hodonou (EVP/CVP/GLP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 5. November 2010 betr. Fachkommission Bildung und Yabgu Ramazan Balkaç (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2010 betr. Neuregelung der Fachkommission Bildung (Schulkommission) werden überwiesen und als erfüllt abgeschrieben.
5. Die Aufgaben der neuen Fachkommission Bildung werden bis zur Revision von Art. 68 der Gemeindeordnung durch die Schulkommission wahrgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### II.

Ziffer I./1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beilagen:

- Total revidierte Schulordnung der Schulen Olten
- Vorstosstexte

Mitteilung an:

Direktion Bildung und Sport  
Reglementssammlung

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 70

## Volksinitiative «Stadtseiten verbinden»/Antrag auf Ablehnung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

Am 27. September 2012 wurde die Initiative «**Stadtseiten verbinden**» amtlich publiziert. Sie lautet wie folgt:

«Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde der Stadt Olten stellen hiermit im Sinne einer Anregung gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 28. September 2000 folgendes Begehren:

Der Stadtrat von Olten wird verpflichtet, bis spätestens 18 Monate nach Annahme der vorliegenden Initiative dem Parlament und gegebenenfalls dem Volk eine entscheidungsreife Vorlage mit einem entsprechenden Verpflichtungskredit zu folgendem Zweck vorzulegen:  
Zwischen (alter) Aarauerstrasse und Alter Brücke realisiert die Stadt Olten eine in beide Richtungen sichere, direkte und helle Verbindung für den Velo- und Fussverkehr, die der Bedeutung dieser Querung für den Langsamverkehr zwischen rechter und linker Stadtseite gebührend Rechnung trägt.

### Begründung:

Seit Jahren ist die Situation für den Fuss- und Veloverkehr (Langsamverkehr) beim Winkel eine Zumutung. Der Stadtrat beschloss im Juni 2012 bei der Winkel-Unterführung nichts zu tun und zuzuwarten, da „die Dringlichkeit nicht gegeben“ sei. Das Initiativkomitee "Stadtseiten verbinden" sieht das anders und fordert stattdessen eine Vorwärts-Strategie zur Beendigung der unhaltbaren Situation und auch für den Langsamverkehr eine angemessene Verbindung der beiden Stadtseiten:

- "Bis spätestens 18 Monate nach Annahme der Initiative":

Damit das Anliegen nicht wieder schubladisiert werden kann.

- "Zwischen (alter) Aarauerstrasse und Alter Brücke":

Damit die Stadt eine zweite Chance erhält, um mit allen Partnern (SBB, Winkel- Eigentümer-schaft und Kanton) nach der besten Lösung zu suchen.

- "Sicher":

Damit niemand mehr Angst haben muss, wenn er nachts die Stadtseite wechseln will.

- "Direkt":

Weil der heutige Winkel verwinkelt und nicht überschaubar ist und den Tunnel länger als nötig macht und weil damit klar ist, dass eine "Pinselrenovation" keine Lösung ist.

- "Hell": Weil Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrerinnen und Velofahrer am liebsten möglichst viel Tageslicht haben und möglichst wenig unter die Erde wollen.

II. Folgende Personen gehören dem Initiativkomitee (Urheberinnen oder Urheber) an:

De Schepper Werner (1965), Wilerweg 57, Ginsig Christian (1972), Dreitannenstrasse 10, Nünlist Luc (1990), Bleichmattstrasse 52, Liechti Markus (1966), Untergrundstrasse 1, Probst Daniel (1973), Höhenstrasse Ost 59e, Schaffner Susanne (1962), Hardfeldstrasse 45, Wettstein Felix (1958), Platanen 44, alle in 4600 Olten.

Das Initiativkomitee ist berechtigt, diese Volksinitiative jederzeit zurückzuziehen.»

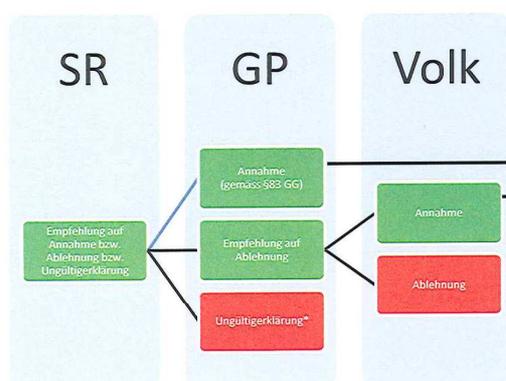
Die 60-tägige Sammelfrist endete am 26. November 2012. Fristgerecht wurden der Stadtkanzlei die Unterschriftenbogen eingereicht.

In sinngemässer Anwendung von § 137 Gesetz über die politischen Rechte hat die Stadtkanzlei die Unterschriftenlisten formell zu überprüfen und die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften zu ermitteln. Die Überprüfung hat ergeben, dass 1007 Unterschriften gültig sind und demnach die Initiative zustande gekommen ist. Nach Art. 11 der Gemeindeordnung sind für eine Initiative 500 Unterschriften notwendig.

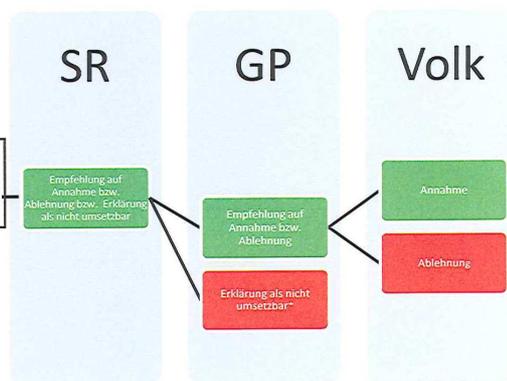
Die Frist für die Durchführung der Urnenabstimmung über die Volksinitiative in Form einer Anregung ergibt sich aus Art. 11 Gemeindeordnung und beträgt 9 Monate. Der Ablauf der Volksinitiative ist in der nachfolgenden Grafik dargestellt. Der Stadtrat als zuständige Behörde hat das Zustandekommen der Initiative am 13.12.2012 formell festgestellt und die Gemeindeparlamentsabstimmung über die Initiative auf den 23.5.2013 festgesetzt.

## Ablauf Volksinitiative

### 1. Anregung



### 2. Vorlage



\*Gegen diese Beschlüsse kann gemäss §199 Gemeindegesetz Beschwerde an den Regierungsrat erhoben werden.

## 2. Stellungnahme des Stadtrates

### 2.1 Bestehende Situation

Die heute bestehende Verbindung zwischen der alten Brücke und alten Aarauerstrasse ist für den Fussverkehr über die rund 300 Meter lange Winkel-Unterführung und für den Veloverkehr lichtsignalgesteuert und auf Velostreifen via Postplatz – Unterführungsstrasse – von Rollstrasse sichergestellt. Die Unterführung ist unattraktiv ausgestaltet und die Velofahrenden haben knappe Grünzeiten für die Querung der Aarburgerstrasse zur Verfügung. Die Aufwertung der Winkel-Unterführung ist eine seit Jahren bestehende Forderung aus der Bevölkerung; zudem wurde auch schon mehrfach eine Öffnung der Unterführung für den Veloverkehr postuliert.

In der Unterführung gehören die Wegflächen unter den Strassenarealen und den Gleislagen teilweise der Stadt, dem Kanton und den SBB, die Flächen unter der Überbauung

Winkel hingegen sind in privater Hand. Sie alle sind in den Nutzungsplänen als Flächen für den öffentlichen Fussgängerverkehr ausgeschieden. Deshalb ist Velofahren in der Unterführung nicht zulässig und die Grundeigentümerschaft der Winkel-Überbauung will dies auch so belassen. Sie akzeptiert keinen Veloverkehr in der Unterführung.

Oberirdisch soll nach der Eröffnung der ERO im Rahmen der Umgestaltungsmassnahmen (UM), von der alten Brücke zur Winkel-Überbauung, ein lichtsignalgesteuerter ca. 4 m breiter Fussgängerstreifen über die Aarburgerstrasse erstellt werden (Abb. 1). Aufgrund veränderter Verkehrsdaten erarbeiten Stadt und Kanton zusammen noch dieses Jahr ein neues Betriebskonzept für den Bereich Postplatz – Säliknoten. Die UM werden für diesen Bereich neu definiert, wobei eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen vorgenommen werden muss und, nach Ansicht der Stadtbehörden, den Querungsmöglichkeiten über die Aarburgerstrasse grösste Bedeutung zu schenken ist. Die UM sollen voraussichtlich nach wie vor im 2015 realisiert werden.

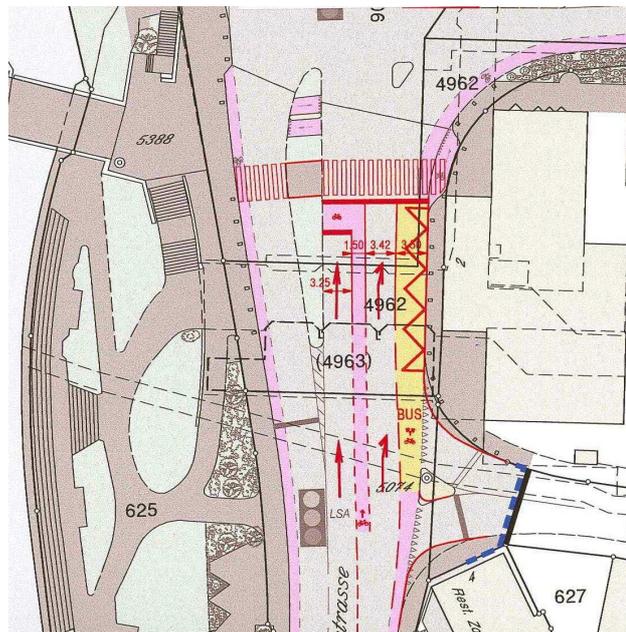


Abb. 1: ERO / Umgestaltungsmassnahmen

## 2.2 Planungen / Studien

Die gemäss Volksinitiative gestellten Forderungen können aus Sicht des Stadtrates nur mit der Aufwertung der Winkel-Unterführung und der Realisierung guter Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr über die Aarburgerstrasse realisiert werden. Zu diesem Zweck sind bereits in den Jahren 2011 und 2012 im Auftrage des Stadtrates mit der Metron Bern AG Studien für Massnahmenvorschläge zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens, der stadträumlichen Erscheinung und der allgemeinen Attraktivität erarbeitet worden. Das Projekt ist dem Bund im Rahmen des Agglomerationsprogrammes 2. Generation auf der Basis einer geschätzten Investition von CHF 5 Mio. zur Mitfinanzierung beantragt worden. Der entsprechende Entscheid des Bundes ist erst Mitte 2013 zu erwarten.

Das gesamte Projekt wurde in kooperativer Zusammenarbeit mit der Grundeigentümerschaft der Winkel-Liegenschaft erarbeitet. Eine aus verschiedenen Interessengruppen und Kommissionen zusammengesetzte Gruppe begleitete den Planungsprozess, welcher die relevanten Ansprüche respektive Bedürfnisse vom Fuss- und Veloverkehr sowie Gewerbe/Dienstleistungen und die weiteren Interessen der Grundeigentümerschaft berücksichtigte. Der Bearbeitungsperimeter umfasste die Winkel-Unterführung, die Schnittstellen

zur Nutzungsentwicklung der Winkel-Liegenschaft (Entwicklung des Erdgeschosses und wirtschaftliche Themen), die Schnittstellen zum Projekt UM/VM ERO, die Entwicklung der Bahnhofstrasse inkl. der Schnittstellen zum Neubau auf dem Belser-Areal, zum Projekt Andaare (Wildsauplatz), zur Tannwaldstrasse (Projekt Bahnhof Ost) und zur Fachhochschule (Anbindung an Entréeplatz) sowie generell die Langsamverkehrsthematik.

In den Workshops mit der Begleitgruppe kristallisierten sich diejenigen Lösungen für eine Aufwertung der Winkel-Unterführung heraus, welche eine funktionale und sichere Verbindung / Querungsmöglichkeit der Strassen- und SBB-Anlagen, sowohl für zu Fussgehende als auch für Velofahrende bieten. Dabei lassen sich zwei Stossrichtungen unterscheiden, nämlich die Aufwertung mit Velofahrenden in der Unterführung oder die Aufwertung inklusive einer Fussgänger- und Velorampe ab Bahnhofstrasse, welche die unterirdische Führung minimal auf die Bahngleise reduziert und mit welcher der private Teil der Winkelunterführung umgangen werden kann.

In die Planung mit einbezogen wurde die Erkenntnis des Kantons, dass zukünftig in den Stosszeiten Fussgänger/innen die Aarburgerstrasse über den neuen Fussgängerstreifen wahrscheinlich nicht auf ein Mal queren können, sondern nur in zwei Etappen. Das heisst, dass sie auf einer Mittelinsel die nächste Grünphase der Lichtsignalanlage abwarten müssen. In den übrigen Zeiten wird die Querung der Aarburgerstrasse voraussichtlich in einer einzigen Querungsphase möglich sein. Aus diesem Grund wird der Fussverkehr in den Stosszeiten eher auf die oberirdische Querung verzichten und die Winkel-Unterführung in ihrer heute bestehenden vollen Länge nutzen. Ausserhalb dieser Zeiten, so auch in der Nacht, wird dann eher die Route oberirdisch zwischen alter Brücke und den Treppenanlagen der Winkel-Überbauung gewählt und erst ab da unterirdisch unter den SBB-Gleisanlagen hindurch (Abb.2).

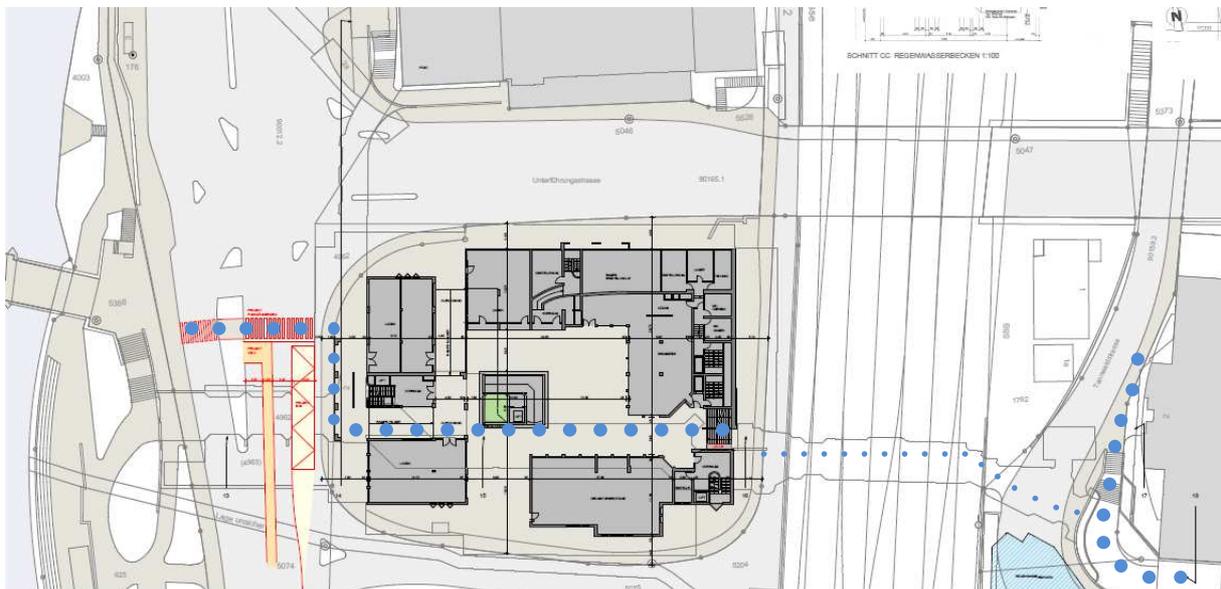


Abb. 2: Fussgängerroute oberirdisch

Fussgängerroute unterirdisch

### 2.2.1. Aufwertung mit Velofahrer in der Unterführung

Für die Aufwertung der Unterführung unter Einbezug von Velofahrenden können je nach Nutzungsvorstellungen der heutigen Ladenflächen verschiedene bauliche und gestalterische Massnahmen ergriffen werden. Die Kosten dafür betragen gemäss Kostenschätzung brutto ca. CHF 3.5 Mio. bis 5 Mio. (+/- 20%). Bei allen Lösungen mit Veloverkehr in der Unterführung ist zu bedenken, dass die bestehenden, die Unterführung erschliessenden Rampen steil und schmal ausgestaltet sind. Sie sind deshalb für Veloverkehr nicht geeignet. Die Konflikte zum Fussverkehr sind zu gross und die Velos müssten gestossen werden.

Die Grundeigentümerschaft der Winkel-Unterführung lehnt Velofahren in der Unterführung strikte ab. Aus ihrer Sicht muss in diesem Fall die Ladennutzung in der Unterführung aufgegeben werden, da die Unfallgefahr zwischen Kunden und Velofahrenden zu gross sei. Will die Stadt eine solche Lösung, muss sie die entsprechenden Rechte für den Veloverkehr erwerben und die Unterführung in eigener Verantwortung betreiben. Die einfachste Möglichkeit dafür ist der Erwerb der gesamten Liegenschaft oder von Teilen davon. Daraus ergeben sich die folgenden zwei Aufwertungs-Varianten a und b:

#### 2.2.1.a Kauf der gesamten Liegenschaft

Die Grundeigentümerschaft hat zu Beginn der Planung der Stadt die Liegenschaft zum Preis von rund CHF 17.5 Mio. zum Kauf angeboten. Der Preis wurde nicht verhandelt, nach neusten Aussagen der Grundeigentümerschaft ist dieser aber inzwischen gestiegen. Wie hoch ist dem Stadtrat nicht bekannt. Die von der Stadt in Auftrag gegebene Verkehrswertberechnung ergibt einen Preis von CHF 15.25 Mio. mit einer Bruttorendite von rund 8%.

Der Winkel befindet sich an einer für Oltens Entwicklung strategisch wichtigen Lage. Ein übergeordnetes öffentliches Interesse am Erwerb der Liegenschaft kann begründet werden. Bei einem Erwerb der Liegenschaft steht die Gründung einer Immobiliengesellschaft im Vordergrund. Dabei müssten ca. 40% des Kaufpreises als Eigenkapital eingebracht werden. Zusammen mit den Aufwertungsmassnahmen in der Unterführung wäre in diesem Fall mit einem Kapitalbedarf von mind. CHF 11 Mio. zu rechnen.

Der Kauf der Liegenschaft würde nicht nur die beabsichtigten Aufwertungsmassnahmen in der Unterführung ermöglichen, sondern auch die gezielte Entwicklung der Liegenschaft nach noch zu definierenden Vorstellungen der Stadt (neue Nutzungen / ev. An-, Um- und Neubauten). Nach erfolgter Aufwertung bzw. Entwicklung der gesamten Liegenschaft könnte diese zumindest teilweise und ev. sogar gewinnbringend wieder verkauft werden. Eine andere Möglichkeit wäre ein Investorenwettbewerb nach den Entwicklungsvorstellungen der Stadt. Der Verkauf der Liegenschaft würde in diesem Fall erst nach der Inkraftsetzung entsprechender Nutzungspläne erfolgen.

Vorteile:

- gezielte Entwicklung der Liegenschaft mit optimalem, bedürfnisgerechtem Nutzungs- und Betriebskonzept möglich
- alleiniges Verfügungsrecht der Stadt
- alleinige Finanzkompetenz
- optimale Voraussetzungen für zweckdienliche Massnahmen
- Investition abgesichert
- Investitionsrückfluss (Ertrag)

Nachteile:

- hoher Finanzbedarf

### 2.2.1.b TeilkauF des Untergeschosses auf der Ebene der Unterföhrung

Alternativ zum Kauf der gesamten Liegenschaft hat die Grundeigentümerschaft der Stadt die relevanten Teile der Unterföhrung für den Preis von 2 Mio. Franken zum Kaufe angeboten. Der Preis wurde nicht verhandelt, nach neusten Aussagen der Grundeigentümerschaft ist dieser aber inzwischen gestiegen. Die von der Stadt in Auftrag gegebene Verkehrswertberechnung ergibt einen Preis von rund Fr. 1.4 Mio. mit einer Bruttorendite von rund 7%.

Neben der Bahnhofunterföhrung ist die Winkel-Unterföhrung die zweite bedeutende Möglichkeit der Stadtquerung. Ein übergeordnetes öffentliches Interesse am Erwerb der Liegenschaft kann damit begründet werden. Ebenso der vorsorgliche Erwerb eines Vorkaufsrechtes. Zusammen mit den Aufwertungsmassnahmen in der Unterföhrung muss in diesem Fall mit einem Kapitalbedarf von ca. CHF 7 Mio. gerechnet werden.

Vorteile:

- Finanzaufwand geringer als bei Alleineigentum
- Freiraum bezüglich Gestaltung und innerhalb gewisser Grenzen auch beim Betriebskonzept
- Investition einigermaßen abgesichert
- Bescheidener Investitionsrückfluss (Ertrag)

Nachteile:

- Bei allen, das Eigentum betreffenden Entscheidungen ist die Zustimmung der Mehrheitseigentümerschaft erforderlich
- Mehrheitseigentümer bestimmt auch weitgehend den Unterhaltsaufwand
- Eine spätere Änderung des Status der Unterföhrung ist nur mit der Zustimmung der Mehrheitseigentümerschaft möglich
- Position der Stadt ist bei allfälliger Zahlungsunfähigkeit der Mehrheitseigentümerschaft problematisch

### 2.2.1.c Miete des Untergeschosses auf der Ebene der Unterföhrung

Nebst dem Kauf bzw. TeilkauF besteht auch die Möglichkeit der Miete. Dazu liegt trotz mehrmaliger Aufforderung seitens der Stadt keine Offerte der Grundeigentümerschaft vor. Die Miete ist aber nur eine Lösung auf Zeit. Die Stadt müsste alle Geschäftsflächen der Unterföhrung mieten und die baulichen Aufwertungsmassnahmen selbst berappen. Die Investitionen wären in einem solchen Fall nicht gesichert und die Konsequenzen der Miete vorläufig nicht definierbar. Aus diesen Gründen kann die «Miet-Lösung» als Basis einer Aufwertung der Winkel-Unterföhrung nicht empfohlen werden.

### 2.2.2 Aufwertung mit Fussgänger- und Velorampe ab Bahnhofstrasse

Sollten Velofahrende die SBB Gleisanlagen anderswo als wie heute in der Unterföhrungsstrasse unterqueren können, ohne dazu aber die Winkel-Unterföhrung im Bereich der privaten Winkel-Überbauung zu benutzen, müsste der Bau eines Rampenbauwerkes in der Bahnhofstrasse ins Auge gefasst werden, welche direkt vor den SBB-Gleisanlagen in die Winkel-Unterföhrung mündet.

Um diese Lösung umzusetzen, muss der gesamte Knoten Aarburgerstrasse – Bahnhofstrasse umgebaut und die Bahnhofstrasse im Bereich der Winkel-Überbauung neu gestaltet werden. Der Bau des Rampenbauwerkes verursacht gemäss Schätzung Kosten von brutto ca. CHF 2.5 Mio. Dazu kommen die Aufwendungen für die Aufwertung der Winkel-Unterföhrung. Diese betragen brutto ca. CHF 1 Mio. (Pinselrenovation) bis 3.5 Mio. Die Gesamtkosten bewegen sich damit zwischen brutto ca. CHF 3.5 Mio. bis 6 Mio. (+/- 20%). Dazu kommen Kosten in unbekannter Höhe für den allfälligen Erwerb eines Vorkaufsrechtes der Unterföhrung.

Vorteile:

- Massnahme Velo wird weitgehend von der Grundeigentümerschaft Winkel unterstützt

Nachteile:

- hoher Finanzbedarf
- fragwürdiges Kosten-Nutzen-Verhältnis
- Investitionen im privaten Unterführungsbereich sind nicht abgesichert
- kein Investitionsrückfluss
- Position der Stadt ist bei allfälliger Zahlungsunfähigkeit der Mehrheitseigentümerschaft problematisch

### 2.2.3 Aufwertung ohne Velofahrer in der Unterführung

Aufgrund der hohen Investitionskosten bzw. des hohen Finanzbedarfes bei den Lösungen mit Veloverkehr in der Unterführung sind auch Szenarien für eine Aufwertung der Unterführung ohne Veloverkehr erarbeitet worden. Die Kosten für die Aufwertung bzw. bauliche Massnahmen in der Unterführung betragen brutto ca. CHF 2.5 Mio. bis 3.5 Mio. Die Velofahrenden würden auf der bestehenden Route verkehren.

Vorteile:

- Finanzbedarf ist geringer als bei Szenarien mit Veloverkehr

Nachteile:

- Investitionen sind nicht abgesichert
- kein Investitionsrückfluss
- Position der Stadt ist bei allfälliger Zahlungsunfähigkeit der Mehrheitseigentümerschaft problematisch
- Keine Verbesserung für Veloverkehr

### 2.2.4 Pinselrenovation

Die echte Aufwertung der Winkel-Unterführung kann natürlich auch aus z.B. finanziellen Überlegungen zeitlich hinausgezögert oder nicht mehr in Betracht gezogen werden. Als Sofortmassnahme bietet sich in diesem Fall eine Pinselrenovation an. Die Kosten dafür belaufen sich auf brutto ca. CHF 1 Mio. Die Grundeigentümerschaft würde sich an den Kosten beteiligen. Der entsprechende Betrag ist noch unverhandelt.

Vorteile:

- Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls

## 2.3 Umsetzung

Die Aufwertungsmöglichkeiten ermöglichen keine wirklich befriedigenden Lösungen:

- Ein Kauf der gesamten Winkel-Überbauung würde der Stadt Olten zwar freie Hand für eine Aufwertung gewähren; selbst bei der Gründung einer Immobiliengesellschaft, damit nur ein Teil des Kaufpreises als Eigenkapital eingebracht werden müsste, ist inklusive Aufwertungsmassnahmen jedoch mit Kosten in zweistelliger Millionenhöhe zu rechnen. Der Erwerb lediglich der relevanten Teile der Unterführung würde zwar den Kaufpreis reduzieren; bei allen Entscheiden wäre jedoch die Zustimmung der Mehrheitseigentümerschaft der Überbauung erforderlich, die auch den Unterhaltsaufwand bestimmen würde. Ein Kauf würde die Finanzplanung stark belasten und es müssten im Gegenzug andere Vorhaben zurückgestellt werden.
- Die Miete des Untergeschosses – mit oder ohne Veloverkehr – ist lediglich eine Lösung auf Zeit und die Investitionen wären in keiner Weise gesichert.

- Mit dem Bau einer separaten Fussgänger- und Velorampe an der Bahnhofstrasse könnte zwar den Velofahrenden und den zu Fussgehenden eine zusätzliche weitgehend oberirdische Route angeboten werden, deren Attraktivität aber in Abhängigkeit steht mit der zur Verfügung stehenden Querungszeit der Aarburgerstrasse. Diese wird voraussichtlich während den Stosszeiten sehr kurz sein. Zudem müssen die Velos bei der Rampe «alte Aarauerstrasse» gestossen werden, da diese schmal und zu steil ausgestaltet ist.

Aus diesen Gründen hat der Stadtrat Mitte 2012 beschlossen, den Status quo vorläufig beizubehalten und – abgesehen von einer allfälligen Pinselrenovation – zuzuwarten, u.a. weil die oberirdischen Querungsmöglichkeiten überprüft werden und Erfahrungen fehlen mit den Auswirkungen wichtiger Projekte wie z.B. den Fachhochschulneubau und den damit verbundenen Fussgängerströmen.

## 2.4 Zur Volksinitiative

Die Volksinitiative «Stadtseiten verbinden» entspricht den Zielsetzungen des Stadtrates, ist doch gerade für die prosperitive Entwicklung von Olten Ost wie auch des Stadtzentrums sowie für die Verbesserung der Lebensqualität die Attraktivierung der Langsamverkehrsachse alte Brücke – alte Aarauerstrasse wichtig. Aus diesem Grund unterstützt der Stadtrat die Ziele der Volksinitiative. Er stellt aber gleichzeitig fest, dass

1. ein Kauf der Liegenschaft Winkel oder Teilen davon aufgrund der hohen notwendigen Investitionskosten und der Finanzlage nicht in Erwägung gezogen werden kann:

Der Investitionsbedarf beträgt inklusive die Aufwertungsmaßnahmen in der Unterführung für den Kauf der Liegenschaft mindestens CHF 11 Mio. und für einen Teilkaufl mind. CHF 6 Mio.

2. eine Miete der Unterführung keine nachhaltige Lösung darstellt sowie zu hohe Risiken enthält und deshalb nicht als Lösung weiterverfolgt wird.
3. der Nutzen bei der Aufwertung der Unterführung inklusive einer Fussgänger- und Velorampe ab Bahnhofstrasse gering und die Kosten sehr hoch sind und daher diese Lösung nicht weiter verfolgt wird:

Die Kosten betragen brutto ca. CHF 3.5 Mio. (Pinselrenovation) bis 6 Mio.

Somit bietet sich aus Sicht des Stadtrates die „Lösung“ des Anliegens nur im Rahmen einer Aufwertung ohne Veloverkehr in der Winkel-Unterführung sowie in attraktiven Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr über die Aarburgerstrasse an. Dabei sind die Querungen der Kantonsstrasse nicht im Ermessen bzw. in der Kompetenz des Stadtrates, wenn er sich auch wie angekündigt für deren Verbesserungen mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln im Rahmen des dieses Jahr zu erarbeitenden Betriebskonzeptes engagiert einsetzen will. Die Aufwertung der Unterführung ohne Veloverkehr ihrerseits liegt zwar in der Kompetenz des Stadtrates; sie dürfte hingegen nicht mit den hohen Erwartungen der Urheber der Volksinitiative übereinstimmen.

Im Bewusstsein und in der Konsequenz, dass aus Sicht des Stadtrates für das Anliegen der Volksinitiative unter den bestehenden Rahmenbedingungen weder sachlich-technisch noch finanziell eine befriedigende Lösung in Aussicht gestellt werden kann, die deren Zielsetzung entspricht, und dass die Frage der Querungsmöglichkeiten über die Kantonsstrasse nicht in der Entscheidungskompetenz der Stadtbehörden liegt, empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Volksinitiative „Stadtseiten verbinden“ dem Stimmvolk zur Ablehnung zu empfehlen.

### 3. Stellungnahme der Stadtentwicklungskommission

Die Kommission für Stadtentwicklung hat die Volksinitiative an ihrer Sitzung vom 4. April 2013 behandelt. Dabei reichte die Palette der gewünschten Massnahmen von einer Pinselsanierung bis zum Erwerb und Rückbau der bestehenden Liegenschaft, um eine bessere Lösung errichten zu können. Auch eine Verbreiterung der Unterführungsstrasse sei zu prüfen. Zudem wurde die Frage gestellt, welche Vorhaben bei einem Kauf des Winkels zurückgestellt werden müssten; für einen Entscheid müssten deshalb mehr Informationen über weitere bevorstehende Vorhaben vorliegen. Mit 4:3 Stimmen folgten die Anwesenden nicht dem Ablehnungsantrag des Stadtrates und empfehlen die Annahme der Initiative.

#### Beschlussesantrag:

1. Die Initiative «Stadtseiten verbinden» wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Wir haben das Geschäft im Büro vorberaten. Ihr habt das gelbe Blatt dazu erhalten, wo steht, dass wir dem Antrag des Stadtrates auf Ablehnung der Volksinitiative folgen werden. Ich möchte hier noch zwei, drei Ausführungen dazu machen. Was wir im Büro intensiv diskutiert haben, ist dass wir eigentlich grundsätzlich alle Verständnis und Wohlwollen für dieses Anliegen haben und auch alle davon überzeugt sind, dass man an der Situation im Winkel etwas ändern muss. Wir haben allerdings angesichts der Möglichkeiten, die aufgezeigt wurden, und auch der komplexen Situation mit den Zuständigkeitsbereichen, nicht nur die Stadt am Verhandlungstisch braucht, sondern eben auch den Eigentümer des Winkels, die SBB und den Kanton. Weil es sich um eine Kantonsstrasse handelt, hat sich bei uns dann eine gewisse Ratlosigkeit breit gemacht und wir haben uns dann knapp entschieden, dem Antrag des Stadtrates zu folgen, nämlich mit 2 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen. Das ist nicht zuletzt auch deshalb zustande gekommen, weil wir dachten, dass die Zeit, welche die Initiative dem Stadtrat einräumt, um einen Vorschlag auszuarbeiten, nämlich die 18 Monate, relativ knapp ist, wenn man die Gesamtsituation anschaut. Dies einfach noch zu den Ausführungen und Überlegungen des Büros. Wir haben im Publikum Personen aus dem Initiativkomitee, welche die Vorlage vertreten werden.

**Susanne Schaffner, Initiativkomitee:** Es tut mir leid, dass ich jetzt hier auch noch etwas ausführlicher werden muss. Ich habe jetzt gemerkt, wie mühsam es ist, wenn man so lange zuhören muss. Ich merke es jeweils auch auf Kantonsebene. Aber es ist auch hier nicht anders. Ich danke namens des Winkel-Komitees, dass wir an dieser Stelle Gelegenheit erhalten, zu unserem Anliegen respektive unserer Initiative Stellung zu nehmen. Sie, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, haben heute über die Weiterverfolgung eines Anliegens zu entscheiden, das unbestritten ist, das dringlich ist, das Anliegen, einen attraktive, das heisst sichere, direkte und helle Verbindung für Fussgänger und Velofahrende zwischen dem Säliquartier respektive der alten Aarauerstrasse und der Aarburgerstrasse respektive der alten Brücke zu schaffen. Der Stadtrat selber führt in der Botschaft an und aus, dass dieses Anliegen unbestritten und die heutige Situation unbefriedigend ist. Um diese Aussage zu unterstreichen, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen kurz einen

Rückblick über die unentwegten Bemühungen des Parlamentes und der Bevölkerung zu geben, wo man versuchte, sich für dieses Anliegen Gehör zu verschaffen. Bereits 1998 hat die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann die Erweiterung der Mischverkehrszone der alten Holzbrücke auf die Winkelunterführung verlangt. Das Ansinnen ist damals vom Stadtrat wegen unzulänglichen baulichen Massnahmen abgelehnt worden. Weitere Vorstösse sind in den Folgejahren eingereicht worden. Der Stadtrat hat immer auf künftige Überprüfungsprojekte verwiesen. Ich verzichte jetzt darauf, dies hier alles aufzuzeigen. Wichtig erscheint mir aber, dass die Bevölkerung auch angehört wurde. Man hatte 2006 die Ideenwerkstatt 2020. Das Resultat war, dass die Bevölkerung gesagt hat, ein Projektwettbewerb für eine neue Fussgängerquerung über die SBB-Gleise und oberirdische Querung der Aarburgerstrasse sei zu verfolgen und es seien Sofortmassnahmen zu erlassen und zwar ein Fussgängerstreifen über die Aarburgerstrasse und einen Ausgang vom Innenhof Winkel. 2010 hat man ein neues Projekt gemacht, ebenfalls eine Anhörung der Bevölkerung, Projekt Chance Ost. Resultat: Die Attraktivierung Winkelunterführung war das Hauptanliegen. Das sei eine konkret bestehende Problematik und ein Anliegen der Bevölkerung. Im Schlussbericht des Projektabschlusses 2020, den man 2011 verfasst hat, hat man ausgeführt, die Winkelunterführung sei eine Knacknuss, mit Liegenschaftsbesitzern werde verhandelt, Fussgängerstreifen werden mit Eröffnung der ERO realisiert. Auch im Journal Olten, das damals im Jahre 2011 zum ersten Mal erschienen ist, hat der Stadtrat einen Blick auf laufende Vorhaben gemacht und hat ausgeführt, die Attraktivierung Winkelunterführung sei eines der Projekte, wo man im Rahmen eines Studienverfahrens unter der Leitung der Stadtplanung Lösungsvorschläge erarbeitet und die Umsetzung erfolge in Zusammenarbeit mit der Eigentümerschaft. All das waren schöne Absichtserklärungen des Stadtrates. Passiert ist in all dieser Zeit gar nichts, auf jeden Fall nichts Konkretes. Die Anliegen der Bevölkerung sind verhallt, die Absichtserklärungen des Stadtrates ebenso. Die Handlungsmaxime, die ich im Leitbild des Stadtrates gefunden habe: „Taten statt Worte“ und wo eigentlich auch in den Regierungsprogrammen ausgeführt wurde, dass man hier Taten machen wolle, was die Querung von einer Stadtseite auf die andere betrifft, ist nicht eingehalten worden. Das Winkelkomitee hat sich deshalb vor vier Jahren gegründet, das heisst im Juni 2009. Im Winkelkomitee sind Vertreterinnen und Vertreter von fast allen Parteien und andere interessierte unabhängige Personen. Das Komitee ist also breit abgestützt. Es geht um ein Anliegen, das über alle Partei- und Quartiergrenzen hinweg höchste Priorität hat. Das Winkelkomitee musste auch feststellen, als wir dies etwas angeschaut hatten, dass in der Vergangenheit auch viele Chancen verpasst worden sind, das prioritäre Thema Winkel in den eigenen laufenden Projekten zu koordinieren oder die städtischen Anliegen rechtzeitig und vehement beim Kanton zu vertreten. Ich verweise hier zum Beispiel auf den Zusammenhang mit der Planung der Fachhochschule/Bahnhof Ost. Dort hätte man unbedingt den Ausgang Ost der Winkelunterführung miteinbeziehen müssen. Ich verweise auf die Planung im Zusammenhang mit ANDAARE. Dort hat man den Ausgang West auch vernachlässigt. Gerade im Zusammenhang mit der ERO – Ihr werdet ja nachfolgend noch einen Vorstoss dazu behandeln – hat man aus unserer Sicht nicht rechtzeitig Forderungen angebracht, damit der Übergang Aarauerstrasse auch funktioniert und eine Verbesserung bringt, auch für den Veloverkehr. Wir haben damals 2009 den zuständigen Stadtrat darauf aufmerksam gemacht. Er hat gesagt, er setze sich ein. Bis jetzt ist offenbar dort nichts passiert. Deshalb können die heute vom Stadtrat in der uns vorliegenden Botschaft abgegebenen Absichtserklärungen in keiner Art und Weise überzeugen. Auch das Winkelkomitee hat nicht sehr gute Erfahrungen gemacht. Man hatte ja eine Begleitgruppe. Man hat den Bericht der Metron, eigentlich in Zusammenarbeit mit der Begleitgruppe, erstellt und wollte den Bericht nachher der Begleitgruppe vorlegen. Bevor der Bericht vorgelegt wurde, hat der Stadtrat entschieden, er wolle jetzt in dieser Sache nichts mehr machen. Er hat sich der Verantwortung entzogen. Das hat uns dann veranlasst, und jetzt komme ich zum eigentlichen Projekt, die Initiative zu lancieren, und es ist festzustellen, dass wir in kürzester Zeit über 1'000 Stimmberechtigte hatte, welche die Initiative unterschrieben haben. Der Unmut der Bevölkerung ist auf beiden Stadtseiten gross. Sollte das Parlament dieser Initiative heute nicht zustimmen, wird der Druck der Bürgerinnen und Bürger durch ein Ja an der Urne zu dieser Initiative noch grösser werden. Uns ist klar, dass

Sie, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sich im Zusammenhang mit der Argumentation des Stadtrates gewisse Fragen stellen. Ich nehme gerne kurz Stellung dazu. Zum Handlungsbedarf: Er ist unbestritten. Durch die ERO verschärft sich nach Auffassung des Stadtrates die Problematik der Querung der Aarburgerstrasse für den Veloverkehr. Es braucht also dringend eine Lösung für die zu Fussgehenden wie auch für die Velofahrenden. Wo stehen wir heute? Die Metron-Analyse ist eine reine Problemanalyse. Sie zeigt auf, dass Handlungsbedarf besteht. Lösungen sind noch keine ausgearbeitet. Der nächste Schritt, den die Initiative verlangt, ist, dass der Stadtrat den Auftrag erhält, innert 18 Monaten und hier haben wir übrigens die Frist, die im Gesetz steht, sogar noch verlängert, eine Vorlage auszuarbeiten. Das heisst, er hat 18 Monate Zeit, konkrete Lösungsvorschläge zu prüfen und auszuarbeiten, mit allen Beteiligten. Es geht nicht darum, wie man aus der Botschaft des Stadtrates entnehmen könnte, dass sie heute Abend hier im Parlament Varianten, das heisst mögliche Lösungen, diskutieren. Nein, es geht darum, dass jetzt endlich ein erster Schritt zur Ausarbeitung solcher möglicher Lösungen gemacht wird. Wir haben hier vollstes Vertrauen, auch in den neu zusammengesetzten Stadtrat, dass er mit der Eigentümerschaft des Winkels, mit der SBB, mit dem Kanton entsprechende Gespräche führen, auch wenn wir wissen, dass es in der Vergangenheit nicht ganz einfach war, die Bereitschaft, die zum Beispiel die Eigentümerschaft in der Begleitgruppe zeigte, hat uns überzeugt, dass Lösungen möglich sind. Zu den Finanzen: Der Stadtrat wendet bereits heute ein, es gehe um finanzielle Verpflichtungen in der Höhe von 11 Millionen Franken und mehr. Das sind entgegen den Ausführungen des Stadtrates Ausgaben, die man nicht ohne Weiteres zum Voraus als nicht finanzierbar betiteln darf. Auch bei einer angespannten Finanzlage sind Investitionen wo nötig zu realisieren und Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Dazu sind zwei Aspekte festzuhalten: Die Prioritäten in der Finanzplanung ergeben sich halt auch aus Verpflichtungen, welche das Parlament und die Bevölkerung als dringend erachtet und aus zeitlichen Umständen – ich verweise auf die Interpellation, die nachher noch behandelt wird; dort wird ja ausgeführt, dass im Rahmen des Betriebskonzepts ERO die Situation Sälkreisel-Postkreuzung noch einmal mit dem Kanton diskutiert werden soll. Ein anderes Projekt, das noch hängig ist, ist der Antrag der Stadt im Rahmen des Agglomerationsprogramms Aareland zweite Generation. Ich möchte kurz etwas zu diesen zwei Sachen sagen, weil man da auch Möglichkeiten hat, finanziell noch etwas herauszuholen. Im Rahmen der Erarbeitung dieses Betriebskonzeptes, das bis 2005 offensichtlich realisiert werden und bei der Aarburgerstrasse noch Umgestaltungsmassnahmen für die Querung dieser Strasse erfolgen soll. Dort kann man eben eigentlich mit dem Kanton auch noch verhandeln. Man kann Druck machen, weil es der Kanton ist, der mit der ERO diese Querung eigentlich kappt, gerade für die Velofahrenden. Das ist ein ganz wichtiges Argument, wo man beim Kanton auch sagen, er hat finanzielle Verpflichtungen. Er hat nicht nur die Verpflichtung, dass der Verkehr dort funktioniert, er hat auch die Verpflichtung, dass er sich vielleicht noch an anderen Lösungen beteiligt. Wir erwarten, dass sich die Stadt hier halt auch etwas vehementer für diese Interessen einsetzt. Dann habe ich das Agglomerationsprogramm Aareland zweite Generation angeschaut. Ich habe dort gesehen, dass man 5 Millionen Franken eingegeben hat, Priorität A, Winkelunterführung, mit dem Argument, die Querungsmöglichkeit des Langsamverkehrs habe sich mit der Eröffnung der ERO noch einmal verschlechtert, die Winkelunterführung sei eine wichtige Verbindung im Rahmen des Langsamverkehrs zwischen Innenstadt und Fachhochschule und die Winkelunterführung werde bereits heute durch die Velofahrenden benutzt, was ein hohes Konfliktpotenzial beinhaltet. Ich glaube, hier können wir alle zustimmen. Der Stadtrat schlägt Massnahmen wie Rampenkorrektur und eine neue Rampe an die Bahnhofstrasse mit geschätztem Baubeginn 2015 vor. Die Euch vorliegende Initiative unterstützt dieses Ansinnen. Eine konkrete Vorlage, die man in den nächsten 18 Monaten ausarbeiten wird, kann dann eventuell auch von diesen Beiträgen profitieren. Es gibt aber keinen Grund, diese Initiative nicht auszuarbeiten und auf die Beiträge zu warten, weil sich dann alles noch mehr verzögert und wenn die Beiträge nicht kommen, haben wir wieder nichts. Damit steht fest: Unsere Initiative steht den laufenden Bemühungen des Stadtrates nicht entgegen, im Gegenteil: Sie unterstützt und verpflichtet ihn in seinen Bemühungen. Wir haben es satt, dass immer wieder mit neuen Argumenten die dringende Problematik und eine der wichtigsten Verbindungswege zwischen diesen beiden

Stadtteilen auf die Seite geschoben wird, nur weil man jetzt wieder abwarten will, weil man jetzt die Geschichte, die seit 15 Jahren andauert, wieder mit neuen, von mir aus gesehen vorgeschobenen Argumenten auf die Seite schieben will. Fakt ist: Der Stadtrat muss jetzt verpflichtet werden, eine Vorlage auszuarbeiten. Sowohl das Gemeindeparlament als auch das Volk wird sich dann, wenn die Vorlage auf dem Tisch liegt, noch einmal äussern können, ob sie diese Finanzen aufwerfen wollen oder nicht, ob sie dieses Projekt so wollen oder nicht. Erlauben Sie mir die Frage: Was passiert dann, wenn die Initiative abgelehnt wird und wenn auch aus dem Agglomerationsprogramm kein Geld kommt? Ich überlasse Ihnen die Diskussion. Wir vom Komitee sind überzeugt, der Zeitpunkt kann nicht besser sein, jetzt sofort ranzugehen und den Stadtrat zu verpflichten, endlich ein konkretes Projekt auszuarbeiten und endlich das Heft bezüglich Winkelunterführung und Querung Aarburgerstrasse in die Hand zu nehmen, ein Zeichen für die Verbindung der beiden Stadtteile, ein Zeichen für die Attraktivität der Stadt Olten und ein Zeichen für die Zukunft unserer Stadt zu setzen. Es ist nötig und wird von der Bevölkerung jetzt verlangt. Wir danken Ihnen, wenn Sie in diesem Sinne dieser Initiative zustimmen, das heisst, den Beschlussesantrag des Stadtrates auf Ablehnung der Initiative ablehnen und den Antrag auf Gutheissung der Initiative annehmen. Besten Dank.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Vorweg besten Dank für die Berichterstattung aus dem Büro und danke auch der Kantonsratspräsidentin für die ausführlichen und ich muss sagen auch, nicht zu 100 %, aber doch sehr wahrhaften Ausführungen, die ich und auch der Stadtrat in diesem Sinne nachvollziehen können. Es kommt ja selten vor, dass eine Initiative hier behandelt wird. Ich denke, pro Jahr vielleicht einmal und wir haben tatsächlich diesmal eine Volksinitiative, wo ein Begehren gestellt wird, das schon lange in der Bevölkerung ein Thema ist. Jedenfalls seit ich Baudirektor bin, trage ich dieses Projekt weiter schwanger mit und zur Geburt ist es tatsächlich noch nicht gekommen. Hier muss ich Dir, Susanne Schaffner, auch recht geben. Ich werde etwas kürzer in den Ausführungen, weil wir Ihnen vom Stadtrat her die Botschaft in diesem Sinne auch schriftlich austeilen konnten. Ich möchte auf zwei, drei Sachen aufmerksam machen. Vielleicht zuerst zu den Diskussionen in den Kommissionen. Sie sind sehr unterschiedlich ausgefallen und auch der Diskurs wahr sehr verschieden, ich möchte nicht sagen widersprüchlich, ob man dafür sein soll oder nicht. Das Büro war mit knappster Mehrheit für den stadträtlichen Antrag und die Stadtentwicklungskommission auch knapp für die Initiative. Das zeigt eigentlich auch die Problematik auf, in der wir stecken. Wir selber vom Stadtrat sind in diesem Sinne nicht ideenlos, sondern haben uns wirklich in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt, müssen aber auch sagen, dass trotz dieses Begehrens, das von der Bevölkerung zu Recht gestellt wird, wir nicht gerade am Problem zerbrechen, aber dass wir Ihnen heute Abend die Lösung einfach nicht bieten können. Das sind verschiedene Gründe. Wir haben es in der Botschaft entsprechend ausgeführt, wo wir eigentlich, gerade was die Initiative anbelangt, stecken blieben. Eigentlich ist der Initiativtext als solcher doch auch sehr ambitioniert gestellt und formuliert, wo es nämlich heisst, dass eben zwischen der Aarauerstrasse, alten Brücke in beide Richtungen eine sichere, direkte, helle Verbindung „für den Velo- und Fussverkehr“ realisiert werden soll. Eigentlich, und das zieht sich durch den ganzen Bericht und Antrag durch, war gerade das Anliegen der Verbindung für den Veloverkehr für uns der Knackpunkt. Sie sehen auch aus den Ausführungen bei den verschiedenen Varianten, dass wir eigentlich bei den Veloquerungen durch den Winkel, wo wir keinen direkten Einfluss haben, hängen blieben und dort sind insbesondere auch die finanziellen Engagements, die sich in dieser Millionenhöhe zeigen, die wir ausgewiesen und dargelegt haben. Im Übrigen müssen wir hier vielleicht auch noch festhalten, dass in der Zwischenzeit der Wert dieser Liegenschaft oder der Kaufpreis, der öffentlich im Internet ersichtlich ist, auf stolze 24 Millionen Franken angestiegen ist. Man muss sich einfach vorstellen, dass hier in diesem Sinne offenbar auch ein gewisser Marktwert vorhanden. Uns vom Stadtrat ist wichtig, dass wir heute nicht eine Vorlage über ein Bauprojekt diskutieren, wie es nun verabschiedet werden soll, sondern dass eine Empfehlung auch zu Händen des Volkes abgegeben wird, ob man eine Zustimmung macht oder nicht. Wenn es in diesem Parlament keine Zustimmung gäbe, käme es zu einer Volksabstimmung. Wenn es eine Zustimmung gibt, dann in den 18 Monaten, in denen eine

Vorlage erarbeitet werden muss. Zum Formellen möchte ich eigentlich nicht noch Stellung nehmen, im Wesentlichen aber doch festhalten, dass es dem Stadtrat wirklich ein Anliegen ist, die Querung in diesem Sinne zu optimieren. Wir sind aber tatsächlich im Moment an diesem Bau etwas zerbrochen, an den finanziellen Engagements, aber auch an der Tatsache, dass wir den Veloverkehr nicht einfach entsprechend auch durch die Unterführung führen können. Was uns vom Stadtrat wichtig ist und das ist wirklich ein Anliegen, dass wir uns für eine attraktive Verbindung einsetzen, das heisst insbesondere auch für den Fussgänger und hier gehört auch die Querung der Kantonsstrasse dazu. Ich muss sagen, das wurde, etwas entgegen den Ausführungen der Rednerin der Volksinitiative mit grossem Engagement vertreten, insbesondere durch den Stadtpräsidenten und auch durch mich im Lenkungsausschuss, das Anliegen, das man dort tatsächlich eine attraktive Querung realisieren kann. Tatsache ist, dass der Kanton die Hoheit über dieses Gebiet hat. Im Moment wird auch noch ein Betriebskonzept entwickelt und zwar über den Bereich Perimeter Postplatz und Kreisel Säli, so wie jetzt auch die Umgestaltungsmassnahmen eingangs Olten von Wangen her kommend realisiert werden. Das heisst, es ist im Programm, auch vom Kanton, dass man diese Querung, die Fussgängerverbindungen, entsprechend anschaut und auch einen Beschluss darüber fasst. Es ist auch genau so, wie die Sprecherin vorher, dass man sich als Stadt dort sehr stark und vehement einbringen muss, damit man diese Querung dort erreichen kann. Die Querung wird dann Thema des Vorstosses, der Interpellation, die von Felix Wettstein und Mitunterzeichnern gestellt wurde, sein. Das ist insofern eine Problematik, dass der Kanton kein Interesse daran hat, dort im Moment längere Querungszeiten zu gewähren. Das wird ein Kampf sein. Das wird eine Interessenabwägung sein. Für den Stadtrat wichtig ist, dass wir dort eine attraktive Querung erreichen können. Zusammengefasst: Wir stehen vom Stadtrat her dieser Initiative nicht total negativ gegenüber, haben aber durch unsere entsprechende Auslegeordnung, wie wir sie auch im Bericht und Antrag dargestellt haben, auch die Grenzen aufgezeigt, die wir tatsächlich haben. Wir wollen auch offen sein, wo wir auch Probleme zeigen, in diesem Sinne dem Stimmvolk auch nicht Sand in die Augen streuen und an und für sich empfehlen, in diesem Sinne die Initiative auch abzulehnen und andere Wege zu beschreiten, die durchaus auch dieser Weg und die Ideen sein können, die vom Initiativkomitee auch sehr unverbindlich formuliert wurden. Das zeigt ja auch, dass die Initiative in Form der Anregung gewählt wurde, weil man ja selber auch nicht unschlüssig, aber etwas ratlos ist, wie man das Problem als solches lösen kann. Zusammengefasst bitte ich Sie im Namen des Stadtrates, die Initiative in diesem Sinne zur Ablehnung zu empfehlen und dem Stadtrat auch die Möglichkeit zu geben, den bestehenden Handlungsspielraum zu nützen, im Rahmen der finanziellen und auch technischen Möglichkeiten die Verbesserungen dann anzugehen.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Susanne Schaffner hat das Anliegen Winkel vorher in einen grösseren historischen Zusammenhang gestellt, wo man sieht, dass es wirklich schon sehr, sehr alt ist. Ich möchte dies in Mikroform noch kurz in Bezug auf das Winkelkomitee und die Initiative tun. Sie ist, wie es Susanne Schaffner schon gesagt hat, 2009 entstanden und zwar ist es dort darum gegangen, dass die Planung von ANDAARE so etwas in Schwung kam und ein paar Leute angefangen haben, sich Gedanken über den Umfang dieses Projektes zu machen und sich gefragt haben, ob hier wohl nicht zum Teil Geld ausgegeben wird, das man dann an einem, etwas nötigeren Ort dann vielleicht nicht hat. Es hat niemand eine nötige Attraktivierung des Aareraums in Frage gestellt. Aber das war der Ausgangspunkt. Dann haben einige von uns dieses Komitee gegründet und es hiess: „Das Nötigste zuerst“. Danach hatten wir innerhalb von wenigen Tagen ganz viele Mitglieder aus sämtlichen Parteien ausser der SVP. Es war eine Freude, mit wie viel Elan sich eigentlich alle in diese Diskussion geworfen haben. Nach ein paar Sitzungen oder sogar schon früher hatte man eigentlich den Konsens schon, was das Nötigste wäre. Ich sage dies jetzt, weil dies illustrieren soll, wie wichtig es ist. Es sind nicht einfach irgendein paar Leute, die sich in Bezug auf den Winkel einig sind, die sich zusammen taten, sondern diese Frage hat sich ergeben aus: Was ist für uns die entscheidende städtebauliche Geschichte, wo etwas passieren muss? Das war 2009. Daraufhin wurde die Gruppierung als Winkelkomitee bekannt, es gab Sitzungen und Gespräche mit der Stadt, Gespräche mit dem Eigentümer,

Gespräche mit Experten, Expertisen und Machbarkeitsstudien und alles noch in verschiedenen Variationen. Ich sage es jetzt extra etwas polemisch. Die Haupteckdaten Stand 2012 war dann: Es ist schwierig. Das war dann der Punkt, wo die Idee der Volksinitiative kam, damit etwas passiert, obwohl es schwierig ist. Wir haben einen Eigentümer, der in Deutschland sitzt. Den Winkel hat er wahrscheinlich nicht aus lauter Freude an unserem Städtchen gekauft. Sind wir ehrlich. Die Schnittmenge seiner und unserer Bedürfnisse ist wahrscheinlich nicht extrem gross. Das ist ein Problem und bleibt ein Problem. Deshalb ist es für uns absolut unumgänglich, dass sich die Stadt über sämtliche Optionen klar wird und sie seriös durchrechnet und zwar bis zur Maximalvariante. Wer sagt dann zum Beispiel, dass ein Kauf der Liegenschaft – der Marktwert scheint gestiegen zu sein – mit anschliessendem Investorenwettbewerb und Wiederverkauf des oberirdischen Teils wirklich unerschwinglich wäre? Man müsste halt Zahlen haben. Was wir dann sicher hätten, wäre die Kontrolle über die Hauptverbindung zwischen den Stadtseiten für den Langsamverkehr. Wie wir wissen, sind die einzigen innerstädtischen Alternativen die Unterführungsstrasse und die Bahnhofunterführung. Bekannterweise gehören sie uns beide auch nicht. Die Parlamentssitzung heute Abend ist sicher nicht das Forum, um Lösungen zu erarbeiten oder gute Ideen zu haben. Aber mit Eurer Zustimmung zur Initiative beauftragt Ihr die Stadt, genau dies zu tun. Wir als Fraktion können uns beim besten Willen nicht vorstellen, was daran verkehrt sein soll.

**Simone Roth:** Auch wir in der Fraktion der FdP haben die Volksinitiative anlässlich unserer Fraktionssitzung intensiv besprochen. Einstimmig ist die Haltung der FdP bezüglich der Ausgangslage. Alle sind sich einig, dass im Bereich des Winkelübergangs etwas gemacht werden muss. Es ist noch einer der letzten Schandflecke unserer Stadt Olten. Ob eine Volksinitiative aber jetzt der beste Weg für eine Verbesserung der Situation ist, hier sind die Meinungen in der Fraktion auseinander gegangen. Schliesslich war eine klare Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder der Meinung, dass wir die Initiative im Sinne des Stadtrates ablehnen sollen. Einig war man sich auch bezüglich der Diskussion zu den in den Unterlagen ersichtlichen Realisierungsmöglichkeiten. Die Vorschläge sind schön und gut, haben aber mit dem Antrag des heutigen Abends absolut nichts zu tun, denn die Realisierungsmöglichkeiten kommen erst zu einem späteren Zeitpunkt zum Tragen. Je nach Abstimmung von heute Abend früher oder später. Dieser Input ist uns für die anschliessende Diskussion wichtig. Einzig die Grafik auf Seite 2, der Ablauf einer Volksinitiative, ist für heute eigentlich auch noch massgebend. Folgen wir dem Antrag des Stadtrates, die Initiative abzulehnen, kommt es direkt zu einer Volksabstimmung und im Abstimmungsbüchlein wird erwähnt sein, dass das Gemeindeparlament die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt. Folgen wir dem Antrag des Stadtrates nicht und wir als Gemeindeparlament nehmen die Volksinitiative so quasi an, kommt es zum Stadtrat zurück. Er schlägt Realisierungsmassnahmen vor und diese werden dann wie bei einem normalen Geschäft behandelt, das heisst bis 4 Millionen Franken Investitionen können wir über eine Massnahme entscheiden. Ist es darüber und wir nehmen es im Parlament an, kommt es vor das Volk, nehmen wir es nicht an, ist die Sache vom Tisch. Der Winkel ist ein Thema, das brennt. Da aber bisher von niemandem eine vertretbare Lösung vorgelegt werden konnte, auch nicht vom Stadtrat, so kann er somit auch nicht hinter dieser Initiative stehen und stellt deshalb uns, dem Parlament, den Antrag auf Ablehnung dieser Volksinitiative. Folgende Situation ist einfach nicht ausser Acht zu lassen: Die Unterführung gehört vier Parteien: Dem Kanton, der SBB, der Stadt und dem Grundeigentümer der Winkelüberbauung. Solange aber nicht alle Parteien an einem Strick, vor allem an einem lösungsorientierten und somit auch finanziellen Strick ziehen, bringen alle Abstimmungen, Diskussionen, Initiativen etc. nichts, denn Grundeigentümer können mit ihrem Grundstück machen, was sie wollen, ob dies jetzt für die Stadt von Vor- oder wie in der Winkelgeschichte zum Nachteil ist. Die in der Winkelunterführung involvierten Eigentümer sind alle auf ihre Art nicht einfache Geschäftspartner. Ich gehe einmal davon aus, dass sich die bislang geführten Gespräche immer wieder im Kreis gedreht haben und nie ein befriedigender Weg gefunden werden konnte. So interpretiere ich jedenfalls die folgenden Aussagen, die ich noch finden konnte. Ich zitiere zwei davon. Eine ist ein Auszug aus einem Artikel, der im Stadtanzeiger vom September 2011 war. Dort stand: „Es sei natürlich ein

Anliegen, die Winkelunterführung und somit die Verbindung von der Fachhochschule Nordwestschweiz zur Altstadt attraktiv zu gestalten. Wenn diese Probleme, auf welchen wir seit einiger Zeit kauen, einfach zu lösen wären, hätten wir sie schon lange gelöst“. Oder dann auch ein Ausschnitt aus einer Medienmitteilung, wie man dem sagen kann, auf der Homepage der Stadt Olten vom Juni 2012: „Obwohl auch eine Aufwertung der Winkelunterführung als wünschbar erachtet, hat sich der Oltner Stadtrat nach eingehender Abklärung aller möglicher Varianten für ein Zuwarten entschieden. Die Gründe für den unpopulären Beschluss: Keine der geprüften Optionen befriedigt wirklich. In die Finanzplanung sollten dringendere Projekte aufgenommen werden. Somit werde zugewartet“. Genau solche Äusserungen waren natürlich ein Steilpass für die Lancierung dieser Volksinitiative „Stadtseiten verbinden“. So konnte ich vorher plus minus auch Susanne Schaffner interpretieren. Eigentlich wäre besser gewesen, der Stadtrat hätte Klartext geredet und gesagt, dass kein gemeinsamer Weg mit den beteiligten Eigentümern gefunden werden konnte. Nicht eine Untätigkeit oder Faulheit des Stadtrates ist bei dieser Geschichte das Problem, sondern nicht kooperierende Eigentümer. Heute Abend entscheiden wir also über den weiteren Weg dieser Initiative und egal, welcher dafür beschritten wird, Ziel muss es sein, die vier Eigentümer Stadt, Kanton, SBB und der Grundeigentümer zu einem Ergebnis bringen zu können, das dem öffentlichen Interesse entspricht. Obwohl wie eingangs schon erwähnt auch die FdP mit der heutigen Situation bei der Winkelunterführung sicher nicht zufrieden ist, gehen die Meinungen auseinander, welcher Weg nach der Abstimmung von heute Abend der richtige sein wird. Die FdP-Fraktion wird aus den eingangs erwähnten Gründen voraussichtlich dem Antrag des Stadtrates folgen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Huguette Meyer Derungs, SP-Fraktion:** Ich rede jetzt nicht zur Schule und danke in diesem Zusammenhang den Grünen für ihren Änderungsantrag. Auch wir haben ihn in der Fraktion diskutiert und hätten auch einen im Köcher gehabt, wenn sie ihn nicht vorher verschickt hätten. Die SP ist vom Bericht und Antrag des Stadtrates ziemlich enttäuscht. In einer Frage, welche für die Oltner und Oltnerinnen und für die Stadt an sich ein grosses Anliegen darstellt, hätten wir eigentlich einen weit aktiveren Stadtrat erwartet. Aufgrund einer Studie der Metron einfach zu sagen, es sei schwierig, also machen wir nichts, geht unserer Meinung nach nicht. Auch das Argument einer momentanen schlechten Finanzlage finden wir nicht gerade das Beste. Wer weiss denn schon, wie es unserer Stadt in fünf, sechs Jahren gehen wird? Solange dauert es nämlich sicher etwa, bis ein Projekt überhaupt umgesetzt werden kann. Es ist uns aber auch bewusst, dass die Situation im Winkel nicht einfach ist. Neben der verwinkelten Unterführung erschweren die Eigentumsverhältnisse mit für uns unklaren Wegrechtsituationen, eine geeignete Lösung zu finden. Vielleicht müsste man gerade deshalb den Blickwinkel etwas öffnen und die ganze Situation der Querungen für Fussgänger und Velofahrer aufarbeiten, vom ERO-Kreisel bis zur Bahnhofunterführung. Der Stadtrat hat vorher gesagt, dass gerade die Velos in der Winkelunterführung ein Problem darstellen. Warum hat man nicht noch die Unterführungsstrasse als Variation für die Velofahrer angeschaut oder einfach eine bessere Variante. Solange die Situation nicht besser ist, wird die Winkelunterführung trotz des Fahrverbots weiterhin von Velofahrerinnen und Velofahrern genutzt, weil es auf der Unterführungsstrasse schlicht zu gefährlich ist, da dort sehr viele Schüler hin und her fahren, oder zumindest mühsam ist, weil die Autos oft den Weg bis zum Trottoir versperren. Man kommt nicht vorbei. Vielleicht kann mich noch jemand eines Besseren belehren. Aber ich habe leider schon ein paar Mal den Krankenwagen auf der Unterführungsstrasse gesehen, in der Winkelunterführung zum Glück noch nie. Viele Städte investieren viel Geld in Veloverkehrsnetze, um den Umstieg zu fördern. Die Stadt Olten hinkt diesem Trend hoffnungslos hinterher und verhindert mit einer solchen Haltung sogar noch ein Umsteigen. Allen wäre geholfen, wenn die Situation für die Querenden, der Langsamverkehr verbessert würde, auch für die Autofahrer. Ich bin manchmal auch eine Autofahrerin. Die Initiative verlangt also nichts Weiteres als die ganze Situation durchzudenken und der Oltner Bevölkerung innerhalb von 18 Monaten einen Vorschlag zu präsentieren, der die Stadtseiten sicher und schnell verbindet und über den das Volk abstimmen kann. Ich denke, das darf man von einem Stadtrat durchaus verlangen. Deshalb

würden wir dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen oder lehnen den Antrag des Stadtrates ab.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Die Winkelverbindung, oben oder unten durch, ist für den Zusammenhalt der Stadt Olten zentral. Ich glaube, das ist für alle Beteiligten unbestritten. Es wäre auch zu wünschen, dass Mitbewohner der linken Aareseite vermehrt ins Bifangquartier kommen und sich diese Kontakte nicht nur auf die Standaktionen vor politischen Wahlen auf dem Gemüsemarkt beschränken. Auch von den Investitionen ins Projekt Olten Ost könnte mit einer sympathischen Winkelverbindung eine breitere, besser durchmischte Bevölkerungsschicht profitieren. Mit der Eröffnung der attraktiven neuen Innenstadt wird sich das Leben in Olten in Zukunft noch mehr auf die rechte Aareseite verlagern. Jetzt haben wir aber im Winkel unten ein Problem und das ist die Bar 97. Zurzeit wird sie ausgebaut und erweitert und wir werden dann bei der Wiedereröffnung in diesem Sommer, zusammen mit der Bar 24, eine 70 Meter lange Lastermeile, von der Wildsau bis zum Caritas-Laden haben. Nach dem aufwändigen Umbauprojekt dieser Bar wird sie kaum in absehbarer Zeit wieder schliessen. Dieses Lokal hat nämlich erweiterte Öffnungszeiten. Noch morgens um 6 oder 8 Uhr werden Passanten belästigt und das Gleiche auch, wenn man am Abend auf dem Heimweg ist. Ich höre solche Geschichten immer wieder von Oltner Einwohnern jeder Schattierung und jeden Alters. Ein Kollege musste flüchten, weil er gehört hat, wie Betrunkene vor der Bar zueinander gesagt haben: „Komm, der grüsst nicht, den schlagen wir zusammen“. Die Winkelunterführung ist zu gewissen Zeiten also ein Sicherheitsproblem. Es hat immer wieder Passanten, die oben über den Veloweg alte Brücke-Hotel Winkel gehen, die diesen benützen, damit sie die Bar unten meiden können. Weder eine Pinselrenovation noch ein Teil- oder Gesamtkauf durch die Stadt machen die Winkelunterführung sicherer, solange diese Bar dort unten ist. Die aktuelle Finanzlage der Stadt lässt es aktuell gar nicht zu, dass man sich irgendeinen Wunsch bezüglich Winkel erfüllt. Unter diesen Voraussetzungen gibt es im Moment vor allem die Möglichkeit, mit dem Kanton einen komfortablen Fussgänger- und Velostreifen alte Brücke-Winkel auszuhandeln, wie es der Stadtrat ja in der Antwort auch vorsieht. Die Verhandlungsbasis mit dem Winkeleigentümer ist schwierig. Die Velos werden dort unten nicht akzeptiert. Im Moment gibt es also keine befriedigende Lösung für eine Umsetzung dieser Volksinitiative. Wenn man sie jetzt annimmt, erweckt man im Volk Hoffnungen, die man gar nie erfüllen kann. Die Voraussetzungen für eine fertige Vorlage innert 18 Monaten sind gar nicht gegeben. Neben der schwierigen Verhandlungsbasis mit den Eigentümern führen bei der SVP-Fraktion vor allem die erwähnten Sicherheits- und Finanzaspekte zur einstimmigen Ablehnung dieser Volksinitiative „Stadtseiten verbinden“.

**Thomas Pfluger, CVP/EVP-GLP-Fraktion:** Ich interpretiere die ganze Sache jetzt etwas um. Man hat schon relativ viel gehört. Es ist ein altes Anliegen und liegt mehrere Jahre zurück. Es ist so. Es ist ein Anliegen, das über alle Parteien geht. Man ist sich eigentlich im Sinn einig. Das haben wir jetzt alle gehört. Es kann nicht sein, dass man die wirklich wichtigste innerstädtische Achse, die wir haben, Bifang bis Hammer, die fussläufige Idee, die Verbindung, die wir haben, einfach in der Mitte kappt. Das ist wie die Bahnhofstrasse beim Paradeplatz unterbrechen und irgendwie muss man in Zürich anders weiterkommen. Die Einen haben den Langsamverkehr im Fokus. Es ist klar. Veloverkehr, fussläufig. Die Anderen haben die Sicherheit im Fokus. Das haben wir ja gehört. Sei es eben eine solche Lastermeile oder was auch immer dort unten stattfindet. Es gibt aber auch noch den dritten Aspekt, den ich einfach auch noch einmal etwas hervorheben möchte. Dieser Aspekt passt heute relativ gut, weil es jetzt auch mit der Volksmotion bezüglich Schulhaus im Kleinholz eigentlich etwas in die gleiche Richtung geht. Es ist eine Imagefrage, ein sich gegen aussen Präsentieren der Stadt, das einfach etwas ganz Entscheidendes ist. Das sind wirklich kleine Details. Wir haben auch bei der Schulordnung über etwas diskutiert. Wir haben diskutiert, dass eben wir transparent sein, dass wir dies auch in der Schulordnung haben. Das sind kleine Details, die enorm wichtig sind. Nach den Sommerferien wird die Fachhochschule eröffnet und ich glaube unser Präsident, wahrscheinlich an vorderster Front, hat mit grossem Erfolg dafür gekämpft, dass dieser Standort Olten wurde. Das ist sicher so und es kostet uns auch ein wenig etwas. Wir geben ja auch einen Standortbeitrag aus. Die Investition machen

wir ja nicht einfach, weil es noch chic ist, eine solche Fachhochschule zu haben, sondern weil wir wollen, dass wir eine Bildungsstadt sind und weil wir wollen, dass die Studenten vielleicht auch eine nachhaltige Wirkung haben. Wie gesagt, es sind Studenten und es ist heute einfach ein Fact, dass diejenigen, die wir heute schon haben, nicht durch den Winkel auf die andere Seite gehen. Die andere Stadtseite, Olten Ost, in Ehren, aber heute ist es halt immer noch so, links von den Bahngleisen ist noch der attraktivere Teil. Selbst wenn es nicht so wäre: Wir müssen unsere Bevölkerung einfach von links nach rechts bringen und umgekehrt. Ich kann einfach ein Beispiel nennen. Gerade vor zwei Tagen hatte ich in Olten eine Sitzung bei der SBB, Tannwaldstrasse. Alle kennen den „Fleischkäse“, wie er auch genannt wird. Die Leute versichern mir, dass sie auf den Zug gehen und nicht nach Olten links. Es ist in Gottes Namen halt einfach auf der linken Seite. Sie gehen nicht dorthin. Wenn man fragt: Durch dieses Loch hindurch, das ist ja wirklich nichts. Das ist mir vorgestern wieder klar und deutlich gesagt worden. Ich glaube, dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen. Es ist nicht einfach Geld ausgeben. Es ist auch eine Investition in unsere Stadt, um weitere interessante Steuerzahler anzuziehen. Studenten – das ist halt einfach auch eine Überlegung – könnten ja tatsächlich einmal zu den potenziellen guten Steuerzahlern gehören. Dafür müssen sie in ihrem Studentenleben das Olten auch so wahrgenommen werden, wie es eben sein kann, für dann, wenn sie einmal wirklich überlegen: Jetzt will ich sesshaft werden. Wohin gehe ich? Dann kommt ihnen dieses Olten wieder in den Sinn. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird mit deutlicher Mehrheit für die Annahme der Volksinitiative votieren. Ich rede jetzt als Fraktionssprecher. Beim Winkelkomitee bin ich auch dabei. Aber die Gründe, die wir haben, sind eigentlich folgende: Einerseits schadet es doch nichts, und das ist eigentlich ja wirklich das Entscheidende, wenn wir dem Stadtrat diesen Auftrag einmal geben, dass er sich auf eine Lösung einigen muss und uns einen abstimmungsreifen Vorschlag gibt. Es ist nicht vorgeschrieben, wie dieser Vorschlag sein muss. Das kann tatsächlich nahe bei der Pinselrenovation sein. Schon das ist etwas. Auch das kann Sinn machen. Gerade jetzt, wo wir finanziell nicht so gut da stehen, ist es wahrscheinlich die nähere Lösung. Das mag sein. Aber keine Lösung ist eben Stillstand und ist einfach auch ein Zeichen gegen aussen, das wir nicht mittragen wollen, sondern wir wollen, dass sich der Stadtrat klar committet, was er machen möchte. Das Andere ist, dass wir auch Zeit gewinnen wollen. Wenn wir jetzt diese Initiative hier im Rat ablehnen, sind wir der Meinung, dass es mit grosser Wahrscheinlichkeit so sein wird, dass das Volk, und es kommt ja zur Volksabstimmung und es wird eher eine bejahte Situation geben und dann werden wir genau gleich weit sein wie wenn wir jetzt schon sagen: Lieber Stadtrat, bring uns eine gescheite Lösung angesichts aller vorhandenen Aspekte, finanziell usw., worüber wir dann auch abstimmen können. Merci dafür, auch noch dieses Argument mitzunehmen und ich hoffe, die Abstimmung wird in diesem Sinne ausgehen.

**Dr. Markus Ammann:** Ich möchte zuerst noch etwas zur Stadtentwicklungskommission sagen. Es ist erwähnt worden. Sie hat auch knapp abgestimmt. Aber auch dort war es klar, dass es ein echtes Problem ist. Ich glaube, das darf ich praktisch für alle Mitglieder der Kommission sagen. Es war als echtes und zentrales Problem dieser Stadt erkannt. Es ist dann aber nur knapp abgestimmt worden, weil man hier tatsächlich verschiedener Meinung sein kann, wie das Vorgehen ist und wie schnell es gehen muss. Ich denke, das Entscheidende, weshalb letztendlich gegen die stadträtliche Empfehlung gestimmt wurde, ist eine Frage des Signals und zwar jetzt nicht als Wirkung Image nach aussen, sondern das Signal, das der Stadtrat damit an die Bevölkerung gibt. Ich denke, das ist falsch. Wenn man dies so erhält, bekommt man die Meinung: Jawohl, der Stadtrat ist eigentlich der Meinung, hier ist nichts zu tun oder wir können jetzt nichts machen, lassen es so liegen und warten, bis bessere Zeiten kommen. Ich glaube, das ist einfach das falsche Signal. Selbst wenn man nicht gleich die tolle Lösung hat, denke ich, dass man auch der Bevölkerung ein anderes Signal geben muss. Susanne Schaffner hat es ausgeführt. Die Bevölkerung hat immer wieder gesagt: Das ist ein Problem, etwas, das uns beschäftigt und ist für das Zusammenleben wichtig. Dann kann man nicht ein solches Signal an die Bevölkerung zurück geben. Ich glaube, das ist einer der entscheidenden Punkte. Ich persönlich – das darf ich vielleicht auch noch erwähnen – habe 2010 ein Postulat Masterplan zwischen Bifang und

Innenstadt gemacht. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde es so etwas durch die Thematik Aaresteg ausgelöst, wo es darum ging, wie wir eigentlich mit diesen Bevölkerungsströmen zwischen Bifang und Innenstadt umgehen. Wir wissen dies nämlich nicht. Für diese Situation haben wir keine Strategie, insbesondere im Bereich des Langsam- und Fussgängerverkehrs. Das ist ein altes Problem und – ich glaube, es ist auch schon gesagt worden – keine einzige attraktive Verbindung für die Velos und die Fussgänger zwischen diesen beiden Stadtteilen. Das ist eigentlich schon etwas ein trauriges Kapitel. Ich denke, mit diesem Masterplan, der dann auch einmal irgendwie noch einen Schritt weiter gehen wird, ist eben auch diese Frage der Verbindung im Bereich des Langsamverkehrs eine ganz zentrale. Ich glaube, ich habe es dort auch angesprochen. Gerade auch die Frage des Winkels. Manchmal muss man vielleicht halt wirklich auch noch etwas visionärer, langfristiger denken. Man kann bis dazu denken, dass man vielleicht einmal mit dem Kanton darüber diskutieren muss, ob man den ganzen Postplatz absenken und den ganzen motorisierten Verkehr hinunter nehmen soll oder so etwas. Ich weiss, das tönt jetzt etwas fantastisch. Aber letztendlich ist dies für die Stadt so zentral, dass man auch so etwas denken muss. Ich habe auch heute vom Stadtrat wieder gehört: Das Anliegen besteht zu Recht. Es ist zu Recht von der Bevölkerung ausgesprochen. Aber wir sind jetzt eigentlich dagegen, dass wir etwas Konkretes vorlegen. Ich finde dies etwas seltsam und diese Antwort reicht wahrscheinlich einfach nicht mehr. Das Letzte, was Thomas vorher schon etwas angetönt hat: Eigentlich könnte sich ja der Stadtrat selber etwas lieb sein und sagen: Statt dass wir zwei Volksabstimmungen machen, machen wir nur eine, verzichten auf die erste und machen gleich einen konkreten Vorschlag.

**Anita Huber:** In der Unterlagen bin ich über eine Behauptung der Grundeigentümer gestolpert, die mir sehr aufgestossen ist: Es gäbe eine Unfallgefahr zwischen Kunden und Velofahrenden, wenn in der Unterführung Velo gefahren würde. Ich kenne die Winkelunterführung als Oltnerin, die hier geboren und aufgewachsen ist. Nach der Eröffnung der Winkelunterführung hatte es Geschäfte und natürlich sind seit Beginn auch Velofahrende durchgefahren. Die Velofahrenden sind geblieben, aber bald nach Eröffnung des Winkels gab es immer wieder Geschäftsaufgaben, weil der Standort offensichtlich unattraktiv ist, ausser eben für Bars, die jetzt diese Lastermeile bilden. Die Behauptung, wenn die Winkelunterführung für den Veloverkehr „geöffnet“ würde, wäre eine Vermietung der Läden nicht möglich, ist definitiv falsch. Früher, heute und in Zukunft fahren in der Winkelunterführung Velos durch ob mit oder ohne Verbote. Um heute seriös zu planen, muss mit Verkehrszählungen erhoben werden, zu welchen Zeiten welche Verkehrsteilnehmenden die Winkelunterführung benützen und wann es Sicherheitsprobleme gibt. Wird das Verbot aufgehoben, gibt es vermutlich Schüler/-innen und auch vorsichtige Velofahrende mehr, welche die Unterführung benützen würden. Doch die schnellen verkehrsgewohnten Velofahrenden benützen lieber die Velospur auf der Unterführungsstrasse, weil diese Verbindung schneller und mit weniger Steigungen verbunden ist. Der langjährige Fussverkehrsexperte Daniel Grob hat vor kurzem in einem Vortrag festgehalten, dass die Winkel-Unterführung genug breit ist und sich für eine genutzte Mischung von Velofahrenden und Fussgehenden eignet. Sein Fazit war: Kein Auf und Ab mit einer kurzen Rampe und Fussgängerstreifen, denn für den Veloverkehr führt an der Winkel-Unterführung kein Weg vorbei. Die gute Botschaft ist: Lösungen sind möglich. In einem ersten Schritt lassen sich mit kostengünstigen gestalterischen Massnahmen deutliche Verbesserungen erreichen. Gerne möchte ich auch darauf verweisen, dass im Agglomerationsprogramm Aareland zweite Generation, das Susanne Schaffner bereits erwähnt, auch das Projekt LV 7a eingegeben wurde. Mit projektierten Gesamtkosten von 5 Millionen Franken wurde für die Winkel-Unterführung eine Erhöhung des Benutzerstandards für Velo- und Fussverkehr eingereicht. Mitte Juni sollte sich entscheiden, wie viel Geld der Bund an dieses Projekt bezahlen wird. Wird das Projekt nicht umgesetzt, gibt es auch kein Geld vom Bund. Deshalb ist es unsinnig, die Initiative jetzt abzulehnen. In der Stellungnahme des Stadtrates fehlt mir ein Aspekt, der scheinbar nicht abgeklärt wurde. Lässt sich das Durchgangs- und Wegrecht in der Unterführung auf Velofahrende ausdehnen? Und als schärfere Massnahme: Wie ist vorzugehen, um die Unterführung dem Eigentümer zu enteignen? Bei der Winkel-Unterführung handelt es sich in jedem Fall um ein höher zu bewertendes öffentliches Interesse. Hier sind ja Enteignungen

auch in anderen Fällen möglich. Sonst könnte Olten auch schon viel schneller das Veloverbot im Oltner Teil der Unterführung aufheben. Doch beschliessen wir heute keine Aufwertungsmassnahmen. Wenn wir die Initiative „Stadtseiten verbinden“ überweisen, beauftragen wir den Stadtrat, intensiv nach Lösungen zu suchen. Deshalb werde ich die Initiative annehmen.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Ich möchte noch einmal kurz den Hinweis machen, dass wir, auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit, heute Abend nicht die Lösungen diskutieren, sondern einzig darüber befinden, ob wir die Initiative überweisen wollen oder nicht.

**Heinz Eng:** Es gibt ein indianisches Sprichwort, das heisst: Wenn man ein Problem erkennt und das Problem nicht gelöst wird, ist man früher oder später selber Teil dieses Problems. Das ist jetzt der Stadtrat. Nichts anderes, weil er das Problem erkennt und hat es einfach nicht gelöst hat. Und jetzt ist das Problem früher oder später noch weiter vorhanden. Ich möchte aber für eine Personengruppe reden, die bereits angesprochen wurde, nämlich die Schülerinnen und Schüler, vor allem diejenigen, die vom Bifang- und Säli-, aber auch vom Meierhofquartier tagtäglich diese Strassen auf die alte Brücke zu überqueren und nachher Richtung Frohheim gehen. Martin, Du hast es vorher mit Deinen Worten schön gesagt weshalb. Myriam hat auch gesagt: Es ist schwierig. Aber die Vergangenheit holt auch Dich hier etwas ein. Du warst vorher Bildungsdirektor. Du kannst Dich gut erinnern, als die Schulkommission, von der wir heute Abend schon gesprochen haben, noch in Amt und Ehren war und ich auch noch Mitglied war, hat Dir damals schon der Bruder von Ruedi Moor, Peter Moor, der dort Präsident war, zweimal einen Brief geschrieben und gesagt, es müsse jetzt endlich einmal eine sichere Verbindung eben vom Bifangquartier hinüber auf die alte Brücke zum Frohheim für die Schülerinnen und Schüler geben. Diejenigen, die es mir nicht glauben, sollen nachher einmal auf den Postplatz gehen, eine Viertelstunde oder 20 Minuten, bevor im Frohheim der Unterricht beginnt. Dann sieht man Trauben, Trauben, Dutzende von Schülerinnen und Schülern, die mit dem Velo fahren. Die meisten tragen natürlich keinen Helm, weil man heute in ist. Das ist sexy und geil. Ja keinen Helm tragen. In dieser Schulkommission – ich blende jetzt noch weiter als 2010 zurück – es war 2009 und Du kannst Dich sicher erinnern. Es ist nichts passiert. Es ist effektiv nichts passiert. Dort hat man nicht vom Winkel gesprochen - er war damals noch irgendwie in den Sternen – sondern man hat ausschliesslich vom Postplatz geredet. Auch dann ist nichts passiert. Ihr habt heute nichts vorzuweisen. Wenn man zumindest dann gesagt hätte: Doch, wir schauen, dass der Postplatz sicherer wird und es direkte Verbindungen gibt usw., hätte der Stadtrat heute sagen können: Okay, Winkel und so, aber dort drüben haben wir eine direkte sichere Verbindung. Es ist leider nichts vorhanden. Jetzt bin ich auch der Meinung und meine Geduld ist auch am Ende. Jetzt muss man es halt aufoktroyieren. Wer nicht hören will, muss fühlen. Ich werde jetzt dieser Vorlage zustimmen.

**Thomas Rauch:** Ich möchte gleichwohl noch einen Hinweis geben. Mit vielen Sachen, die gesagt werden, und auch mit der Initiative kann ich mich nicht ganz identifizieren oder einverstanden geben. Das Anliegen ist unbestritten. Das ist klar. Aber ich möchte einfach einmal, dass man zur Kenntnis nimmt: Die Stadt ist nicht Eigentümerin und wir haben immer noch eine Verfassung, die Eigentumsrecht zuschiebt. Von mir aus gesehen macht die Initiative den Leuten vor, wir hätten hier etwas dazu zu sagen. Es ist aber allen hier klar. Es ist nicht der Fall und wir sollten uns hier bitte nicht überschätzen. Von mir aus gesehen grenzt es an Augenwischerei. Ich möchte ja auch, dass es anders aussehen würde. Die Lösung sieht nämlich so aus, und das ist jetzt fast etwas kühn und übertrieben: Wenn dieses Problem aus dem politischen Prozess herausgenommen wird, werden wir in vier Jahren eine Lösung haben. Wenn man an der Zone herum schraubt, dass ein Investor da ist, haben wir eine Unterführungssituation, die gratis ist, die alles erfüllt und das Problem für 0 Franken löst. Aber hier kann man sich also nicht im politischen Prozess hinstellen und jeden Tag im Internet sehen, wie der Hauspreis, weil die Stadt Interesse hat, von 14 auf 17, von 18 auf 24 Millionen hinauf geht. Ich werte nicht, was das Vorgehen ist. Es ist einfach klar. So wird es

nicht gehen und der Scherbenhaufen wird noch grösser sein. Ich sage noch einmal: Der Stadtrat - wie wir diesen Druck machen, würde jetzt am Parlament liegen – müsste dies an die Hand nehmen, an den richtigen Schrauben etwas drehen. Ich sage jetzt vielleicht einfach zehn Geschosse höher dort. Ich nehme an, es würde niemanden stören, wenn man nachher eine gute Unterführung hätte. Schon wäre das Geld da. Ich würde sagen, es ist relativ einfach, aber es muss aus dem politischen Prozess und jetzt die kleine Forderung: Ich würde natürlich sagen, man sollte die Initiative zurückziehen. Schluss. Und irgendwie hoffe ich, der Druck da vorne wäre nachher gross genug, damit sie die richtigen Leute finden würden, um dies zu machen. Alles andere führt von mir aus gesehen zu nichts und es ist schade.

**Heidi Ehram:** Ich schliesse mich ganz Thomas an. Aber ich glaube, es ist wert, dass der Stadtrat noch einmal darüber geht und vielleicht auch für die Velos die Sachlage noch einmal anschaut. Seit gestern gibt es die Vernehmlassung über die neue Busverbindung. Jetzt wird der Bus ja zu den Stosszeiten über die von Rollstrasse geführt, wie ich gelesen habe, bei der Fachhochschule vorbei. Ich bin ja eigentlich gut auf dem Velo zuwege. Mir war es bis jetzt immer wohl und ich fand, auf dem Postplatz hat man ja genug Platz und man kommt sicher durch. Wenn man nachher durch die Unterführungsstrasse fährt und dann die Kurve nimmt und die enge von Rollstrasse und neben mir ist noch der Bus, muss ich sagen, dass es auch für mich fast nicht mehr ganz so gemütlich ist. Vorher ging es mir auf dem Velo immer sehr gut. Aber nebenan auf dieser Strasse finde ich etwas schwierig. Aber vielleicht kann mir Ernst hier noch etwas weiter helfen. Aber es geht ja nicht um Lösungen. Es geht darum, dass ich finde, wir sollten die Initiative jetzt annehmen, das Ganze noch einmal anschauen und einen Vorschlag bringen. Ich bin mir bewusst, dass wir eine finanzierbare Lösung haben müssen, die uns nicht behindert, andere Projekte, die jetzt dann auch noch diskutiert werden, wo wir auch noch etwas haben, Schulhaus usw., die uns zu sehr einengen.

**Daniel Probst:** Ich rede für eine Minderheit der FdP und bin auch im Initiativkomitee. Am letzten Donnerstag war ich noch der Einzige. Aber jetzt wächst hier langsam auch die Zustimmung, wie ich vorher von Heinz hören konnte. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es ein paar sind. Ich möchte noch einige wenige Sachen sagen. Erstens zu Thomas Rauch: Du hast vorher im Konjunktiv gesprochen. Du hast gesagt, der Stadtrat könnte und würde dann das und jenes machen. Die Initianten sind eben der Meinung, diese Zeit hätte er schon lange gehabt, um dies machen zu können. Wir haben die Hoffnung, die Du jetzt hier hast, nicht. Deshalb haben wir zum Mittel dieser Initiative gegriffen. Zweiter Punkt sind die Finanzen. Das ist natürlich bei der FdP auch ein wichtiger Diskussionspunkt gewesen. Es ist auch gekommen: Ja, Moment, es ist ja gut gewesen. Wir sehen das Bedürfnis. Aber wir wissen ja, dass in dieser Stadt nicht die gleichen Aussichten wie vielleicht noch im letzten Jahr oder vor ein paar Jahren sind. Dazu muss ich sagen: Der Kanton hatte auch nicht unbedingt gerade viel Geld, als er die ERO aufgegleist hat. Was hat er gemacht? Er hat sich dort auch Wege überlassen. Er war kreativ und hat zum Beispiel gesagt: Okay, wenn wir hier schon ein solches Vorhaben haben und es war auch ein Bedürfnis bei der Bevölkerung, das sogar seit Jahrzehnten diskutiert worden war: die Entlastungsstrasse. Es gab schon mehrere Vorlagen. Er hat gesagt: Wir verknüpfen dies mit einer Finanzierungsvorlage. Warum nicht dies einmal durchdenken, dass man sagt: Okay, es gibt beschränkt vielleicht einen Beitrag, eine Erhöhung, für eine gewisse Zeit, Das wäre jetzt auch etwas Kreatives, damit man nicht gleich im Voraus sagen muss: Das kostet ohnehin zu viel und das können wir uns nicht leisten. Wenn der Kanton dies gemacht hätte, hätten wir heute keine ERO und nicht Freude, dass wir die Entlastungsstrasse haben. Noch ein dritter Punkt noch zur Vision: Ich war am letzten Montag am Cupfinal. Leider haben die Falschen gewonnen. Aber was ich gesehen habe, ist ein unterirdischer Kreisel. Bern schafft es, eine Strasse nach unten zu legen. Wie ich mich erinnere, ist Bern finanziell auch nicht gerade super potent. Sie haben es vielleicht geschafft. Ich kann mir im Detail vorstellen, dass es auch mehrere Anspruchsgruppen gab. Man musste das Projekt entwickeln und konnte es realisieren. Es ist jetzt eine Lösung, welche die Verkehrsströme entflechtet. Ich sage jetzt nicht: Man muss diese Variante nehmen. Wir müssen ja nicht Varianten diskutieren. Man muss für verschiedene Ideen offen sein und sich dann auch überlegen, wie man es finanzieren kann. Auch bei der Finanzierung

muss man nicht gleich Schreckgespenste von weiss ich nicht welcher Investition malen, bevor man nicht einmal wirklich seriös darüber nachgedacht hat.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte noch einmal versuchen, herüber zu bringen, weshalb wir überhaupt zu diesem Entscheid gekommen sind. Man kann ja sagen. Politik ist nicht ehrlich, oder und wir sind alle nicht ehrlich. Wir haben in der Politik alle schon gelogen. Ich nehme mich gerade zuerst voran. Ihr habt es vielleicht nicht gemerkt. Aber in einem Punkt, meine Damen und Herren, musste der Stadtrat einfach sagen: Wir sind ganz ehrlich. Alle erkennen das Problem. Übrigens hat Herr Regierungsrat Straumann an einer Session vor ein paar Tagen zur Richtplanungsdiskussion erklärt: Es ist unheimlich viel geredet worden und es ist sehr viel Wahres dabei. Es ist fast alles wahr, was hier gesagt wurde, aber es hat schon noch ein paar Ecken drin. Wir fünf sind überzeugt: Wir haben keine Lösung, wissend darum, dass wir heute nicht über die Lösungen diskutieren. Hier ist ein Artikel von Verkehrsplaner Daniel Grob, den Anita zitiert hat, mit dem hervorragenden Titel „ Weniger Ecken und mehr Licht“. Wir haben heute Abend hier nur Ecken gehört. Wir bringen nicht fünf zusammen, welche die gleiche Meinung haben. Was ich eigentlich sagen möchte, ist Folgendes: Wenn Ihr die Initiative jetzt annehmt, gibt es ja den Auftrag an den Stadtrat. Hier sind wir uns einig. Dann nimmt sich das Parlament selber in die Verantwortung. Wir sind nicht einverstanden damit. Diese Verantwortung müsst Ihr übernehmen. Wir haben es jetzt einfach im Vorfeld gesagt: Wir wissen ja, dass es gleichwohl eine Volksabstimmung gibt, wenn wir ablehnen. Das Volk muss etwas dazu sagen können und das Volk wird sagen: Der Stadtrat ist ja das Eine, aber der Gemeinderat ist auch für Ablehnung, dann machen wir es erst recht. Dann sind wir wieder gleich weit wie vorher. Dieses Risiko kennen wir. Aber wir waren wenigstens ehrlich zu sagen: Nach stundenlanger Beratung haben wir keinen Vorschlag. Nehmt dies bitte zur Kenntnis. So einfach ist es. Wir nehmen Euch als Parlament gerne in die Pflicht. Ich wünsche dann viel Vergnügen bei der Diskussion. Thomas Rauch hat es gesagt. Wir greifen hier jetzt vielleicht in Eigentumsrechte und solche Sachen und in die Finanzen ein, lieber Thomas Pfluger. Ich glaube, es haben immer noch nicht ganz alle begriffen, wie es mit den Finanzen steht. In einem Monat würde ich Euch das dann gerne erklären. Dann muss ich es fast erklären. Hinten hat es übrigens vier sehr nette Damen und Herren, die eine Volksmotion für ein Schulhaus lancieren. Ich glaube, wir müssen dieses Schulhaus haben. Wohnpolitik etc. Die Winkel-Unterführung müssen wir auch haben und und und. Es war für den Stadtrat äusserst schwierig, dies unter einen Hut zu bringen. Einfach damit man weiss, weshalb wir zu dieser Haltung gekommen sind. Wenn wir jetzt gesagt hätten: Wir möchten, dass die Initiative angenommen wird, dann möchte ich sehen, wer hier gefragt hätte: Was macht Ihr jetzt genau? Arbeitet Ihr jetzt eine Vorlage aus? Wie sieht jetzt das Ganze aus? Deshalb haben wir jetzt einfach einmal vielleicht extravagant entschieden. Wir haben nichts. Das Parlament soll jetzt den Kommentar geben, was jetzt passiert ist und jetzt abstimmen und dann wissen wir, wie es weiter geht. Vielleicht wissen wir es aber dann auch in 18 Monaten noch nicht.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Wir haben einen Antrag der Grünen zum Beschlussesantrag Punkt 1. Ich werde den stadträtlichen dem Antrag der Grünen gegenüber stellen.

Antrag Stadtrat auf Ablehnung Initiative 9 Stimmen  
Antrag Grüne für Zustimmung 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen

## **Beschluss**

Mit 26 : 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die Initiative «Stadtseiten verbinden» wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Annahme empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner  
Finanzkontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 71

## Dringlicher Vorschlag gemäss Art. 16 GO betr. Neues Schulhaus Kleinholz/Beantwortung

Am 17. Mai 2013 wurde auf der Stadtkanzlei mit 109 gültigen Unterschriften folgender Vorschlag gemäss Art. 16 GO dringlich eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb Jahresfrist eine Vorlage für den Bau des Primarschulhauses Kleinholz auszuarbeiten und diese zur Abstimmung zu bringen. Dazu sollen die Planungs- und Projektierungsarbeiten, welche für das Jahr 2013 geplant waren, unverzüglich fortgesetzt und ein baureifes Projekt ausgearbeitet werden. Aufgrund des engen Zeitplanes soll diese Motion als dringlich bearbeitet werden.“

Gemäss Art. 16 GO sind solche Vorschläge von mindestens 30 Stimmberechtigten wie Motionen oder Postulate eines Mitgliebes des Gemeindeparlamentes zu behandeln.

- - - - -

**Stadtrat Mario Cematide** beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

### 1. Zur Frage der Dringlichkeit

Der Stadtrat befürwortet angesichts der laufenden Arbeiten an der Finanz- und Investitionsplanung 2014-2020 die dringliche Behandlung des Vorschlags.

### 2. Grundsätzliche Erwägungen

Die Planungsarbeiten für ein neues Schulhaus bilden eines der Projekte, deren Weiterführung im laufenden Jahr sistiert wurde, was nicht heisst, dass sie gar nicht mehr weitergeführt werden, wie dies vielfach schon kolportiert wurde. Es ging und geht vielmehr darum, sich in der schwierigen Finanzlage einen aktuellen Überblick über die Situation zu verschaffen und die Finanzplanung 2014-2020 aufzugleisen. In diesem Rahmen werden dann die umsetzbaren Schwerpunkte gesetzt. Hinzu kommt, dass wir 2013 ein Wahljahr haben, das heisst, dass Anfang August neue Behörden ins Amt kommen, die ein Wort mitreden wollen. Konkret laufen derzeit Workshops des neuen Stadtrates, um die Eckpunkte für die Finanzplanung und das Regierungsprogramm zu setzen. Aus der Sicht des Stadtrates gehört das Vorhaben Schulhaus Kleinholz auf die Liste der umzusetzenden Schwerpunkte: Wollen wir ein attraktiver Standort sein, der vermehrt natürliche Personen anlocken soll, dann braucht es entsprechende Infrastruktur. Schulraum in den Neubaugebieten gehört dazu.

### 3. Zum Inhalt des Vorschlags

Am Schulstandort der Primarschule Hübeli herrschen schon einige Zeit enge Platzverhältnisse, die sich durch die Anforderungen an eine moderne Pädagogik (Gruppenräume für den Unterricht und Arbeitsplätze für Lehrpersonen) und Zuzüge in den Entwicklungsgebieten Bornfeld und Kleinholz verschärft haben. Weiterhin ungelöst sind auch die Pausenplatzsituation und die unbefriedigende Situation um den Turnunterricht durch die fehlende Turnhalle.

Diese Gegebenheiten und der weiterhin zu erwartende Zustrom von neuen Schülerinnen und Schülern im Einzugsgebiet des Hübelschulhauses veranlassten die Direktion Bildung und Sport, den Neubau eines Primarschulhauses auf der linken Aareseite auf die Agenda zu setzen und mit Priorität voranzutreiben. Unter Einbezug der Baudirektion und der Stadtentwicklung traf die Direktion Bildung und Sport Vorentscheide zum Standort (Kleinholz) und zur Bauweise (vorgefertigte Elementbauweise). Das Lehrpersonen-Kollegium und die Schulleitung des Hübels-Schulhauses erarbeiteten ein pädagogisches Konzept, das für die weitere Planung und Realisierung wichtige Leitplanken setzt.

Der Stadtrat erachtet den Neubau des Primarschulhauses Kleinholz weiterhin als wichtig und empfiehlt daher die Überweisung des Vorschlags.

- - - - -

**Andreas Biedermann:** Ich glaube, die heutige Diskussion vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation ist auch eine Chance. Sie zeigt nämlich auf, was wirklich wichtig ist. Es geht um die Priorisierung von Projekten und wir sollten uns insbesondere immer etwas darauf besinnen, was dieses Land gross gemacht hat, welcher Rohstoff es ist. Das ist, wie wir alle wissen, nicht irgendwie Gold oder Erdöl. Es ist Bildung. Von Seiten der Behörden ist schon viel wertvolle Vorarbeit für das neue Schulhaus im Kleinholz geleistet worden. Mit dieser Volksmotion wollen wir aufzeigen, dass in der Oltnen Bevölkerung ein grosser Rückhalt für das neue Schulhaus besteht. Wir wollen auch, dass die Planung des Schulhauses ohne Unterbruch weitergeführt wird. Die Bedarfsplanung der Schulbehörde ist abgeschlossen und es ist ein gutes und preiswertes Konzept vorhanden. Mit der Planung des Baus kann also sofort gestartet werden. Die Zustimmung aus der Bevölkerung ist anhand der Unterschriftenbögen demonstrierbar, die uns immer noch erreichen. Wir haben mittlerweile eine Grössenordnung von rund 200 Unterschriften zusammen, einen grossen Teil davon konnten wir einreichen und das alles innerhalb von zwei bis drei Wochen ohne grossen Aufwand. Die Stadt Olten hat in ihrem Leitbild für die zukünftige Gestaltung der Stadt verschiedene Handlungsfelder definiert. Unter anderem sind dies eine gute Infrastruktur und ein massvolles Ansteigen der Wohnbevölkerung. Das generiert natürlich auch entsprechende Steuereinnahmen. Es geht also drum, dass Olten ein attraktiver Wohnort ist und in Zukunft weitere Steuerzahler anzieht. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es insbesondere eine gute Bildungsinfrastruktur und familienergänzende Betreuungsangebote. Auch das kann man im Oltnen Leitbild nachlesen. Olten wächst. Insbesondere im Kleinholz und Bornfeld werden jetzt Wohnungen und Häuser für sehr viele Einwohner gebaut. Dazu kommt in naher Zukunft auch Olten SüdWest. Die Notwendigkeit eines Schulhauses im Kleinholz ist gegeben, weil der Schulraum bereits heute knapp ist. So muss beispielsweise ab dem kommenden Schuljahr im Kindergarten Kleinholz eine zusätzliche Kindergartenabteilung geführt werden. Diese Schüler werden in einem bis zwei Jahren dann in die Primarschule kommen. Aber auch das traditionsreiche Hübelschulhaus kann heute schon nicht mehr alle Schüler seines Einzugsgebietes aufnehmen. Es kommen zum Beispiel Schultaxis zum Einsatz. Die Entwicklung geht in den kommenden Jahren so weiter. So kann man beispielsweise im Bericht zur Schulraumplanung aus dem Jahr 2008 Folgendes lesen: „Auf der Westseite der Aare stösst die Schulhausinfrastruktur deutlich an ihre Grenzen. Der Bedarf für ein zusätzliches Unterstufenschulhaus zeichnet sich ab“. Das

war 2008. Jetzt haben wir 2013. Abschätzungen zeigen, dass aus den Wachstumsquartieren in den nächsten Jahren mit rund einem Dutzend zusätzlicher Kinder pro Jahrgang zu rechnen ist. Mit der Erschliessung von Olten SüdWest werden diese Schülerzahlen dann noch einmal weiter steigen. Zeitgemässe Schulkonzepte verlangen entsprechende Infrastruktur. Das neue Schulhaus im Kleinholz würde genau solche Angebote ermöglichen. Aber Olten kann heute keine solchen Schulen mit Tagesstrukturen oder mit einem Mittagstisch anbieten, wie dies in anderen städtischen Gebieten absolut der Normalfall ist. Gerade solche Tagesstrukturen fördern aber die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie. Logischerweise wirkt sich dies dann ebenfalls wieder positiv auf die Steuereinnahmen aus. Zentral ist aber aus meiner Sicht die Frage, welches dann die Konsequenzen eines späteren Schulhausbaues sind. In einer ersten Phase wird es zu weiteren Verschiebungen von zugewanderten Schulhäusern kommen, das heisst die Schüler aus dem Stadtzentrum würden vermehrt ins Bannfeld gehen. Wenn dann nachher das Bannfeld aufgefüllt ist, könnten zum Beispiel Schüler aus dem östlichen Kleinholz oder auch vom Steinacker über die Aare ins Bifang gehen. Das wiederum würde aber nachher verlangen, dass Schüler aus dem Bifangquartier vermehrt ins Sälischulhaus gehen müssten. Das heisst, in den nächsten Jahren gäbe es eine richtige kleine Völkerwanderung der Primarschüler. Das hätte einige Konsequenzen, wie Ihr Euch vorstellen könnt, so zum Beispiel längere Schulwege, Querungen von Kantonsstrassen. Wir haben gerade vorher darüber geredet, ein erhöhtes Unfallrisiko oder auch Eltern, welche die Kinder wieder zur Schule fahren würden. Insgesamt wäre dies sicher ein grosser Rückschritt. Aber es geht noch weiter. Sobald nachher die Schülerkapazitäten der Schulhäuser ausgeschöpft sind, könnte man zum Beispiel weitere Container im Bereich des Hübelis aufstellen. Die Kosten für solche Container wären dann verlorene Ausgaben. Für solche Container bieten sich dann zwei Standorte an. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel hinter dem Hübeli, auf dem heutigen Pausenplatz. Das würde bedeuten, dass die Schüler des Hübelis gar keinen Pausenplatz mehr hätten. Der andere Standort wäre zum Beispiel auf dem Munzingerplatz. Das würde bedeuten, dass dann das Schulgelände durch die mittlerweile stark befahrene Konradstrasse in zwei Teile getrennt wäre. Zudem müsste ein Teil der Parkplätze auf dem Munzingerplatz aufgehoben werden. In der Innenstadt gäbe es weniger Parkplatzmöglichkeiten und das lokale Gewerbe würde leiden. Das traditionsreiche Hübelischulhaus droht zu kollabieren, weil die Schülerzahlen steigen. Das Hübeli wird in Zukunft nicht mehr den Anforderungen in Bezug auf Platz und auch auf Infrastruktur genügen können. Auch wegen der neuen schönen Umgestaltung der Kirchgasse, die auch noch eine schöne Weihnachtsbeleuchtung erhält, hat der Verkehr um das Hübeli massiv zugenommen. Die Gefahr von Verkehrsunfällen mit Schülern ist gross. Ich persönlich weiss von einem Schüler, der beim Hübeli von einem Bus gestreift wurde. Für junge Familien ist die Schulsituation ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Wohnortes. Heute ist dies in den Entwicklungszonen Bornfeld, Kleinholz, Olten SüdWest aber nicht optimal. Wenn das Schulhaus im Kleinholz zu spät gebaut wird, verpasst Olten die Chance, die sich genau durch die Stadtentwicklung in diesen Gebieten ergibt und das vor allem, weil diese Entwicklungszonen jetzt gebaut werden. Jetzt werden diese Häuser dort gebaut und jetzt entscheiden sich die Neuzuzüger, ob sie in Olten den Wohnsitz nehmen wollen oder nicht. Ohne Schulhaus im Kleinholz sind die Entwicklungszonen für Neuzuzüger weniger attraktiv. Wie gesagt, diese Leute entscheiden sich vielleicht für unsere Region, aber dann wahrscheinlich nicht für Olten. Ein Tatbeweis und ein glaubhaftes Bekenntnis zum Schulhaus im Kleinholz können helfen, diese Personen nach Olten zu bringen. Deswegen müssen wir das Schulhaus jetzt in Angriff nehmen und wir müssen die Prioritäten unter diesen verschiedenen anstehenden Investitionsprojekten richtig setzen. Ein wichtiger Faktor in der Finanzierung des Schulhauses ist natürlich die Finanzierung. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass sich kostenbewusste Investitionen in die Schulinfrastruktur immer auszahlen. Dazu kommt auch noch, dass das Schulhaus im Kleinholz auch zusätzliche Steuereinnahmen generieren würde, wie bereits angesprochen. Zusammenfassend ist der Schulausbau sicherlich ein nachhaltiges Investitionsprojekt, das im jährlichen Investitionsvolumen der Stadt Platz hat. Der Entscheid des Stadtrates, die Planung des Schulhausneubaus zu unterbrechen, ist in einer Situation getroffen, wo es um die Sicherung der Liquidität ging. In der Zwischenzeit hatten aber die Behörden Zeit, um die Finanzen an

die neue Situation anzupassen. Reine Liquiditätsprobleme dürften also der Schulhausplanung nicht mehr im Wege stehen. Im Namen des Motionskomitee für das Schulhaus Kleinholz und sicher auch im Namen vieler Oltner Einwohnerinnen und Einwohner danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung. Es geht darum, dass unsere Bildungsstadt diesen Namen auch verdient. Es geht darum, dass wir eine nachhaltige Wachstumspolitik verfolgen und dass unsere Stadt ihre Glaubwürdigkeit behält. Aus diesem Grund verlangen, dass die Planung des Schulhauses im Kleinholz ohne Unterbruch weiter geht. Wir durften in den letzten Wochen viele Gespräche zu diesem Thema mit Leuten, die im Parlament sind, mit Behördenvertretern und auch mit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern führen. Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht stehen die Türen für einen Neubau sehr, sehr weit offen. Wichtig ist jetzt, dass wir auch den Mut haben und hindurch gehen. Besten Dank.

**Stadtrat Mario Clematide:** Herr Biedermann, ich danke Ihnen für diese Ausführungen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort des Stadtrates auf Ihre dringliche Motion nicht erhalten haben. Wenn Sie sie gelesen hätten, wüssten Sie, dass Sie mit ihrem Anliegen beim Stadtrat offene Türen einrennen. Alle Argumente, die Sie erwähnt haben – es könnte übrigens auch die Speech des Bildungsverantwortlichen zu diesem neuen Schulhaus gewesen sein – haben ja dazu geführt, dass die Direktion Bildung und Sport ein Konzept gemacht hat, Schulraumplanung Kleinholz, pädagogisches Raumplankonzept. Das wäre quasi der Auftrag gewesen oder ist der Auftrag der Bildungsdirektion an das Baudepartement. Das kann ich Kollege Martin Wey übergeben, wenn das Gemeindeparlament dem zustimmt. Alles, was Sie erwähnt haben, stimmt. Was zum Unterbruch geführt hat – ich will nicht ausführlich werden – war einfach die Tatsache und Ernst Zingg hat es erwähnt: Wenn Sie im Juni in die Sitzung kommen, werden Sie es hören. Wir haben auch unter acht oder zehn Augen darüber geredet. Es ist einfach die Frage der Liquidität. Wir wissen, dass ein solcher Planungsprozess nach Auskunft des Bauchefs der Stadt Olten im Wettbewerb rund Fr. 200'000.— kostet. Das ist eine Ausgabe, die man 2013 einfach gespürt hat, weil die Bauweise, die wir vorschlagen, vorgefertigte Bauelemente, eine relativ kurzfristige Sache ist. In Wohlen haben sie innerhalb eines halben Jahres ein vergleichbares Projekt auf die Beine gestellt. Im Stadtrat haben wir vor vier, fünf Monaten entschieden: Hier kann man einen Planungsstopp machen. Mittlerweile– Urs Knapp hat es gesagt, man kann gescheitert werden und Adenauer hat es einmal etwas anders formuliert – ist der Stadtrat einstimmig zur Überzeugung gekommen: Das ist ein Projekt, das prioritär behandelt werden muss. Deshalb sind wir der Meinung, dass man die Motion überweisen soll. Punkt.

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Ich finde es ja schön, wenn auch der Stadtrat gescheitert wird. Aber ich habe gleichwohl noch eine Frage zum Prozess des gescheitert Werdens. Vor vier Monaten hat man gesagt: Man muss dies stoppen, weil man sonst einfach pleite geht, weil man kein Geld hat. Jetzt hat man dieses Geld entweder wieder oder man stellt etwas Anderes zurück. Für mich ist unklar, wie dies ist. Ist die finanzielle Situation der Stadt nicht ganz so schlimm, wie man vor vier Monaten dachte? Hat der Stadtrat gesagt: Nein, dieses Projekt bewerten wir höher. Aber die finanzielle Situation ist gleich. Welches andere Projekt wird zurückgefahren, wo nachher die nächste Volksmotion kommt? Ich denke, es wäre auch für das Parlament schon noch wichtig, dass man ein Gespür hat, wo wir mit dieser Stadt eigentlich finanziell stehen. Man kann gescheitert werden. Aber wenn das Geld nicht vorhanden ist, ist es auch schwierig.

**Stadtrat Mario Clematide:** Ich darf vielleicht als Bildungsdirektor zuerst etwas sagen und dann kann Ernst Zingg etwas zur Finanzsituation sagen. Ich sage etwas zur Liquidität und zu den Wettbewerbskosten von Fr. 200'000.—. Das war ein Momentum, wo wir gesagt haben: Hier können wir den Planungsprozess unterbrechen. Wie gesagt, wir sind von der BISPO aus fertig. Von den Investitionskosten von 8 bis 10 Millionen Franken ist nicht gesprochen worden. Es ging nur um die Liquidität. Weil das „Bauverfahren“ eines ist, wo die Realisierung kurzfristig ist – es gibt eine Volksabstimmung. Da rechnen wir, dass es anderthalb Jahre

dauert. Ich bin heute überzeugt davon, dass im Schuljahr 2015/16 im Kleinholz ein neues Schulhaus gebaut sein wird.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Urs, die Finanzen sind nicht besser geworden, um es etwas klarer zu sagen. Ich werde Euch hier in einem Monat rapportieren. Wir haben - ich habe es den Kolleginnen und Kollegen des Komitees in der Pause erklärt – sicher auch ihretwegen, unter anderem ihretwegen, aber wegen vielen anderen auch noch einen sehr guten Zuwachs bei den natürlichen Personen im Steueraufkommen. Das ist definitiv so. In Millionenhöhe. Aber das wiegt natürlich die andere Seite nicht auf. Die Liquidität ist von Herrn Biedermann und jetzt von Kollega Mario Clematide erwähnt worden. Es geht noch ein wenig um etwas Anderes. Der neue, zukünftige Stadtrat – Thomas Marbet wird dies mit einem Kopfnicken bestätigen – befasst sich jetzt schon, ganz konkret auch am Samstag wieder und hat dies schon einmal gemacht – mit der Zukunft dieser Stadt. Schon, bevor man anfängt. Es macht keinen Sinn, hier Pausen zu machen. Man macht sich jetzt Gedanken über das Regierungsprogramm, die Finanzen und die Investitionsplanung, Finanzplanung, in den nächsten sieben Jahren. Das ist die traditionelle Planung, die wir jetzt eigentlich machen würden, wenn wir einfach kein Wahljahr gehabt hätten. Das machen die Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig hier vorne sitzen werden, jetzt. Die drei anderen können es bestätigen. Es geht jetzt bei dieser Planung um die Prioritätensetzung. Wenn eine Volksmotion kommt, wo ein Schulhaus ein Thema ist und der Stadtrat unabhängig von den Finanzen, nämlich von der anderen Seite her betrachtet – Herr Biedermann hat es auch angetönt – vor ein paar Wochen eine Wohnstrategie verabschiedet hat, die wir ganz bewusst breit streuen, die auch etwas ausgelöst hat, wo wir in Karl's kühne Gassenschau – ich denke, einige, die heute nicht hier sind, waren in diesem Zelt, weil heute dort die Premiere war – in diesem Areal werden wir einen Abend zum Thema Wohnen durchführen. Es haben sich sehr viele Leute angemeldet, die noch nie nach Olten gekommen sind, weil es nicht interessant war. Jetzt ist es plötzlich interessant, auch für Investoren. Das ist ja wunderbar. Wenn wir eine solche Strategie verabschieden, hat diese Strategie etwas mit Infrastrukturen zu tun, die man zur Verfügung stellen muss. Das heisst deutsch gesagt, in einem Wohnquartier oder wenn wir mehr Leute bekommen, hoffentlich auch, wenn wir mehr Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger haben, braucht es eine Infrastruktur. Hübelischulhaus lässt grüssen. Es ist vom Volksmotionär sehr prägnant gesagt worden. Dann geht es darum, dass wir vor Jahren einmal etwas Gescheites gemacht haben, lieber Urs. Wir haben nämlich die Altlastensanierung im Kleinholz gemacht, haben sie anstelle der Bürgergemeinde übernommen und haben dafür ein Stück Land eingehandelt, nämlich dort, wo jetzt der Fussballplatz hinter der Stadthalle ist. Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Dorthin kommt das Schulhaus. Das war nämlich genau der Zweck. Wenn man jetzt alles zusammenzählt, ist es sicher ein Projekt, und deshalb die Antwort des Stadtrates, das eine Priorität hat. Aber noch einmal: Wir greifen jetzt nicht in die Autorität und die Arbeit des zukünftigen Stadtrates, der Prioritäten setzt, wissend und im Detail über die neue Finanzlage orientiert. Und nicht einfach aus dem Himmel heraus, sondern im Detail orientiert. Das ist einfach zur Klärung des ganzen Unternehmens. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Für uns als Fraktion ist dieses Geschäft an und für sich unbestritten und ich glaube, es ist zweifelsohne auch ein sympathisches Anliegen. Wir sind der Meinung, dass es das Schulhaus dort oben braucht. Zum jetzigen Zeitpunkt ist aber die Frage, wann es dieses Schulhaus braucht und dies vor dem Hintergrund der finanziellen Situation. Ernst Zingg hat dies jetzt ausgeführt, dass wir nach wie vor in finanziellen Engpässen sind. Stichwort Liquidität. Sie hat sich nicht verbessert. Was das anbelangt, sind wir einfach im luftleeren Raum. Ich kann jetzt auch die Haltung des Stadtrates nicht ganz nachvollziehen, dass man zwar einerseits darauf verweist, dass dies dann die Neuen bestimmen sollen, dass man aber andererseits jetzt eine Investition auslösen und ein Bekenntnis dazu abgibt und auf der anderen Seite eigentlich nicht sagt, was man dann anstelle dessen zurückstellen soll. Ernst Zingg hat es gesagt: Es gibt eine Priorisierung, eine Prioritätenordnung und jetzt greifen wir dort hinein und schrauben daran herum, ohne zu wissen, wie es konkret aussieht. Wir sind eigentlich der Meinung, dass wir zuerst einen

Finanz- und Investitionsplan sehen sollten, weil wir nämlich nicht wissen, wie der Investitionsplan aussieht. Er wird ja bekanntlich erst etwa im September zu uns ins Parlament kommen und wir werden ihn erst dann zur Kenntnis nehmen. Wir äussern uns aber jetzt schon zu einzelnen Investitionen, ohne dass wir eben sagen, was man allenfalls zurückstellen sollte. Das erscheint mir einfach allzu einfach. Ich denke, es ist auch etwas gefährlich, weil wir jetzt eine sehr sympathische Volksmotion haben. Bald werden weitere Volksmotionen kommen, es kommt jetzt der Winkel, den wir vorher beschlossen haben, nachher kommt die SP mit ihrer Petition „ANDAARE jetzt“. Man lädt jetzt wieder extrem viel auf diesen Wagen. Ich möchte einfach davor warnen und habe etwas das Gefühl, dass wir im Moment Gefahr laufen, dass wir den gleichen Fehler wie der Kantonsrat machen. Der Kanton ist nämlich, und hier gibt mir wahrscheinlich der Finanzminister dieser Stadt und Mitglied der Finanzkommission des Kantons, Ernst Zingg, recht, in einer ähnlichen Situation und es war eigentlich unbestritten und alle haben gefordert, die Regierung solle sparen und ein Massnahmenpaket vorlegen. Dann hat die Regierung dies gemacht und dann hat man angefangen, einzelne Projekte und einzelne Investitionsposten heraus zu lösen. Diese für sich allein betrachtet sind immer sympathisch, sind immer notwendig und sind immer gut. Dann ist es mit wechselnden Mehrheiten zur Situation gekommen, dass eigentlich all diese Sparmassnahmen ab dem Karren gefallen sind und dass man wie gesagt mit wechselnden Mehrheiten diese Sparmassnahmen eigentlich verhindert hat. So wie ich die Stimmung jetzt hier spüre, geht es genau in die gleiche Richtung. Die Stadt ist einer schwierigen finanziellen Situation, in einem finanziellen Engpass. Es geht um die Liquidität. In den nächsten paar Monaten kommt eine sympathische Vorlage nach der anderen, die man zurückgestellt hat, wieder hier her, und wo das Parlament nachher hier sagt: Doch, das ist sympathisch, gut und notwendig und wir wollen dies jetzt sofort auslösen und die Investition sofort tätigen. Ich denke, das ist keine gute Entwicklung. So gesehen bin ich auch von der Antwort des Stadtrates enttäuscht. Ich kann dies nicht zu 100 % nachvollziehen, weil ja der Stadtrat selber diese Priorisierung vorgenommen hat. Der Stadtrat hat selber eben aufgrund dieser Liquiditätssituation und dieser Engpässe gewisse Investitionen hinaus geschoben. Jetzt sagt der Finanzminister, dass sich die Situation nicht verbessert hat. Ohne dass man eigentlich gross auf die Argumentation eingeht, weshalb man dies hinaus geschoben hat, sagt man: Doch, das ist gut. Wir investieren dies sofort. Das ist etwas seltsam und ich kann dies nicht wirklich nachvollziehen. Der Stadtrat sagt auch nicht, was die Alternativen sind. Der Stadtrat sagt nicht, was die Konsequenzen sind, wenn wir diese Investitionen jetzt auslösen. Eine Konsequenz kann eine Steuererhöhung sein. Das ist klar. Aber ich weiss nicht, ob dies die Mehrheit hier möchte. Sonst müssen wir doch jetzt sagen können, was man dann anstelle dieses Schulhauses in der Investitionsplanung zurückstellt. Noch ganz kurz zur Aussage, dass es zuerst um den Kredit von Fr. 200.— usw. geht: Entscheidend ist ja, was der Wortlaut dieses Vorstosses sagt. Wenn ein solcher Vorschlag wie ein parlamentarischer Vorstoss behandelt wird und die Sprache ist von einer Motion und nicht etwa von einem Postulat, wird ja dieser Wortlaut überwiesen. Dieser Wortlaut sagt, dass innerhalb von Jahresfrist eine Vorlage ausgearbeitet und zur Abstimmung gebracht werden muss. Einfach, damit wir vom Gleichen reden. Es geht nicht darum, hier jetzt etwas zu testen und ein paar tausend Franken für eine Studie auszugeben. Es wird sehr, sehr konkret und geht um Investitionen, die ausgelöst werden. Darüber muss man sich einfach im Klaren sein. Das Fazit ist, dass wir eigentlich das Ganze sympathisch finden, dass es für uns unbestritten ist, aber dass wir einfach bezüglich dem Zeitpunkt der Investition relativ grosse Fragezeichen haben und ich nicht richtig nachvollziehen kann, wieso sich dies jetzt plötzlich so verändert hat und sich die Prioritätensetzung so verschoben hat. Was die Alternativen oder Konsequenzen sind wissen wir auch nicht.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Es ist speziell wenn drei Stadträte zu einem Geschäft reden. Aber ich denke, es ist notwendig, Christian. Sachen, die Du gesagt hast, von der Unberechenbarkeit, von der im Moment nicht vorhandenen, nicht Transparenz, sondern vom Wissen, wie wir dastehen. Ich möchte einfach präzisieren, dass wir vom Stadtrat – jetzt spreche ich als Baudirektor – sogenannte Planungskredite zurückgestellt haben. Diesen hatten wir im Jahr 2013 drin und in einer Sofortmassnahme haben wir beschlossen, dass wir

diesen Planungskredit in einer Grössenordnung von Fr. 200'000.--, wie gesagt wurde, nicht auslösen. Es würde darum gehen, und so habe ich auch die Volksmotion bzw. diesen Vorschlag verstanden, dass man die Planung weiter fortsetzt. Wenn dieser Kredit dann tatsächlich gesprochen wird – das kommt hierher – gibt es eine Finanzplanung, die vorgestellt wird, ein Investitionsbudget, wo das Parlament natürlich an erster Stelle darüber bestimmen wird. Aber es würde darum gehen, dass man dort diesen Planungsprozess in diesem Sinne vorwärts treiben kann. Dies vielleicht zur Präzision der Ausgaben, die wir gestoppt haben und die wir in diesem Sinne wieder loslösen möchten.

**Thomas Pfluger:** Nicht, dass ich dann als derjenige da stehe, der hier einfach mit dem Geld um sich wirft. Ernst, Du hast mich auch noch gleich in die Ecke gestellt. Es geht aber um etwas Anderes. Ich glaube, wir müssen einfach eines sehen. Dieses Schulhaus ist einfach ein Bedürfnis, so wie wir Hunger und Durst haben. Wir haben einfach Kinder und diese Kinder nehmen zu. Ich glaube, das ist gar nicht in Frage gestellt. Wir brauchen das Schulhaus. Das ist der Unterschied. Wenn wir diese Diskussion jetzt führen – Christian Werner, ich verstehe dies sehr gut – eigentlich möchte man gerne einen Überblick haben. Wenn man zu streichen anfängt, möchte man wissen: Wo streichen wir? Wo sind wir bereit zu geben und wo nicht? Hier ist es ja wahrscheinlich nicht so schwierig und wir müssen vielleicht auch den Mut haben, einfach zu sagen: Das ist erste Priorität. Wir kommen nicht umhin. Wir brauchen ein Schulhaus. Egal wo. Es geht nicht um die Völkerwanderung. Wir haben einfach in der ganzen Stadt zu wenig Schulraum. Ich glaube, das ist eine Tatsache. Das sage ich auch als Verfechter von beispielsweise ANDAARE usw. Das Schulhaus hat erste Priorität, einfach auch um ein Zeichen zu setzen für Leute, die bereit sind, in diese Stadt wohnen zu kommen, dass man sagt: Hier habt Ihr einen Platz für Eure Kinder.

**Christian Werner:** Ich möchte dies einfach noch einmal betonen. Martin Wey hat jetzt wieder von einem Planungskredit gesprochen. Vielleicht ist es schon zu spät und ich verstehe es nicht mehr richtig. Aber wenn ich diesen Wortlaut lese, sagt er, dass der Stadtrat beauftragt wird, innerhalb eines Jahres eine Vorlage für den Bau dieses Schulhauses auszuarbeiten und zur Abstimmung zu bringen. Wir stimmen über das Projekt ab, das nachher die ganzen Investitionen zur Folge hat. Hier sprechen wir über relativ viel Geld. Ich verstehe nicht, wie sich die Prioritätensetzung so rasch verschieben kann und welches die Konsequenzen und Alternativen sind. Das verstehe ich nicht.

**Stadtrat Mario Clematide:** Thomas hat gesagt, es sei ein Bedürfnis. Es ist eine Notwendigkeit, dass wir auf der linken Aareseite ein Schulhaus bauen. Das ist eine Notwendigkeit. Wir haben in der Direktion Bildung und Sport, nachdem wir in Wohlen, Zürich und weiss ich nicht wo waren, entschieden, dass wir nicht ein Schulhaus bauen, das zwischen 30 und 40 Millionen Franken kostet, das eine Planungsdauer von zwei bis drei Jahren hat, wo es nachher noch drei Jahre geht, bis es gebaut ist. Dann hat die Bildung andere Anforderungen an ein Schulhaus. Deshalb haben wir gesagt, wir machen eines, das flexibel „produziert“ werden kann, das relativ rasch da ist. Dann hatten wir unser Konzept, das durch das Schulhausteam des Hübelischulhauses gemacht worden war, sehr nahe bei denjenigen, die Schule unterrichten. Dann ist der Break gekommen, der gesagt hat: Jetzt müssen wir auf das Geld schauen. Ernst Zingg wird in der Juni-Sitzung sagen, wie es ist. Aber an der Grundidee, und ich nehme jetzt wieder Thomas auf, und am Grundvorhaben, dass wir auf der linken Aareseite ein Schulhaus mit zwei parallelen oder zwei Abteilungen pro Jahrgang brauchen, „schleckt keine Geiss weg“. Diese Priorität, so wie es Thomas sagt, steht zuoberst. Ich will dann sehen, wenn wir Eltern mitteilen müssen: Euer Sohn muss über die Aare ins Bifang. Hier wäre Familienvater Werner sehr wahrscheinlich der erste, der ausrufen würde und wo wir schon die Beschwerde hätten. Deshalb sagen wir: Auf der linken Aareseite müssen wir ein Schulhaus haben und es geht um die Fortsetzung der Planung. Das ist die Absicht der Volksmotionäre. Dem stimmen wir zu.

## **Beschluss**

Mit 34 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Volksmotion als erheblich erklärt und überwiesen.

Mitteilung an  
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner  
Baudirektion/Herr Adrian Balz  
Stadtentwicklung/Frau Eva Gerber  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 23. Mai 2013

Prot.-Nr. 72

## Überparteiliche Interpellation betr. künftige Fussgängerquerung über die Kantonsstrasse beim Winkel/Beantwortung

Am 20. September 2012 haben Felix Wettstein (Grüne), Thomas Pfluger (CVP), Luzia Stocker (SP), Daniel Dähler (FDP), Simon Haller (glp) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Eine der flankierenden Massnahmen des Projekts ERO (Entlastung Region Olten) ist die Errichtung eines Fussgängerstreifens über die Aarburgerstrasse beim Winkel. Dieser Übergang wird die Fussverbindung zwischen Alter Brücke und dem Winkelareal bzw. der Bahnhofstrasse (wieder) herstellen, welcher während der letzten Jahrzehnte unterbrochen war. Sie wird mit einer Ampel ausgerüstet sein.

Je nach künftiger Lösung der Verbindung beider Stadtseiten für den Fuss- und Veloverkehr wird diese Fusswegüberquerung über die Kantonsstrasse an Bedeutung noch zulegen. Die Stadt Olten hat ein grosses Interesse daran, dass dieser Übergang benutzerinnen- und benutzerfreundlich ausgestaltet und geregelt sein wird.

Insbesondere die Sicherheit des Langsamverkehrs muss hohe Priorität haben. Beispielsweise lassen es die Platzverhältnisse nicht zu, dass auf einer Mittelinsel angehalten werden könnte.

Die unterzeichnenden Mitglieder des Gemeindeparlaments bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Es sind drei MfZ-Fahrspuren und zwei Velostreifen zu queren: Wie lange muss nach Überzeugung des Stadtrates die Grünphase für die Fussgängerinnen und Fussgänger pro Umgang dauern, damit die Zeit für eine gefahrlose Querung ausreicht?
2. Sind sich der Stadtrat und das kantonale Baudepartement in der Antwort auf Frage 1 einig? Falls nein oder nicht in allen Teilen: Worin unterscheiden sich die Positionen?
3. Sind bereits Beschlüsse zur Regelung der Ampelschaltung gefallen? Falls ja, wie lauten sie?

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Die Realisierung eines Fussgängerstreifens von der alten Brücke über die Aarburgerstrasse zum Winkel ist ein langjähriges Anliegen der Oltner Bevölkerung. Generell wurde insbesondere im Rahmen der Leitbilddiskussionen (Olten 2020) und des Mitwirkungsprozesses zu Chance Olten Ost mit allem Nachdruck die Verbesserung der Stadtquerungen verlangt.

Für die prosperitive Entwicklung von Olten Ost wie auch des Stadtzentrums sowie für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität ist es wichtig, dass gute respektive attraktive Langsamverkehrsverbindungen für die Stadtquerung bestehen und gefördert werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Gesamtsystems Personenverkehr geleistet, wie aber auch die Umwelt (Luft, Lärm, Energie) entlastet und nicht zuletzt die Gesundheit gefördert und der Zugang zu selbständiger Mobilität ermöglicht.

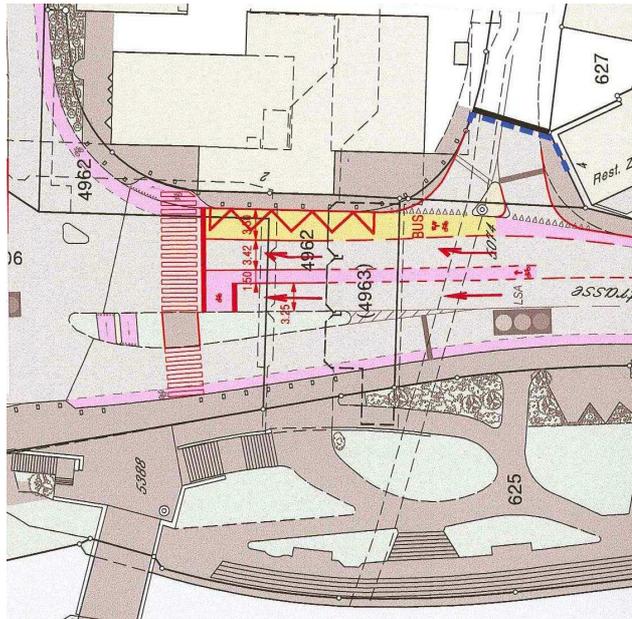
Mit der Realisierung des Fussgängerstreifens würde dieser Zielsetzung Rechnung getragen und zwar insofern, als dass einerseits die unterirdische Querung durch die Winkelunterführung erheblich verkürzt und andererseits die Überbauung Winkel, welche heute für den Fussgänger nur via Unterführung erreichbar ist, für den Langsamverkehr wesentlich besser bzw. direkt und ohne Umwege ab der alten Brücke erschlossen würde.

Der Fussgängerstreifen von der alten Brücke über die Aarburgerstrasse zum Winkel ist denn auch als Massnahme zur Attraktivierung des Fussverkehrs gemäss öffentlicher Planaufgabe zur ERO aus dem Jahre 2007 im Rahmen der Umgestaltungsmassnahmen (UM) in einer Breite von ca. 4 m vorgesehen. Seit der Planaufgabe haben sich verschiedene Rahmenbedingungen geändert, welche das Verkehrsaufkommen auf den Strassenachsen Aarburgerstrasse – Bahnhofstrasse beeinflussen, so z.B. die Umfahrung Aarburg oder die Verkehrsumlagerung von der Tannwaldstrasse auf die Achse Gösgerstrasse – Unterführungsstrasse. Mehrverkehr wird es in Zukunft auch durch die Realisierung verschiedener Planungen geben, so z.B. die Planungen Olten SüdWest und SBB Industriewerke.

Mit der Eröffnung der ERO werden gemäss den aktuellen Verkehrsberechnungen in den Spitzenstunden der ERO-Rötzmattnoten und der Säli-Kreisel sowie der Postplatz und der Knoten Trimbacherbrücke (nur Abendspitzenstunde) ohne Berücksichtigung einer Dosierung ausgelastet sein. Bei allen anderen Knoten ist die Auslastung rein rechnerisch voraussichtlich unkritisch. Der Postplatz nimmt in der Leistungsfähigkeit des Hauptstrassennetzes eine zentrale Rolle ein. Jede Änderung im Verkehrsregime dieses Knotens hat einen wesentlichen Einfluss auf das gesamte Leistungsniveau.

Aufgrund der zentralen Bedeutung Knotens Postplatz und weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben, werden die mit der ERO-Planaufgabe vorgesehenen Umgestaltungsmassnahmen im Bereich Säliknoten - Postplatz überprüft und an die neue Situation angepasst. Zu diesem Zweck wird für diesen Bereich ein neues Betriebskonzept erarbeitet, wobei für die Definition der Umgestaltungsmassnahmen die Stadt und der Kanton gemeinsam eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen vornehmen müssen.

Der Stadtrat will sich bei dieser Überprüfung zu Gunsten der Bevölkerung auch für einen attraktiven Betrieb der Langsamverkehrsquerungen einsetzen mit dem Ziel, die Vorteile des Langsamverkehrs zu fördern. Konkret wird er in den Verhandlungen mit dem Kanton einen sicheren und möglichst komfortablen Fussgängerübergang mit einer einmaligen Querung ohne Zwischenstopp, ausreichenden Grünphasen und ebenso erträglichen Wartezeiten zwischen den Grünphasen anstreben. Geltend machen wird er dabei auch, dass der geplante Fussgängerstreifen für eine optimale Anbindung aus Westen an die dannzumal auf die Höhe des Winkels verschobene Bushaltestelle Richtung Bahnhof sorgen wird.



### Zu Frage 1

Damit Fussgänger/innen nach Grünbeginn die gesamte Fahrbahn queren könnten, müssten für die sogenannte Grün- und Räumphase rund 28 Sekunden zur Verfügung gestellt werden, wobei die reine Grünzeit 18 Sekunden betragen würde. In Stosszeiten muss diese Zeit voraussichtlich auf zwei Querungsetappen verteilt werden, wofür in der Mitte des Strassenraumes eine Mittelinsel vorgesehen ist.

### Zu Frage 2

Ja

### Zu Frage 3

Nein. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen erarbeitet der Kanton zusammen mit der Stadt das erwähnte neue Betriebskonzept. Auf dieser Basis werden die entsprechenden Beschlüsse zu fassen sein. Die Umsetzung ist im Jahr 2015 vorgesehen.

- - - - -

**Felix Wettstein:** Wir haben uns nicht abgesprochen. Ich ergreife jetzt einmal das Wort, weil ich erstens Erstunterzeichner bin und zweitens weil wir vor knapp einer Woche noch ergänzende Fragen an Martin Wey gerichtet haben, die wir gerne beantwortet hätten. Wir denken, dass diese Antwort in der Zwischenzeit erbracht werden konnte. Euch ist sicher aufgefallen, wenn Ihr die Antwort auf Frage 1 gelesen habt, dass der zweite Satz heisst, in Stosszeiten müsse die Überquerungszeit oder reine Grünzeit vermutlich auf zwei Querungsetappen aufgeteilt werden und deshalb gebe es eine Mittelinsel. Unsere Anschlussfrage, die sich direkt daraus ergibt, ist: A. Wann sind Stosszeiten? B. Wie lange sind dann die beiden Teiletappen, wenn man in zwei Etappen überqueren muss? Ich hoffe, dass Martin Wey diese Antwort heute bringen kann. Ansonsten möchte ich einfach noch etwas zur Zufriedenheit sagen. Was uns nicht zufrieden macht, ist, dass es tatsächlich drei Fragen sind, die in der Antwort offenbar acht Zeilen brauchen. Dass es acht Monate dauert, bis man die Antwort hat, scheint uns einmal mehr schade zu sein, wie man mit diesen Instrumenten umgeht, zumal eben, wie ich es jetzt gerade gesagt habe, die Antwort auf die erste Frage gerade wieder Anschlussfragen auslöst. So gesehen bin ich ohne dies jetzt eben

mit den anderen abgesprochen zu haben, sondern einmal als persönliche Meinung, nur teilweise befriedigt. Es kann sich noch bessern, wenn wir diese Antworten heute noch erhalten.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Danke, Felix, für Deine Fragen, die Du mir gestellt hast. Wir haben sozusagen einfach eine etwas grosse Eingangshalle vorprojiziert und waren dann halt in der Beantwortung eher etwas knapp. Man kann es auch umgekehrt machen. Wir hatten das Gefühl, man könne es hier in einen Gesamtzusammenhang stellen, weil das ganze Problem auch tatsächlich einen Zusammenhang mit dem Kanton hat und dort auch das Betriebskonzept, das wir heute schon erwähnt haben, im Zusammenhang mit den Umgestaltungsmassnahmen in diesem Kreuzungsbereich eine Rolle spielt. Zu den Stosszeiten liess ich mich von den Verkehrsplanern vergewissern, das ist zwischen 7 und 8 Uhr morgens und zwischen 11.30 und 13.30 bzw. 17.00 und 18.30 Uhr. Das sind die Erfahrungswerte, die wir haben. Hier reden wir von normalen Betriebsdauern bzw. keine Unfälle usw. auf der Strasse, sondern das, was man allgemein auch feststellt. Zur Querung haben unsere Anfragen beim Kanton in diesem Sinne keine befriedigende Antwort ergeben, so dass Du jetzt wahrscheinlich von dieser Antwort befriedigt sein kannst, weil sie sich nämlich auch auf das Betriebskonzept berufen, das noch nicht erstellt ist. Man kann aber sagen, dass man für eine Querung, wenn man einmal quasi überqueren möchte, minimal 14 Sekunden von grün bis rot hat, wenn man bis zur Mitte geht. Aber wenn es heisst, von grün bis rot, haben wir ja noch Zwischenphasen, das heisst, das Ganze verkürzt sich noch einmal. Mit anderen Worten: Das gibt ganz kurze, für mich als noch sportlich Aktiver, eine knapp erfüllbare Zeit. Aber ich denke jetzt, es ist zu sportlich für andere Personen, die nicht so schnell unterwegs sind. Das ist ein Problem, das wir dort drauf haben, und wir werden dort insistieren müssen.

**Felix Wettstein:** Vielleicht noch kurz etwas Inhaltliches: Martin, ich habe jetzt von Dir heraus gehört, dass Du mit diesen Antworten oder mit den Vorstellungen, wie es der Kanton präsentiert, auch nicht einfach glücklich bist. Daraus schliesse ich, dass man dem Kanton mit Vehemenz auch kund tut, welche eigenen Vorstellungen man hat. An der Veranstaltung, an der ich leider nicht dabei sein konnte, wo es unter anderem eben auch um den Langsamverkehr in der Winkel-Unterführung ging, an der Jahresversammlung des VCS Solothurn, ist auch über die Querung einer Hauptstrasse in zwei Etappen gesprochen worden. Das ist äusserst gefährlich, vor allem, wenn es nur zu gewissen Zeiten ist. Die Leute, die sich gewöhnt sind, dass man in einer Grünphase überquert, werden auch überqueren, wenn es früher rot wird. Deshalb ist dies eine äusserst unfallträchtige Art, so etwas zu lösen. Hier gehen wir davon aus, dass sich der Stadtrat mit all seinen Möglichkeiten dafür einsetzt, dass der Kanton von einer solchen Idee abgebracht wird und eine Grünphase einschaltet, die reicht, um zu überqueren. Das ist das Eine. Das Andere ist der Zeitplan. Es ist heute Abend zum Glück von Susanne Schaffner einmal gesagt worden. Es ist uns auf die Eröffnung der ERO versprochen worden. Bei der Antwort auf Frage 3 lesen wir jetzt, es sei dann im Jahr 2015. Das ist auch ein noch relativ weiter Begriff. Wir machen uns darauf gefasst, dass solche Versprechungen dann jeweils wieder noch etwas länger hinaus geschoben werden. Diese Antwort ist auch von daher nicht befriedigend, weshalb wir diese Streifen nicht demnächst haben.

**Dr. Markus Ammann:** Für die SP gelten hier zwei Grundsätze. Der erste: Fussgänger gehören, wenn immer möglich, an das Tageslicht. Ich glaube, das ist langsam bekannt. Zweitens: Der Fussgängerstreifen über die Aarburgerstrasse war immer Bestandteil der flankierenden Massnahme, soweit ich dies in Erinnerung habe, und es gibt keinen Grund, davon abzuweichen. Die Antworten sind mindestens in diesem Sinne okay. Sie sind in Ordnung. Allerdings ist der aktuelle Vorschlag, so etwas unter dem Druck des Kompromisses oder dieses Strassenverkehrsregime jetzt maximal unattraktiv geworden. Das ist das grosse Problem. Schon der Weg aus der Unterführung ist verwinkelt aus diesem verwinkelten Winkel heraus. Es ist absolut schwierig, überhaupt einen Fussgängerstreifen zu finden, also nicht fussgängerfreundlich. Das Überqueren der Strasse ist gezwungenermassen in zwei Phasen für jeden Fussgänger eine Zumutung. Das Fazit: Die Antwort

bestätigt zwar, was bisher versprochen wurde, nämlich die oberirdische Fußgänger-Verbindung. Sie ist aber so unattraktiv, dass sie eventuell gar nicht richtig angenommen wird. Das beinhaltet natürlich die Gefahr, dass sie dann unter dem Druck des Strassenverkehrs möglicherweise sogar auch wieder verschwindet, weil sie ja nicht gebraucht wird. Das alles zeigt die Misere des Langsamverkehrs, wie wir sie heute schon einmal andiskutiert haben, an der Postkreuzung, im Winkel. Sie ist einfach offensichtlich. Das bestätigt noch einmal, dass man jetzt hier unbedingt auch Lösungen haben muss. Zum wiederholten Mal, und ich habe es vorher auch schon gesagt: Wir haben keine attraktive Verbindung von West nach Ost, keine für den Fussgänger- und Veloverkehr. Das ist ein Armutszeugnis. Das muss sich kurzfristig ändern. Ich denke, dieser Fussgängerübergang muss fussgängergerecht werden. Felix hat es gesagt: Hier muss man alles daran setzen, dass dies ein Fussgängerstreifen wird, den die Leute auch benutzen können. Ich denke so, wie er jetzt dargestellt ist, ist dies nicht möglich. Mittelfristig – das habe ich auch erwähnt – Masterplan, überlegen: Welche Verbindungen von links nach rechts sind vorhanden? Welche müsste man schaffen, damit wir endlich zu attraktiven Verbindungen kommen? Und langfristig – das habe ich auch schon angedacht – etwas visionär denken, etwas weiter hinaus denken: Was müssen wir haben, damit wir vielleicht in 10, 20 Jahren einmal vernünftige Lösungen haben werden Zwischenverbindung dieser Stadt?

**Thomas Pfluger:** Nicht für die Fraktion, aber nur noch ein Hinweis. In der Interpellation geht es ja nicht nur um die Fragen, sondern auch, dass man eine Botschaft mitgeben möchte. Es ist einem wichtig. Ich glaube, der Stadtrat hat dies jetzt auch mitbekommen. Eines ist noch zu unterscheiden. Ob es jetzt bei diesem Übergang etwas mehr oder weniger Sekunden sind, ist eigentlich sekundär, weil dies ein Programm, irgendein Software-Computer ist, den man einstellen kann. Man kann jederzeit wieder etwas schrauben. Wichtig ist, dass überhaupt einmal die Hardware kommt, dass sich der Stadtrat beim Kanton einsetzt, damit überhaupt ein Fussgängerstreifen kommt. Ich glaube, das ist Punkt 1 und wenn wir diesen einmal haben, können wir jederzeit noch verbessern oder verschlechtern. Es kann ja sein, dass sich die Verkehrssituation wieder einmal ändert. Aber ihn nicht zu machen. Diese Chance haben wir nur jetzt. Wir werden sie nie wieder haben.

**Simone Roth, FDP-Fraktion:** Ich habe nur noch zum Abschluss kurz einen Input. Wir reden jetzt von einem Fussgängerstreifen Höhe Winkel. Schätzungsweise 50 Meter weiter vorne Richtung Bahnhof haben wir einen Fussgängerstreifen mit Ampelanlage Höhe Post. Man kann dort überqueren, geht retour Richtung Unterführungsstrasse und dann hat man die Wahl: Geht man durch die Unterführung des Winkels oder über die Unterführungsstrasse? Im Moment sehe ich noch nicht so, weshalb dazwischen noch einmal eine Ampel zwischen der Postkreuzung und dem neuen Kreisel kommen muss, damit man dann vielleicht noch mehr Stau hat. Ein Fussgängerstreifen ist vorhanden. Die Leute müssen halt einfach 30 Meter weiter nach vorne gehen und haben dort erst recht Möglichkeiten, den direkten Weg über die Unterführungsstrasse zu nehmen. Wenn sie den Winkel überqueren, müssen sie durch die schöne Winkel-Unterführung und das ist ja auch nicht unbedingt attraktiv.

**Roland Rudolf von Rohr:** Zum Glück decken sich ja die Stosszeiten nicht mit den gefährlichen Zeiten für die Fussgänger. In diesem Fall ist es ganz gut möglich, dass man in den Stosszeiten wirklich die Autofahrer privilegiert, 7, 12, 18 Uhr. Dann ist es nicht gefährlich, durch den Winkel zu gehen. Gefährlich ist es in den Randzeiten und in der Nacht. Dann muss der Fussgängerstreifen privilegiert sein. Wenn man dies so managen kann, funktioniert eben der Verkehr auch. Wenn man dem Fussgänger absolute Priorität gibt, laufen wir Gefahr, die Wirkung der ERO zu zerstören und dann haben wir den Verkehr im Sälquartier oben und das ist wahrscheinlich auch niemandem recht.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner  
Finanzkontrolle  
Rechtskonsulent  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Ich wünsche Euch noch einen ganz schönen Abend.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.